

Internationale Münchner Friedenskonferenz

2012

28./29.1. und 3.- 5.2. 2012

Frieden und Gerechtigkeit gestalten

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von:

Susan George
Randa Aboubakr
Bernd Hahnfeld
Armin Torbecke
Renate Wanie
Magdi Gohary
Reiner Braun

Malalai Joya
Kumi Naidoo
Hans-Peter Dürr
Julia Kramer
Hep Monatzeder
Simone Burger
Werner Ruf



FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT GESTALTEN - NEIN ZUM KRIEG

Impressum

Dokumentation der Internationalen
Münchener Friedenskonferenz 2012

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg
München, 28./29.1. und 3. – 5.2. 2012

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer, Rosemarie Wechsler, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Übersetzungen: Ferdinand Boleslawski, Renate Börger, Lothar Mayer

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim

Gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Gerhard Wagner, Martin Pilgram, Heinz Staudacher, Eva-Maria Engl-Kasper, Chris B, Büro Wecker

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, den DolmetscherInnen und Übersetzern, der musikalischen Unterstützung durch Konstantin Wecker, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 74 bis 77)

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München & Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“		4
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“		
am 3.2.2012 in der Kongresshalle der Alten Messe		5
Einleitung, Moderation	Clemenms Ronnefeldt	5
Grußwort der Landeshauptstadt München	Hep Monatzeder	6
Grußwort des Ehrenkurats	Hans-Peter Dürr	8
Chancen für die Stärkung einer zivilen UNO	Bernd Hahnfeld	10
Stärkung der zivil-sozialen Bewegungen	Susan George	15
Grußwort Greenpeace	Kumi Naidoo	18
Grußwort aus Afghanistan	Malalai Joya	20
Chancen für Frieden und Gerechtigkeit in Ägypten?	Randa Aboubakr	22
„Empört Euch“ Kulturbeitrag zum Thema Krieg und Frieden	Konstantin Wecker	24
Bericht aus dem Diskussionsforum am 4.2.2012		
mit Randa Aboubakr, Susan George und Bernd Hahnfeld		26
Workshop-Bericht: „Sudanesischer Frühling oder Rückkehr in die Kriegsspirale“		
am 4.2.2012	Julia Kramer	28
Bericht von der Aktuellen Runde		
Grußwort des DGB	Simone Burger	33
Aufbruch in Nordafrika - wessen Chancen?	Randa Aboubakr	35
	Werner Ruf	
	Magdi Gohary	
	Reiner Braun	
Friedensgebet der Religionen		
am 5.2.2012 im Pfarrsaal St. Anna/Lehel		38
Beiträge des Studientages „Gewaltfrei kommunizieren und handeln“		
am 28.1.2012	Armin Torbecke	40
	Renate Wanie	45
Informationen zu den Mitwirkenden		56
Informationen zu den Trägerorganisationen		74

Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Im Sicherheitsdenken der Münchner Sicherheitskonferenz spielt aus unserer Sicht die militärische Stärke und Abschreckungsfähigkeit eine wichtige Rolle. Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, die den militärischen Gedanken schon im Namen hatte.

Bei den politischen Interessen der westlichen Industrieländer – also vorwiegend der NATO-Staaten – geht es weniger um den militärischen Schutz des eigenen Territoriums, sondern ganz wesentlich um die weltweite Sicherung der Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte.

Die andauernden Kriege, Krisen und von Menschen verursachten Katastrophen zeigen, dass dieses Sicherheitsdenken weder Frieden noch Sicherheit für die Menschen bewirkt, sondern die Welt immer unsicherer macht und in die Sackgasse führt.

Ein Umsteuern ist notwendig

Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit der Überwindung des überholten Sicherheitsdenkens durch militärische Dominanz. Wir stellen Ansätze und Wege vor, wie Frieden und gemeinsame Sicherheit durch Interessensausgleich erreicht werden kann. *

Von der Bundesregierung erwarten wir deshalb:

- deutliche Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung
- Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung
- Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE
- Einsatz für das Recht auf steuerliche Kriegsdienstverweigerung durch Einführung eines Zivilsteuergesetzes
- Zivil handeln statt militärisch intervenieren

Im Allgemeinen wird die Begrenzung von Konflikten durch zivile Methoden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - im Gegensatz zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Es gibt jedoch detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene.

UNO, zwischenstaatliche Organisationen und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet in der Vergangenheit durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet.

Zu den wichtigsten Instrumentarien zählt der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind.

Für die - vom Militär unabhängige - zivile Konfliktarbeit in Krisenregionen mangelt es nach wie vor an ausreichender politischer und finanzieller Unterstützung. Eine Umschichtung von Haushaltsmitteln ist deshalb dringend notwendig.

Für uns ist eine zivile Intervention in Konflikten durch Regierungen nur glaubwürdig, wenn als erstes legaler und illegaler Waffenhandel unterbunden wird.

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist, die in ihrem Programm vorgestellten Sichtweisen und Alternativen einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um sie dort – im Sinne der Entwicklung einer Kultur des Friedens – besser zu verankern.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Säule der öffentlichen Meinung, die zum Beispiel auch durch Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Gottesdienste kundgetan wird.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Das wurde in den inhaltlichen Beiträgen der letzten Jahre auch deutlich gemacht (z. B. 2006: D. Wenderlein, Beendigung des Bürgerkrieges in Mocambique, 2007: J. Galtung, Grenzkonflikt Kolumbien-Ecuador, 2008: H-Ch. v. Sponeck, 10-Punkten Friedensplan für Irak)

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten



Einleitung Clemens Ronnefeldt (Moderator)

Liebe Besucherinnen und Besucher,

Zehn Jahre Münchner Friedenskonferenz laden zu einer Kurzbilanz ein: 86 Referentinnen und Referenten aus 16 Staaten der Erde haben in dieser letzten Dekade zu uns gesprochen und Alternativen zu militärischen Konzepten der parallel tagenden Sicherheitskonferenz aufgezeigt. Wir trauern dieses Jahr um zwei unserer Referenten: Horst Eberhard Richter und unsere letztjährige Nobelpreisträgerin aus Afrika, Dehka Ibrahim Abdi, die bei einem Verkehrsunfall kurz nach unserer Konferenz tödlich verunglückte.

Vor ziemlich genau einem Jahr moderierte ich zusammen mit dem

UNO-Korrespondenten Andreas Zumach eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten auf Nichtregierungsebene mit 27 Teilnehmenden aus acht Staaten der Region. Hinterher habe ich mich gefragt, warum so eine Konferenz nicht auch auf staatlicher Ebene möglich ist, um unsere behandelten Themen wie Wasser, Energie, Menschenrechte, Zusammenarbeit oder eine atomwaffenfreie Zone von Israel bis Indien gemeinsam auf Regierungsebene anzugehen?

Immer wieder war die Forderung nach einer solchen überregionalen Konferenz Bestandteil unserer Internationalen Münchner Friedenskon-

ferenzen. Diese Forderung scheint vor dem Hintergrund der Eskalation zwischen Israel und Iran, dem begonnenen Wirtschaftskrieg zwischen USA, Europa und Iran sowie der Gewalt in Syrien heute dringender denn je.

Auch der weiter eskalierende israelisch-palästinensische Konflikt sowie die hochexplosiven Spannungen im Libanon könnten mittels einer solchen überregionalen Konferenz bearbeitet und gelöst werden.

Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten, der Krieg in Libyen und die Atomkatastrophe von Fukushima hielten uns 2011 in Atem - ebenso die weltweite Finanzkrise.

Wahrlich Gründe genug, heute Abend auf Perspektiven für eine bessere Zukunft zu hören, um Frieden und Gerechtigkeit zu gestalten und Nein zum Krieg zu sagen!

Grußwort der Landeshauptstadt München

Hep Monatzeder

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München



als Bürgermeister der Landeshauptstadt München ist es mir eine ganz besondere Freude, Sie zur 10. Internationalen Münchner Friedenskonferenz zu begrüßen.

Sehr gerne hätte ich Sie, verehrtes Publikum und liebe Gäste, in diesem Jahr wieder im alten Rathaussaal begrüßt, der seit 2005 regelmäßig Schauplatz der Friedenskonferenz war und den wir letztes Jahr aufgrund von Renovierungsarbeiten leider nicht nutzen konnten. Nun hat es sich leider so ergeben, dass unser Oberbürgermeister (ausgerechnet!) mit der Reservierung für den Empfang der Gäste der Sicherheitskonferenz schneller war und wir diesmal leider auch nicht, wie sonst, auf einen anderen Tag ausweichen konnten. Doch ich finde, auch der Kongresshalle steht die Friedenskonferenz sehr gut! Und der Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz hat in diesem Jahr wieder ganz besonders renommierte Fachleute aus aller Welt als Referentinnen und Referenten eingeladen. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Prof. Hans-Peter Dürr, Frau Dr. Susan George, Prof. Randa Aboukar aus Kairo, und Konstantin Wecker ganz herzlich willkommen heißen!

Zum ersten runden Jubiläum dieser einzigartigen Veranstaltung gratuliere ich sehr herzlich und zolle dem Trägerkreis großen Respekt für die alljährliche Veranstaltungsorganisation. Auch wenn die Presseberichterstattung gelegentlich nicht so positiv ausgefallen ist, wie wir

es uns wünschen würden, so muss doch sicherlich ein jeder anerkennen, dass die Friedenskonferenz mit jährlich mehreren hundert Besuchern und hochrangigen Gästen aus der Friedensszene zu einer einzigartigen Friedens-Veranstaltung geworden ist.

Sie hat sich längst als eigenständige und überparteiliche Institution etabliert und bietet mit pazifistischen Inhalten einen qualitativ hochwertigen Gegenentwurf zur Münchner Sicherheitskonferenz, deren Sicherheitspolitik nach wie vor eindeutig militärisch dominiert ist. Ich traue mich sogar zu behaupten, dass die friedenspolitischen Verbesserungen auf der Sicherheitskonferenz, nicht zuletzt eine Folge der jährlichen Friedenskonferenz sind! Denn die Dominanz der militärischen Kräfte auf der Sicherheitskonferenz hat ab- und die Präsenz der Politik und zivilen Kräfte hat seit 2003 zugenommen. Und dass die Reden der Sicherheitskonferenz einmal live übertragen werden und dass Beobachter aus der Friedensszene in den sonst so schwer abriegelten Bereich im Bayerischen Hof eingeladen werden, das hätte sich vor 10 Jahren wohl auch noch niemand auch nur annähernd vorstellen können. Letzteres ist nun immerhin schon zum vierten Mal der Fall.

Ein „runder Geburtstag“, und ganz besonders der erste runde Geburtstag, bietet freilich immer auch einen hervorragenden Anlass für einen kleinen Rückblick.



Erinnern wir uns also erst einmal an die Zeiten vor der ersten Friedenskonferenz, als die Sicherheitskonferenz noch den Namen „Wehrkundetagung“ bzw. ab 1991 den euphemistischen Namen „Konferenz für Sicherheitspolitik“ trug. Sie fand komplett unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und provozierte alljährlich großen Protest – nicht nur von Rüstungsgegnern und der Friedensbewegung!

2001, nach dem tragischen Attentat auf das World Trade Center, rief George W. Bush den „war on terror“ aus und der Frieden schien weltweit in Gefahr. Die Menschen waren verunsichert. Die Konzepte der Militärstrategen waren plötzlich unbrauchbar geworden für diese neue Situation, in der die Bedrohung nicht mehr von einzelnen Staaten, sondern von nicht eindeutig identifizierbaren und lokalisierbaren Akteuren ausging. Die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz und die Nato nahmen weiter zu. 2002 wurden über 750 der protestierenden Menschen in Gewahrsam genommen, das Münchner DGB-Haus wurde für mehrere Stunden von der Polizei umstellt und es kam bundesweit zu Hausdurchsuchungen.

Im Vorfeld der Konferenz für Sicherheitspolitik 2003 wurde die Unruhe durch den bevorstehenden Einmarsch der Bush-Regierung in den Irak angeheizt. Sie erinnern sich sicherlich, wie Joschka Fischer dem damaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf der Konferenz für Sicherheitspolitik hier in München auf den Kopf zu sagte, er sei nicht „convinced“, also nicht überzeugt, von der Darstellung, der Irak sei im Besitz gefährlicher Massenvernichtungswaffen. Letzteres hat sich im Nachhinein leider bestätigt und wir alle wissen, dass der Irak-Krieg unbestritten ein ausgesprochenes Negativbeispiel für militärische Sicherheitspolitik darstellt. Dazu brauche ich die Namen Abu Graib und Guantanamo noch nicht einmal auszusprechen! Und der Irak-Krieg belegt nicht zuletzt auch, wie das Konfliktpotential im Kampf um Ressourcen zunimmt.

Jedenfalls war es genau diese Zeit der allgemeinen Nervosität am Vorabend des Irak-Krieges, der die Friedenskonferenz aus der Taufe hob. Herr Prof. Hans-Peter Dürr und Frau Susan George sprachen schon auf dieser ersten Friedenskonferenz im Februar 2003 und legten, wie man der Dokumentation von damals entnehmen kann, schon damals die Situation im Irak ganz präzise und richtig dar. Höre ich Sie etwa gerade innerlich seufzen „Ach hätte man doch nur schon damals auf die beiden gehört!“? Wie Recht Sie haben, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Unter dem Motto „Planet Peace“ fand außerdem in der Muffathalle eine Kulturveranstaltung statt, an der auch Konstantin Wecker mitwirkte.

Deshalb ist es eine ganz besonders große Freude, diese drei Gäste auch heute Abend zum 10-jährigen Jubiläum wieder unter uns zu haben!

Die Landeshauptstadt München zollte der damals noch jungen Friedenskonferenz großen Respekt und stellte als Zeichen der Anerkennung ab 2005 den Alten Rathaussaal als Veranstaltungsort zur Verfügung.

Seither habe ich die Ehre, Sie alljährlich zu begrüßen. Und ab 2005 zeichneten sich auch erste Reformbestrebungen auf der Sicherheitskonferenz ab: Das Motto „Frieden durch Dialog“ wurde geschaffen und Kofi Annan, der damals Generalsekretär der Vereinten Nationen war, erhielt eine Medaille, die ebenfalls unter diesem Motto stand. Leider war es mir und Oberbürgermeister Christian Ude aber nicht gelungen, Herrn Annan auch für ein Grußwort auf der Friedenskonferenz zu gewinnen. Auf unsere schriftliche Einladung erhielten wir eine Absage, worüber ich bis heute noch enttäuscht bin.

Auch das Jahr 2007 ist mir im Gedächtnis geblieben, denn der Organisator der Konferenz für Sicherheitspolitik, Horst Teltschick antwortete damals im Bayerischen Rundfunk auf die Frage, ob ihn die Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz stören „Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und dass man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muss. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren!“ Diese Äußerung zog zurecht massive Proteste nach sich und auch wenn Teltschick sich damals darauf berief, er sei missverstanden worden, so war es doch sein letztes Jahr als Organisator.

2008 übernahm Wolfgang Ischinger die Organisation der Konferenz für Sicherheitspolitik, die seither den Namen „Münchner Sicherheitskonferenz“ trägt. Dass die militärische Dominanz seither abgenommen hat und die Veranstaltung öffentlicher geworden ist, begrüße ich sehr! Auch wenn es natürlich weiterhin nicht im Sinne der Friedensszene sein kann, dass dort nach wie vor eine Elite aus den wirtschaftlich und militärisch stärksten Staaten über die Geschicke der ganzen Welt entscheiden möchte und zum Teil auch tatsächlich entscheidet. Und das auch noch auf einer Konferenz, die gar nicht offiziell legitimiert ist. Es ist eine logische Konsequenz dieser Konstruktion, dass die Interessen der Mehrzahl der Menschen auf

dieser Erde, dort nicht vertreten sind und folglich auch nicht annähernd ausreichend Beachtung finden.

Seit Jahren fordern wir deshalb eine Politik, die alle Menschen der Erde gleichberechtigt einbindet. Und eine Sicherheitspolitik, die sich nicht über militärisches Handeln definiert und auf Abschreckung setzt, sondern zum Ziel hat, Konflikte und Kriege langfristig zu verhindern. Dies setzt eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, eine faire Ressourcenverteilung und Konzepte ziviler Konfliktlösungen voraus. Kurz: Friedenspolitik statt Sicherheitspolitik!

Dass dies eine so zeitlose, wie auch topaktuelle Herausforderung und Aufgabenstellung ist, hat uns das vergangene Jahr ganz besonders vor Augen geführt. Konflikte um Ressourcen wie Wasser, Boden, Nahrung, Energie werden mit zunehmender Härte ausgetragen und auch die Umbrüche in Nordafrika lehren uns viel. Die andauernde Eskalation in Syrien und der militärisch erzwungene Umsturz in Gaddafis Libyen führen uns vor Augen, wie schwierig es ist, in solchen Umsturzperioden einen friedlichen Weg der Konfliktlösung durchzuhalten. Was ebenfalls auffällt, ist dass die so genannte Sicherheitspolitik gerne vor dem Fehlen eigener Ideale (wie z.B. vor fehlender Demokratie) die Augen verschließt und sogar Despoten unterstützt, wenn es der Verfolgung eigener Interessen und vermeintlicher „Friedenssicherung“ dient. Echte Friedenspolitik sieht anders aus!

Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, auch die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im sicherheits- und friedenspolitischen Kontext kritisch zu hinterfragen! Und ich bin besonders gespannt auf den Vortrag von Frau Prof. Aboubakr über die Chancen für Frieden und Gerechtigkeit in Ägypten!

Sehr geehrtes Publikum, die Frage, wie wir der Spirale der Gewalt entkommen und wie man sie mit friedlichen Mitteln beenden kann, wird uns also nicht nur, aber doch auch ganz besonders an diesem Wochen-

ende beschäftigen. Antworten auf genau diese Fragen zu finden, ist Ziel dieser Konferenz und deshalb möchte ich hiermit Ihnen und den

anwesenden Experten das Wort überlassen.

Ich wünsche der Friedenskonferenz viel Erfolg und öffentliche Aufmerk-

samkeit und Ihnen, meine Damen und Herren, einen kurzweiligen und erkenntnisreichen Abend!!

Grußwort des Ehrenkurats der Friedenskonferenz

Hans-Peter Dürr

Frieden, Frieden – unsere große Hoffnung! Es ist hoffnungslos. Wenn man heute die Zeitung aufschlägt, hat man den Eindruck, wir haben keine Chance. Aber wir müssen eine Chance haben, weil wir wissen: Frieden ist möglich! Frieden ist so möglich wie das Leben möglich ist. Und wir sind lebendig, das heißt, wir haben das Richtige gemacht – und es ist auch noch immer in uns drin. Machen wir, dass das Leben lebendig bleibt.

Das hat mit Frieden zu tun. Frieden ist aber nicht etwas, das einfach etwas Ruhiges ist. Vielmehr ist es etwas, was sich dauernd verändert und dauernd in Bewegung ist, aber die Fähigkeit hat, dass das Verschiedenartige zusammenwirken, kooperieren kann. Durch dieses Zusammenwirken ergibt sich die Möglichkeit, eine Etage höher zu steigen, das Leben sozusagen lebendiger zu machen. Das heißt, im Lauf von dreieinhalb Milliarden Jahren entsteht aus einer chemischen Sauce ein Mensch. Das kann nicht einfach mit Würfeln passieren, sondern da ist etwas im Hintergrund, das das, was wir für den Frieden brauchen, in uns angelegt ist. Ich muss nicht 7 Milliarden Menschen überzeugen. Ich muss sie nur daran erinnern, warum sie die Chance haben, heute zu leben, und dass sie einmal ganz einfach angefangen haben.

Im Moment bin ich ein bisschen erschöpft, weil ich gerade jetzt von der Sicherheitskonferenz da drüben komme. „Sicherheitskonferenz“ hat nichts mit Frieden zu tun. Frieden ist genau nicht „sicher“. Es gibt vielmehr dauernd Bewegung, und was sich da bewegt, kann durch die Zusammenarbeit eine Balance finden und uns auch lebendig bleiben lassen. Ich bin deshalb ganz enttäuscht, dass auf dieser Sicherheitskonferenz kein Wort verloren wurde über diese Sicherheit, die ja gar nicht existiert. Sicherheit hängt davon ab, dass wir zusammenspielen, dass wir nicht Monopoly spielen, wo am Schluss nur Einige übrig bleiben und die Anderen nicht mehr da sind.

Wir haben im Augenblick Millionen von Gewinnern, die alle aus demselben Zusammenspiel hervorgegangen sind. Und die kommen nun zusammen und sagen: Wir müssen uns mit noch höheren Absicherungen sichern! Es ist nie passiert, dass Mächtige mit noch Mächtigeren je eine Stabilität gefunden haben. Am Ende fallen sie übereinander her. Wir wissen, dass Zerstörung im-

mer bedeutet, dass die Qualität des Lebendigen herabgesetzt wird. Weil das Wahrscheinliche wahrscheinlicher ist, läuft das darauf hinaus, dass wir uns selbst zugrunde richten. Es geht also darum, wie wir als Menschen überleben können.

Ich freue mich immer, wenn ich hier in diesem Kreis bin, wo ich weiß, dass Sie so fühlen wie ich fühle. Das gibt mir wieder Mut. Nein, es sind nicht nur die Anwesenden, die in diese Richtung gehen. Es gibt Viele, die eigentlich wissen, wohin es gehen müsste.

Das erinnert mich immer an diese tibetische Weisheit: „Ein Baum, der fällt, macht mehr Krach als ein Wald, der wächst.“ Wir sind alle



Keime des wachsenden Waldes. Es wird nur kaum festgestellt, dass das, was wir tun, etwas Wichtiges ist. Es liegt an dem wachsenden Wald, dass wir hier überhaupt existieren, und nicht an fallenden Bäumen, die nur zerstören. Das heißt, obwohl wir kaum sehen, wie wir voran kommen, können wir sagen: Weil das Leben sich entfaltet hat, werden auch wir, wenn wir hier weiter machen, gewinnen.

kommt nur zustande durch Raubbau an der Natur, durch Herausholen der Bodenschätze, die in Jahrtausenden gewachsen sind, und durch die Ausbeutung der Menschen. Aber das hat seine Grenzen und es geht zu Ende. Wir müssen die Definitionshoheit von „Wertschöpfung“ im Sinn eines gelingenden Zusammenlebens wieder erringen. Und dabei bedeutet „Sicherheit“, dass wir einander vertrauen. Damit ist eine positive

brauchen einen Friedensdienst!
Wenn wir schon den Wehrdienst nicht mehr als Pflicht haben, sollen wir für Frauen und Männer den Friedensdienst zur Pflicht machen. Die jungen Menschen sollen erfahren und voran bringen, wie man mit Mediation und ohne Gewalt mit den Problemen unserer Zeit umgehen kann. Es wäre doch wunderbar, wenn Sie vor jungen Leuten sa-



Krieg führt aus einem Dilemma nicht heraus. Krieg ist schon die Katastrophe. Und man hat heute den Eindruck: Wir sind bereits in der Katastrophe drin. Aber geben wir auf? Nein! Es sind immer noch Bewegungen da, von denen wir gerade gehört haben.

Wie aber hängt die Macht der Kriege mit Werte-machen zusammen? Die Macht gibt vor, wertschöpfend zu sein. Aber die Wertsteigerung

Einstellung zu anderen Menschen, zu anderen Kulturen gemeint. Das Vertrauen ist die entscheidende Basis.

Mir geht immer noch im Kopf herum, wie wir aus der derzeitigen misslichen Situation heraus kommen. Wir haben in den meisten Ländern immer noch den Wehrdienst, der junge Menschen ausbildet auf den Erhalt der Macht hin, den man „Sicherheit“ nennt. Nein, wir brauchen diesen Wehrdienst nicht, wir brauchen einen Friedensdienst. Wir

gen: „Möchtet ihr lernen, wie man Konflikte gewaltfrei lösen kann?“ „Ja, das wollen wir, da wollen wir mitmachen!“ Könnten wir das nicht gerade jetzt durchsetzen, wo man jammert, dass die Leute für den Wehrdienst nicht mehr bereit sind? Wunderbar! Dann schwenken wir mit den Heranwachsenden jetzt um auf den Friedensdienst und bringen ihnen bei, wie man heutige Probleme lösen kann – ohne der Gewalt wiederum mit Gewalt zu begegnen.

Bernd Hahnfeld

Zivile (nichtmilitärische) Maßnahmen der UN im Krieg gegen den Terror

Bernd Hahnfeld war Richter in Hamburg und lebt seit seiner Pensionierung in Köln. Er ist Gründungsmitglied von IALANA, der englischen Abkürzung für: „Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen“ - und gehört von Beginn an dem Vorstand an.

Er war Teilnehmer der „Richterblockade“ in Mutlangen gegen die Stationierung von Atomraketen und gehörte dem Hamburger Richtertheater an.

Bernd Hahnfeld ist bekannt durch eine Vielzahl von Auftritten als Redner auf Kundgebungen der Friedensbewegung und als Referent bei Konferenzen.

Im Dezember 2011 hat er gemeinsam mit dem Richter am Bundesverwaltungsgericht und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der IALANA, Dr. Dieter Deiseroth, ein völker- und verfassungsrechtliches Memorandum zu den Kriegsdrohungen gegen Iran in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ veröffentlicht.

„Krieg gegen den Terror“ - ein Schlagwort und ein ideologischer Kampfbegriff der US-Regierung – soll laut Hillary Clinton seit März 2009 nicht mehr von der Obama-Regierung verwendet werden. Die Frage ist, ob damit auch die Missachtung völkerrechtlicher Standards auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden soll.

Völkerrechtswidrige Kriege

Einer der Kriege der letzten Jahre, allesamt völkerrechtswidrig oder zumindest mit zweifelhafter völkerrechtlicher Grundlage - 1999 in Jugoslawien, seit 2001 in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen - ist offen als „Krieg gegen den Terror“ geführt worden:

Ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats haben die USA und Verbündete, darunter auch Deutschland, als Reaktion auf die Verbrechen der 9/11-Attentate unter dem Motto „Operation Enduring Freedom“ im Oktober 2001 einen Krieg gegen Afghanistan begonnen. Tatsachen, welche die USA zur Verteidigung berechtigt hätten, sind niemals belegt worden.

Der parallel geführte militärische ISAF-Einsatz von NATO-Truppen beruhte zwar auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats. Dieses berechtigte aber nur zur militärischen Unterstützung der eingesetzten Übergangsregierung Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit. Der Einsatz wird mit Billigung des UN-Sicherheitsrats bis heute fortgesetzt, obwohl weder das sog. Petersberg-Abkommen und die afghanische „Verfassung“ noch die Karsai-Regierung jemals demokratisch legitimiert wurden.

Allen genannten Kriegen war gemeinsam, dass die angegebenen und die tatsächlichen Kriegsziele wechselten und nicht immer klar zu erkennen waren. Gemeinsam war ihnen auch, dass Medienberichte das militärische Vorgehen weitgehend unkritisch befürworteten. Alternative nichtmilitärische Lösungskonzepte sind öffentlich kaum diskutiert worden.



Recht auf Militäreinsätze?

Es muss ernsthaft bezweifelt werden, ob Politiker und Journalisten erkennen und akzeptieren, dass militärische Gewalt zur Lösung von Konflikten durch das Völkerrecht grundsätzlich verboten und nur ausnahmsweise unter engen Voraussetzungen gestattet ist.

Völkerrechtliche Grundlage ist die nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg geschaffene UN-Charta, eine der wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit. Mit ihr verpflichten sich alle 193 Mitgliedsstaaten, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, ...um Friedensbrüche ... durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und

des Völkerrechts ...beizulegen.“ (Art.1 Ziffer 1 UN-Charta). Zentrale Eckpunkte sind

- die zwingende Verpflichtung zur friedlichen Beilegung aller Streitigkeiten (Art. 2 Ziffer 3),
- das allgemeine Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt (Art. 2 Ziffer 4) und
- ein multilaterales Krisenmanagement mit der Möglichkeit, (als letztes Mittel) Rechtsbrecher mit Gewalt auf die Einhaltung der Regeln der Gemeinschaft zu verpflichten.¹

Sicherheitsrat

Das herausragende Organ der UN ist der Sicherheitsrat (SR). Ihm ist die vorrangige Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übertragen worden (Art. 24 Abs. 1). Er darf Sanktionen nach Kap. VII (UN-Charta) anordnen, aber nur nachdem die Mitglieder des Sicherheitsrats gemäß Art. 39 förmlich festgestellt haben, dass „eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung (Aggression) vorliegt.“ Dabei sind der Friedensbegriff und der Aggressionsbegriff in der UN-Charta nicht definiert.

Der Begriff des „Terrorismus“ taucht in der UN-Charta nicht auf. Die UN-Mitgliedsstaaten haben sich bisher weder auf eine Definition des Terrorismus noch auf eine umfassende Anti-Terror-Konvention einigen können.²

Ich gehe von dem Terrorismus-Begriff aus, der den SRs-Resolutionen der vergangenen Jahre zugrunde liegt, die jeweils an konkrete Gewaltakte anknüpfen. Für die rechtliche Bewertung ist von Bedeutung, ob der konkrete Terrorakt von privaten Personen/Gruppen verübt worden ist oder ob der Terrorakt einem anderen Staat nachweisbar

zuzurechnen ist. Denn nur in diesem zweiten Fall kann der Terrorakt eine Verletzung des Gewaltverbots nach Art. 2, Ziffer 4 UN-Charta darstellen und damit den betroffenen Staat zur Selbstverteidigung berechtigen. Ist der Terrorakt keinem Staat zuzurechnen, darf der betroffene Staat nur mit polizeilichen und justiziellen Mitteln reagieren.

Der SR kann in beiden Fällen, also auch im Falle privaten Terrors den internationalen Frieden als bedroht ansehen und Sanktionen anordnen. Aus der Tatsache, dass der SR terroristische Akte als Friedensbedrohung feststellt, ist jedoch noch nicht zu schließen, dass auch eine Verletzung des Gewaltverbots vorliegt.³

Handlungsspielräume des Sicherheitsrats

In den letzten zwanzig Jahren hat der SR schrittweise die alleinige Zuständigkeit für das Einschreiten bei Terroranschlägen für sich in Anspruch genommen. Die folgenden SRs-Resolutionen belegen das, wobei sich aus ihnen bereits die Wege und Mittel des Einschreitens ergeben:

1992 ist der SR mit der Resolution 748 wegen der Nichtauslieferung der mutmaßlichen Attentäter von Lockerbie gegen Libyen vorgegangen. Er hat sich auf Kap. VII berufen und die Verhinderung von Handlungen des internationalen Terrorismus als essentiell für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit bezeichnet.⁴

1999 hat er mit der Resolution 1267 nach Kap. VII weit reichende Sanktionen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan beschlossen.⁵ Als Begründung wurde angeführt, dass die Taliban die Ausbildung von Terroristen und die Vorbereitung terroristischer Anschläge ermöglichten. Die Verhinderung des Terrorismus sei essentiell für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit. Angeordnet wurden Flugverbotszonen für die Flugzeuge und das Einfrieren von Bankkonten und des Vermögens

der Taliban. Ein Sanktions-Komitee sollte die Durchführung kontrollieren. Die Sanktionen wurden später um Reiseverbote, Waffenembargos und den Personenkreis erweitert. Die Sanktionsausschüsse des SRs führen umstrittene Listen von Verdächtigen, gegen die alle UN-Mitgliedsstaaten einzuschreiten verpflichtet sind.⁶

Ebenfalls im Jahre 1999 forderte der SR durch die Resolution 1269 die Staaten allgemein zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Abschluss einer internationalen Anti-Terrorismus-Konvention auf.⁷ Dasselbe wiederholte er am 12. 9. 2001, einen Tag nach dem Anschlag auf die Twin-Towers, das Pentagon und andere Einrichtungen der USA, wobei er die Terroranschläge als kriminell und als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bezeichnete.⁸

Mit der Resolution 1373 vom 28.9.2001 ging der SR noch sehr viel weiter.⁹ Erneut bezeichnete er sich als allgemein zuständig für Akte des internationalen Terrorismus und erklärte, dass er jeden Akt des internationalen Terrorismus als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betrachtet. Seine Maßnahmen nach Kap. VII richten sich an alle Staaten. Nach Art einer Rahmengesetzgebung gebietet er, die Finanzierung terroristischer Handlungen zu verhindern und das Geldsammeln zu bestrafen, Vermögen einzufrieren, Geldtransfer zu verbieten, vor Anschlägen zu warnen, Zufluchtsorte zu verweigern, die Nutzung der Hoheitsgebiete zu verhindern, Unterstützer vor Gericht zu stellen, die Bewegung von Terroristen durch Grenzkontrollen zu verhindern, relevante Informationen auszutauschen, den Missbrauch der Asylgewährung und des Flüchtlingsstatus zu verhindern und binnen 90 Tagen über die eingeleiteten Schritte Bericht zu erstatten. Die Maßnahmen sind zeitlich, räumlich und

1 Michael Bothe in Vitzthum, „Völkerrecht“, 4.A., 2007, S. 664; Horst Fischer in Knut Ipsen, „Völkerrecht“, 5.A., 2004, S. 1109
2 auswaertiges-amt.de - „Terrorismusbekämpfung in den Vereinten Nationen (VN)“

3 Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 651
4 S/RES/748 vom 31.3.1992
5 S/RES/1267 (1999)

6 auswaertiges-amt.de „Terrorismusbekämpfung in den Vereinten Nationen“
7 S/RES/1269 (1999)
8 S/RES/1368 (2001)
9 S/RES/1373 (2001)

sachlich nicht begrenzt. Zur Überwachung wurde ein Counter-Terrorism-Committee geschaffen.

Hervorzuheben ist, dass diese Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus „friedliche (nichtmilitärische) Sanktionen“ nach Art. 41 UN-Charta sind. Militärische Sanktionen hat der SR vermieden, offensichtlich, weil die Terrorakte keinem Staat zuzurechnen waren.

Einen Schritt weiter ging der SR bei den Bombenattentaten von Madrid 2004. Obwohl er ebenso wie die spanische Regierung die Verantwortlichkeit der ETA unterstellte – und damit nicht einem internationalen Terrorismus – sah er sich als zuständig an und ging nach Kap. VII vor, indem er die terroristischen Anschläge als Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit bezeichnete.¹⁰ Er postulierte die Verpflichtung aller Staaten, im Rahmen ihrer Verpflichtungen aus der Resolution 1373(!) die Drahtzieher der Anschläge zu überführen und vor Gericht zu stellen.

Diese Inanspruchnahme einer Allzuständigkeit bei terroristischen Anschlägen wird ergänzt durch die Resolution 1540, mit der die Weitergabe von ABC-Waffen als Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit bezeichnet und allen Staaten ein umfassender Pflichtenkatalog auferlegt wird.¹¹

Kritik am Sicherheitsrat

Kritik wegen der fehlenden Einhaltung der menschenrechtlichen Standards veranlassten den SR in späteren Resolutionen bei der Bekämpfung des Terrorismus die Menschenrechte stärker hervorzuheben.¹² Die kritischen Entscheidungen verschiedener regionaler Gerichte wegen des fehlenden Rechtsschutzes führten zur Einrichtung eines „Ansprechpartners“ und verbesserter Anhörungsmöglichkeiten. 2009 rich-

tete der SR schließlich das Amt einer Ombudsperson ein,¹³ das 2011 nochmals deutlich aufgewertet wurde.¹⁴ Bereits am 7.6.2010 war die ehemalige Richterin am Internationalen Strafgerichtshof Kimberley Prost zur Ombudsperson ernannt worden. Beschwerden können übrigens per e-Mail eingelegt werden.¹⁵

Die Definitionshoheit des SR, was er als Terrorismus ansieht und was nicht, ist zu Recht kritisiert worden. Hinzu kommt die fehlende gerichtliche Kontrolle. Kontrolliert werden können die Anordnungen des SR erst in der Phase ihres Vollzuges durch die verpflichteten Staaten. Dabei können sie von nationalen und regionalen Gerichten überprüft werden. Setzen diese dem SR Grenzen, so wird er das nicht unbeachtet lassen können – denn er ist beim Vollzug seiner Sanktionen auf die Einzelstaaten angewiesen.

Sanktionsmaßnahmen

Die Möglichkeiten des SR, im Rahmen von Kapitel VII durch Sanktionsmaßnahmen nach Art. 41 UN-Charta gegen den Terrorismus vorzugehen, sind umfassend. Zwar nennt die UN-Charta nur die Unterbrechung von Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindung sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Art. 41 UN-Charta ermöglicht jedoch den Einsatz aller denkbaren nicht-militärischen Mittel, um auf einen Staat, der die Friedenspflichten nicht beachtet, Druck auszuüben¹⁶ (wie gegen Libyen im Falle Lockerbie) oder um allgemeine Maßnahmen quasi-gesetzgeberischer Art anzuordnen.¹⁷ (wie nach 9/11 durch die Res. 1373, s. o.). Von erheblicher Reichweite sind dabei Maßnahmen des SR, die darauf hinzielen, die

finanzielle Basis des Terrorismus zu zerstören.¹⁸

Militärische Sanktionsmaßnahmen nach Art. 42 UN-Charta darf der SR nur subsidiär anordnen, wenn nicht-militärische Sanktionen voraussichtlich unzulänglich sind oder sich als unzulänglich erwiesen haben.

Die Frage, ob die Terrorakte bestimmten Staaten zuzurechnen sind, lässt sich häufig auch für den SR nicht beantworten. Das mag der Grund dafür sein, dass der SR die Terroranschläge meistens nur als Akte der Kriminalität bezeichnet und die Staaten dazu auffordert, „die Täter, Organisationen und Förderer vor Gericht zu stellen“¹⁹, also mit Sanktionen der Zivilgesellschaft zu reagieren.

Selbstverteidigungsrecht

Die mit Terroranschlägen angegriffenen Staaten können sich durch Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta gegen die Staaten zur Wehr setzen, denen nachgewiesen werden kann, dass sie den Terror veranlasst oder gefördert haben. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat entschieden, dass ein bewaffneter Angriff nur dann zur Selbstverteidigung berechtigt, wenn er eine gewisse Intensität hat. Ein Gewaltakt unterhalb dieser Schwelle löst das Recht auf sofortige und verhältnismäßige Abwehrmaßnahmen aus, nicht jedoch ein umfassendes Selbstverteidigungsrecht.²⁰

Die Frage, ob die im Oktober 2001 begonnene „Operation Enduring Freedom“ und der Angriff auf Afghanistan mit dem Völkerrecht vereinbar sind, lässt sich eindeutig beantworten.

Obwohl sich die USA bereits kurz nach den Terroranschlägen vom 11. 9. 2001 mehrmals um eine Resolution des SRs bemüht hatten, die einen Angriff auf Afghanistan autorisiert hätte, hat der SR in allen Resolutionen eindeutig vermieden, Mili-

10 S/RES/1530 (2004)

11 S/RES/1540 (2004)

12 z.B. durch S/RES/1556 (2003) und S/RES/1566 (2004), vgl. auswaertiges-amt.de - aaO

13 S/RES/1904 (2009)

14 S/RES/1989 (2011)

15 Office of the Ombudsperson, Room TB-08041D, United Nations New York, NY 10017 United States of America, Tel: +1 212 963 2671 Fax: +1 212 963 1300/3778E-mail: ombudsperson@un.org

16 Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 674

17 Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 676

18 Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 675

19 auch durch S/RES/1438 (2002) betr.

Bombenanschläge auf Bali

20 Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 653

täraktionen zu beschließen. Er hat stattdessen alle Staaten aufgefordert, zusammen zu arbeiten, um die Täter, Organisationen und Unterstützer vor Gericht zu bringen.

Der SR hat den USA im konkreten Fall auch kein Selbstverteidigungsrecht zugebilligt. In den Einleitungen seiner Resolutionen 1368 und 1373 hat er lediglich allgemein

Akte, die sie anderen Staaten zurechnen können und die mittelbar den Frieden gefährden können, so sind sie nach Kapitel VI verpflichtet, sich zunächst um die Beilegung durch Verhandlungen, Untersuchungen, Vermittlungen, gerichtliche Entscheidungen, die Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder durch andere friedliche Mittel zu bemühen. Dazu können sie auch vom SR aufge-

onen bestimmte Verhaltensweisen vorzuschreiben. Im Falle der Lähmung des SR durch einen Veto-Staat gibt die Möglichkeit einer „Uniting for Peace-Resolution“ der UN-Generalversammlung heute nur noch die Möglichkeit zur Einberufung einer Notstands-Sondertagung.²²

Die UN-Generalversammlung hat - allerdings völkerrechtlich nicht rechtsverbindlich²³ - Grundsätze der Verhütung und Bekämpfung terroristischer Akte aufgestellt²⁴, Empfehlungen abgegeben und Anti-Terror-Konventionen vorbereitet und gefördert.²⁵ UN-Generalsekretär Kofi Annan hat Empfehlungen für eine weltweite Strategie der UN zur Bekämpfung des Terrorismus vorgestellt, die 2006 zur Verabschiedung einer entsprechenden Resolution der UN-Generalversammlung führten.²⁶



das „naturgegebene Recht der Selbstverteidigung im Einklang mit der Charta“ bekräftigt. Dieses in Art. 51 UN-Charta geregelte Recht steht einem angegriffenen Staat nur zu, bis und solange der SR die zur Friedenssicherung erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Das war mit den umfassenden Maßnahmen der SR-Resolutionen 1368 und 1373 bereits im September geschehen.

Darüber hinaus lagen auch die Voraussetzungen des Selbstverteidigungsrechtes nicht vor: Der Angriff war abgeschlossen, die Täter tot, die Gefahr weiterer Angriffe war eben so wenig zu belegen wie die Mitverantwortung des Staates Afghanistan.

US-Präsident George W. Bush muss das gewusst haben. Denn in seiner ersten Fernsehansprache unmittelbar nach den Anschlägen hat er angekündigt, die USA werde die Täter ermitteln und vor Gericht stellen. Bereits in der nächsten öffentlichen Erklärung ging er auf Kriegskurs.

Werden Staaten Opfer terroristischer

fordert werden.

Werden Staaten Opfer terroristischer Angriffe, die sie keinem anderen Staat zurechnen können, gibt es nur den Weg über polizeiliche Ermittlungen und Maßnahmen der Justiz. Die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs ist ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang werden die zahlreichen internationalen Abkommen bedeutsam, die zur Bekämpfung des Terrorismus, der Piraterie und des Schutzes der Zivilluftfahrt und bestimmter Personenkreise von den Staaten vereinbart worden sind.²¹

UN-Generalversammlung

Die UN-Generalversammlung ist auch bei Terroranschlägen völkerrechtlich nicht berechtigt, der Staatengemeinschaft durch Sankti-

21 z.B. das „Europäische Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus“ vom 27.1.1977, das die Auslieferung der Verdächtigen regelt; das Übereinkommen über die Hohe See, die Diplomatschutzkonvention oder das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt. Vgl. bei Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 648

Rechtliche Grenzen für den Sicherheitsrat

Sind dem SR rechtliche Grenzen gesetzt? Art. 39 UN-Charta gewährt dem SR kein rechtlich unbegrenztes Ermessen, das Vorliegen von Situationen festzustellen, in denen seine Zuständigkeit eingreift.²⁷ Denn die in Art. 39 UN-Charta verwendeten Begriffe sind Rechtsbegriffe, also überprüfbar. Rechtsschutz gibt es jedoch nicht. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) besitzt keine Kompetenz, die Einhaltung der Satzung durch andere UN-Organe zu kontrollieren. Er kann nur um Rechtsgutachten gebeten werden – und auch nur durch andere UN-Organe. Wenn UN-Mitgliedsstaaten die Auffassung vertreten, Maßnahmen des SR seien rechtswidrig, so können sie diese nicht unmittelbar anfechten.²⁸ Sie haben nur die Möglichkeit der indirekten Rechtskontrolle auf

22 Eckart Klein in Vitzthum aaO, S. 324;

Volker Epping in Knut Ipsen aaO, S. 483

23 Eckart Klein in Vitzthum aaO, S.323, 328

24 Res. 49/60 vom 9.2.1994; Res. 51/210 vom 17.11.1996

25 auswaertiges-amt.de - aaO

26 Res. 60/288 am 8.9.2006 ohne Abstimmung verabschiedet – un.org/depts/german/gv-60/band3/ar60288

27 Michael Bothe in Vitzthum aaO, S. 674

28 Eckart Klein in Vitzthum aaO, S. 348

der Ebene der Mitgliedsstaaten, die die Resolution ausführen.²⁹

Das Problem, dass der Sicherheitsrat durch den Einspruch nur einer der fünf Veto-Mächte an dem Einschreiten gehindert werden kann, lässt sich hier nicht lösen. Vorschläge, die UN oder Einrichtungen der Vereinten Nationen zu reformieren sind im Konfliktfall nicht hilfreich. Eine Änderung der UN-Charta müsste von allen 193 UN-Staaten mühsam ausgehandelt, unterzeichnet und ratifiziert werden. In dieser Hinsicht ist wenig zu erwarten. Kommt durch ein Veto kein Beschluss zustande, erhält das Selbstverteidigungsrecht des angegriffenen Staates wieder größere Bedeutung. Rechnet dieser einen Terrorsanschlag einem anderen Staat zu und setzt sich ihm gegenüber zur Wehr, so kann eine rechtliche Überprüfung nachträglich durch den IGH stattfinden.

Eine Alternative zur Einhaltung und Stärkung des UN-Systems gibt es nicht, wenn wir vermeiden wollen, dass in den internationalen Beziehungen Willkür, Gewalt und das

29 Eckart Klein in Vitzthum aaO, S. 337

Recht des Stärkeren herrschen.

Was kann die Friedensbewegung tun?

Bei der Ombudsperson der UN können Beschwerden gegen Sanktionen des SR eingelegt werden, die z.B. aufgrund einer unzureichenden Sachverhaltsermittlung oder ohne ausreichende Prüfung nichtmilitärischer Sanktionen und unter Verletzung des Prinzips der Subsidiarität beschlossen worden sind.

Der Durchführung ziviler und militärischer Maßnahmen können innerstaatlich Steine in den Weg gelegt werden: Würde die Bundeswehr im Rahmen eines von dem SR ermächtigten Antiterror-Einsatzes unberechtigt militärische Gewalt anwenden, so sollte der Rechtsweg vor die Verwaltungsgerichte oder über das Bundesverfassungsgericht geprüft werden. Das Gleiche gilt für möglicherweise grundrechtswidrige Ermittlungs- oder Verfolgungsmaßnahmen.

Strafrechtlich könnten die Regierungsmitglieder wegen Führung eines Angriffskrieges allerdings noch nicht verfolgt werden. Denn im Völ-

kerstrafgesetzbuch ist die Führung eines Angriffskrieges nur als künftiger Straftatbestand vorgesehen. Die Konkretisierung scheitert bislang daran, dass sich die Staatengemeinschaft nicht auf eine gemeinsame Definition der Aggression einigen kann.

In Deutschland ist das Gebot des Art. 26 GG, den Angriffskrieg strafrechtlich zu ächten, vom Gesetzgeber völlig unzureichend umgesetzt worden. Nach § 80 StGB ist lediglich die Vorbereitung eines Angriffskrieges, nicht jedoch die Führung oder Beteiligung strafbar.

Darüber hinaus bleibt nur der Weg, auf die öffentliche Meinung und die Politik Einfluss zu nehmen. Der Prozess des fact-finding, d.h. der sorgfältigen Ermittlung und Feststellung der Tatsachen, mit denen das Einschreiten begründet wird, sollte besonders sorgfältig geprüft werden. Bekanntlich stirbt die Wahrheit im Krieg als Erstes.

Zudem dürfte die Aufdeckung und Behebung der vielfältigen Ursachen des Terrorismus nachhaltiger wirken als alle UN-Sanktionen.



Susan George
Frankreich/USA

Stärkung der zivil-sozialen Bewegungen

Dr. Susan George ist Sozialwissenschaftlerin, Aktivistin und Autorin. Geboren wurde sie in den USA, heute lebt sie in Paris. Sie ist Vorstandsvorsitzende des „Transnational Institutes“, das globalisierungskritische Analysen erarbeitet, Vorschläge für eine gerechtere Welt veröffentlicht und Basisbewegungen zu internationalen Allianzen zusammenführt. Ihre 14 Bücher wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt. In Frankreich ist sie Ehrenvorsitzende der globalisierungskritischen Bewegung „Attac“, mehrere Universitäten verliehen ihr die Ehrendoktorwürde. Ihre Aufgabe definiert sie folgendermaßen: „Verantwortliche Wissenschaft enthüllt die Zusammenhänge und Zwänge von Reichtum, Macht und Kontrolle, schreibt darüber verständlich und klar, um schließlich Position für die Benachteiligten, Unterlegenen und Opfer von Ungerechtigkeiten einzunehmen“.

Übersetzung und Bearbeitung des Beitrags von Renate Börger und Lothar Mayer

Ich habe das sehr tiefe Gefühl, dass wir uns in der gefährlichsten Periode der Menschheitsgeschichte befinden. Das mag vielleicht übertrieben klingen, aber es ist die dramatische Einschätzung, zu der ich komme. Und wenn sich nicht alle Bewegungen vereint gegen die Gefahr bringenden Kräfte zur Wehr setzen, werden wir möglicherweise verlieren. Und deswegen bin ich hier, denn ich möchte sie alle auffordern, auf diese Krise in einer besonderen Weise zu reagieren - darauf komme ich am Ende zu sprechen.

Die Gründe für die besondere Gefährlichkeit:

1) Die neue Kälte der Exklusion

Die meisten von Ihnen, jedenfalls die in meinem Alter, sind wegen des kalten Krieges zur Friedensbewegung gekommen. Es war eine Schrecken einjagende Periode der Rivalität zwischen den USA und der UDSSR, das nukleare Wettrüsten war schrecklich, aber - und Sie mögen mich für verrückt halten, wenn ich sage, dass der kalte Krieg weniger schlimm war als wir ihn damals empfanden. Und zwar deswegen, weil es im geopolitischen Sinne keinen Platz auf der Erde gab, der unwichtig gewesen wäre. Während des kalten Krieges konnte jeder Ort in Asien oder Lateinamerika eine Basis werden für die UDSSR oder die USA, konnte Schwerpunkt werden für Einflussnahme der einen oder anderen Macht. Aber die andere Macht konnte es sich nicht leisten, diese Orte zu ignorieren. Deswegen hat man auf Entwicklung und Entwicklungshilfe so viel Gewicht gelegt. Um jeden in der globalen Familie zu halten und ihre Möglichkeiten zu entwickeln. Vor dem Hintergrund des kalten Krieges hat das funktioniert, weil die Rivalität der beiden Weltmächte dafür sorgte.

Doch in den letzten zwanzig Jahren hat sich die geopolitische Situation dramatisch verändert, und es wird klarer und klarer: Heute ist es so, dass es sehr viele Ort auf der Erde gibt, die vollkommen unwichtig sind, sie zählen nicht. Sie zählen



strategisch nicht, und die Menschen in diesen Ländern zählen auch nicht. Es ist furchterregend, wie der Kapitalismus gewonnen hat. Nachdem die Berliner Mauer gefallen war, hat er sich mit atemberaubender Geschwindigkeit über die ganze Welt ausgebreitet, und jetzt gibt es nur noch einige Inseln, dazu unglücklicherweise solche wie Nordkorea, die nicht von der neoliberalen Globalisierung erreicht sind. Die neoliberale Globalisierung hat gewonnen. Und das Adjektiv „neoliberal“ muss man immer dazu sagen, denn wenn man nur Globalisierung sagt, klingt es danach, dass wir miteinander glücklich Hand in Hand in Richtung Paradies wandern. Aber die neoliberale Globalisierung ist eine Entwicklung der Exklusion. Sie schließt ganze Staaten aus, ganze Völker, ganze Regionen. Glauben sie nicht, ich sei zynisch. Nein, aber ich betrachte mit Schrecken und ganz nüchtern: Es gibt Hunderte von Millionen Menschen auf der Welt, an denen

keiner Interesse hat, weil sie nichts produzieren, was die Weltökonomie haben will. Und weil sie nicht genug konsumieren, um zu zählen.

Wir haben den Krisenpunkt erreicht, an dem sehr wenige Menschen über ihr Schicksal entscheiden. Ich nenne sie die Davos-Klasse und ich bin ihnen letzte Woche beim Wirtschaftsgipfel in Davos begegnet. Ich will nicht sagen, dass sie individuell Scheusale seien, nein, sicher können sie nett und freundlich sein, aber als Klasse verteidigen sie ganz bestimmte Interessen. Und diese Hunderte von Millionen von Menschen sind für ihr Interesse überflüssig und uninteressant. Dieses System nimmt sich die Besten und lässt die Übrigen zurück.

Mit den konvergierenden Krisen sind wir nun in einer Periode, die noch schlimmer ist als der kalte Krieg. Erst hatten wir die Finanzkrise, die den Lebensstandard überall reduziert hat für Menschen, die selbst gar nichts für die Krise können - in allen Teilen der Welt.

Ich nenne es auch eine moralische Krise, weil sie die Unschuldigen bestraft und die Schuldigen belohnt, so wie unsere Finanzexperten und Akteure belohnt wurden dafür, dass sie eine Krise hervorgebracht haben. 200 Millionen Arbeitslose sind die Folge, nach Zahlen der ILO (International Labour Organisation), und sie führt zu Gewalt, Instabilität und Konflikten.

Wir wissen, dass viel Geld in die Subprime-Finanzprodukte investiert wurde. Als das Geld frei wurde, wurde es in Rohstoffe investiert, in Reis, Kakao, Getreide. In einigen Fällen haben sich die Preise für Grundnahrungsmittel verdoppelt oder sogar verdreifacht.

Wenn man sowieso schon wie in vielen armen Ländern 70 % oder 80% des Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben muss, und sich die Preise dann verdoppeln oder verdreifachen, hat man keinerlei Aussichten mehr. Im Jahre 2008 waren Hungerrevolten die Folge. Es gab Aufstände in gleichzeitig 30 bis 35 Ländern der

Welt! Diese Gleichzeitigkeit war erstmalig in der Geschichte der Menschheit. Normalerweise gibt es solche Aufstände in einem Land und ganz isoliert an einer Peripherie, aber jetzt geschieht es gleichzeitig in der ganzen Welt, weil die Nahrungsmittelpreise wegen der Spekulation in New York, Chicago und London derart gestiegen sind. Menschen sind davon betroffen, die absolut nichts damit zu tun haben.

Wenn - wie an einem einzigen Tag im März 2008 - die Preise um 31 % steigen können, dann weiß man, man lebt nicht in normalen Zeiten. Und 2011 sind die Preise noch höher als 2008!

2) Die wachsende Ungleichheit sät Gewalt

Die Krise bedeutet eine dramatische Ungleichheit, die aus den Menschen das Schlechteste heraus treibt. Denn wenn es eine winzige Kruste von Menschen an der Spitze gibt, die Millionen machen, und unten sind die Menschenmassen, die nichts haben, dann haben die Letzteren das Gefühl, dass man auf sie herunterblickt. Bei dieser Ungleichheit ist nicht so sehr die Tatsache ein Problem, wie viel die anderen haben, sondern dass man ein Zurückgelassener ist. Wenn jemand zehn mal so viel hat wie man selbst, kann man das ertragen, wenn man nicht gleichzeitig das Gefühl hat, von der Gesellschaft ausgeschlossen und zurückgelassen zu werden. Aber heute können die Menschen nicht mehr damit leben, und es treibt Gewalt hervor. Aus den Statistiken wissen wir, dass die ungleichsten Gesellschaften die sind mit mehr Kriminalität, mit mehr Menschen in Gefängnissen, mit mehr Morden.

3) Die Folgen des Klimawandels und die kommende Militarisierung

Wir sind jetzt sieben Milliarden Menschen auf der Welt, und das Bevölkerungswachstum auf dem Hintergrund des Klimawandels ist die größte Bedrohung für den Frieden. Die offizielle Sicherheits-Konferenz blendet das aus. 2008 hatte Javier

Solana als eine Art Außenminister von Europa es noch auf die Tagesordnung gebracht und vom Klimaproblem als Bedrohungsverstärker oder -beschleuniger gesprochen. Das Klima schafft Komplikationen für die europäischen Interessen. Und das Pentagon hat in seiner Verteidigungsanalyse das Klima deutlich hervorgehoben. Interessant ist aber, dass niemand wirklich sagen will, dass man autoritäre Methoden anzuwenden plant, um mit den Konsequenzen des Klimawandels fertig zu werden. Sie versuchen ja auch gar nicht, den Klimawandel aufzuhalten, sondern nur, mit den Konsequenzen zu rechnen, aber das tun sie nicht in offener Weise, sondern hinter verschlossenen Türen!

Wir wissen, dass es unzählige Flüchtlinge geben wird, dass Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden, weil sie in ihrer Region nicht mehr werden existieren können. In der Arktis schmilzt das Eis, die arktische Passage ist jetzt drei bis vier Monate im Jahr offen. Erdöl wird entdeckt, Russland, USA und Europa sind sehr interessiert daran, was wird passieren? Wir wissen nicht, was die EU-Organisation Frontex mit den Flüchtlingen vor hat. Was werden sie machen? Mit Gewehren auf sie schießen?

Wir werden Nahrungsmittelknappheit bekommen, weil die Hungerrevolten von 2008 die Regierungen gelehrt haben, die Nahrung und das Land woanders zukaufen zu müssen, auch Saudi-Arabien, die Golfstaaten und China sind am Landraub beteiligt. Und das bedeutet, dass Millionen Menschen, besonders in Afrika, enteignet werden.

Wasserkriege sind eine andere Folge. Internationale Konzerne sind dabei, ihre Herrschaft über die Wasservorräte sicherzustellen. Alle diese Konfliktherde wachsen an. Wetterereignisse passieren jetzt schon, die Konsequenzen werden vor allem von armen Menschen getragen. Frauen werden stärker betroffen sein. Es werden sich Klassenphänomene zeigen, wie wir sie in Pakistan und Bangladesh sehen. Russland stand

in Brand letzten Sommer. Und wie werden unsere Staaten reagieren? Sie entwickeln Strategien, aber sie sagen uns nichts davon, weil sie fürchten müssen, dass Menschen das Leiden nicht hinnehmen werden. Sie sind dabei, Waffen zu entwickeln, die nicht direkt töten, sondern die aus großer Distanz lähmen und taub machen können. Von Satelliten, aus großer Entfernung, können sie Menschen lähmen, taub machen, oder in einen Zustand versetzen, in dem sie sich stundenlang übergeben müssen.

Solch grausame Waffensysteme – ich finde gar keine rechten Worte für sie – werden zur Zeit entwickelt, sie werden Teil der staatlichen Gewalt sein. Sie werden nicht gegen einen Feind verwendet werden, sondern gegen die, die es wagen zu protestieren. Das ist der Grund, warum ich hier bin und mit soviel Emphase zu Ihnen sprechen möchte, wie ich nur kann.

Leider kennen sich die antiglobalisierungskritischen Bewegungen, die Umweltbewegungen, die Gewerkschaften und die Menschen von der Friedensbewegung nicht gut. Ich reise sehr viel und erlebe sehr stark, dass wir zu wenig voneinander wissen. Wir sind nicht genug zusammengekommen, wir haben es noch nicht geschafft, zusammenzuarbeiten. Ich bin hier, weil ich Angst um die Zukunft habe, und weil die Davos-Klasse sich keine Gedanken macht um Klima und Kriege, denn sie werden gated Communities haben, werden bewachte und geschlossene Siedlungen für sich bauen. Sie können auf eine schwedische Inseln,

haben private Armeen, werden die Krisen überstehen. Und wie wir inzwischen aus Kopenhagen und Cancun und Durban wissen: sie haben gar nicht wirklich vor, ernsthaft etwas zu tun!

Wir befinden uns also mitten in mehreren konvergierenden Krisen, die den Frieden und die menschliche Sicherheit bedrohen, die unzählige Klimaflüchtlinge bringen und viele Wirkungen haben werden, die wir noch gar nicht bedacht haben.

Die Finanzkrise hat unzählige Arbeitslose hervorgebracht, junge Menschen fühlen, dass sie kaum noch eine Zukunft haben. Das führt bei immer mehr Bevölkerungsteilen dazu zu sagen: Die kümmern sich nicht um mich, ich muss selbst schauen, wo ich bleibe und wie ich für mich sorgen kann. Warum soll ich mir Gedanken machen, ich werde einfach hingehen und greifen, was ich kriegen kann. Die menschliche Solidarität verendet in einer gewaltbereiten Überlebenshaltung.

In Griechenland fühlen die Menschen, dass es für sie und ihre Familien und für ihr Land keine Hoffnung gibt. In diesem Zusammenhang werden Menschen entscheiden, dass sie nicht mehr einfach stillsitzen und erdulden wollen. Und die staatlichen Behörden werden mit wachsender Gewalt gegen sie vorgehen.

Fazit: Die Bewegungen müssen zusammenrücken!

Es mag so aussehen, dass unsere Ziele verschieden sind - ich selbst bin als Globalisierungskritikerin bei

Attac France engagiert, war aber früher bei Greenpeace Umweltaktivistin im internationalen Vorstand. Aber all diese Bewegungen haben Gemeinsamkeiten. Also nehmen wir an; Sie haben Friedens- und Konfliktfragen als Hauptthema, das ist okay, das brauchen wir, wir brauchen Sie ganz dringend! Und meine Interessen sind wahrscheinlich ganz in der Nähe. In all unseren Bereichen, unseren Sorgen und Anliegen können wir Gemeinsamkeiten finden. In all den Kreisen von Anliegen finden wir Überschneidungen, die zeigen, dass wir gemeinsame Bereiche haben - und dass wir zusammen vorgehen können und müssen.

Wir müssen die gemeinsamen Themen identifizieren, indem wir über sie reden - was ich heute Abend hier versuche. Herausfinden, wie wir auf ihnen aufbauen können. Wir repräsentieren die große Masse der Menschen, wir haben die Zahlen hinter uns, und die Ideen. Wir wissen, was getan werden müsste und auch wie es getan werden müsste. Und wir gemeinsam haben auch das Geld dafür!

Was ich sagen will ist, dass unsere Ziele Teile der gemeinsamen Vision für eine bessere Welt sind. Und ich hoffe, dass Sie morgen und an allen Morgen, die folgen werden, die Arme ausstrecken werden nach Frauen, Bauern, kleinen Unternehmen, die keine Kredite bekommen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, und sagen: Arbeiten wir zusammen! Wir können es schaffen!

Dankeschön!



Grußwort

Kumi Naidoo

Greenpeace international

Kumi Naidoo ist Vorsitzender von Greenpeace International

Ich hatte die Gelegenheit, bei der Münchner Sicherheitskonferenz zu sprechen. Ich komme gerade davon. Ich war auf dem Podium mit dem Präsidenten von Aserbeidschan, dem EU-Kommissar für Energie und dem Vorstandsvorsitzenden der Allianz, einer Versicherungsgesellschaft.

Wie Sie bemerkt haben, war es ein rein männliches Treffen.

Das ist ein Problem, das wir häufiger haben. Dass die Männer die Probleme herbeiführen und dann denken, sie könnten sie auch noch lösen.

Ich denke, man kann fairerweise sagen, wenn man aus dem Entwicklungsfeld kommt, dass wir wirklich langsam keine Zeit mehr haben. Die Geschwindigkeit des Klimawandels betrifft bereits die Leben von Menschen kleiner afrikanischer Inselstaaten und selbst an der Küste von Bangladesch, weil hier der Meeresspiegel steigt. Wir sprechen von 25 Mio. Flüchtlingen des Klimawandels weltweit.

Der beste Moment des Treffens war, als ich mit diesem Thema begann. Normalerweise beziehe ich mich nicht auf die CIA und das Pentagon, aber hier möchte ich sie zitieren.



2003 gab es einen Bericht der CIA und des Pentagon, was die großen Bedrohungen in den nächsten Jahrzehnten sein werden, und da fand man, dass die größten Bedrohungen für Sicherheit und Frieden nicht durch den Terrorismus, sondern durch den Klimawandel kommen werden.

Wenn wir jetzt nach Darfur schauen, in den Sudan, so wird das in den Medien meist als ethnischer Konflikt dargestellt, aber wenn man genauer hinschaut, dann ist es ein Krieg um Ressourcen wegen der Wasserknappheit, weil der Tschad-See, einer der größten Binnenseen der Welt, wegen des Klimawandels weniger Wasser führt und so hat dies auch zu einer Nahrungsmittelknappheit geführt.

Angesichts dieser Probleme müssen wir uns die Frage stellen: Wie können wir eine Welt schaffen, in der wir gemeinsam ausgeglichener leben können? Es trifft mich immer sehr, wenn Menschen aus Afrika als eine Narbe, als ein Problem angesehen werden.

Nun möchte ich ihnen einmal von meinem Afrika erzählen. Afrika ist einer der reichsten Kontinente und wir haben die meisten Schätze unter der Erde. Und das ist auch der Grund, warum Afrika einer der ärmsten Kontinente auf der Oberfläche ist.

Ich habe die Glocke gehört und jetzt möchte ich Ihnen meine Schlussfolgerungen nennen.

Ich sehe Sie und ich sehe Friedensaktivisten, die schon seit Jahrzehnten kämpfen, und ich sehe auch junge Menschen, die unseren Kampf unterstützen.

Und ich möchte Ihnen nun eine kleine Geschichte erzählen. Und so wie Susan Sie ermutigen, die Grenzen nieder zu reißen. Wir müssen die Grenzen zwischen der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, den Gewerkschaften und der Umweltbewegung nieder reißen. Das ist die einzige Chance, die wir haben, um eine wirkliche globale Demokratie aufzubauen, in der wir Frieden, Gleichheit und Nachhaltigkeit für unsere Kinder erreichen können.

Und wenn Sie an manchen Tagen frustriert, traurig und festgefahren sind, so soll Sie diese kleine Geschichte motivieren. Aber es ist eine traurige Geschichte: Als ich 22 Jahre alt war, bin ich wegen des Apart-

heidregimes aus Südafrika weggegangen ins Exil. Mein bester Freund, Lennie Naidoo – gleicher Name, aber trotzdem nicht mit mir verwandt – hat mir eine Frage gestellt. Er sagte: „Was ist der größte Beitrag, den wir der Sache Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden leisten können?“ Und fuhr fort: „Ganz einfach: Gib dein Leben.“ Zu der Zeit war Südafrika das, was heute Syrien ist. Jeden Tag starben Menschen. Ich war schockiert. „Heißt das, wir sollen Märtyrer werden?“ Und er sagte: „Nein, das ist die falsche Antwort. Es heißt nicht: „Du sollst dein Leben lassen“ – vielmehr „Du sollst den Rest deines Lebens geben.“

Ich war seinerzeit 22 Jahre alt und wusste nicht, was er damit sagen wollte. Er war seiner Zeit weit voraus, er war ein Umweltschützer, er war einer von hundert Vegetariern auf dem ganzen Kontinent. Ich wusste nicht, was er damit sagen

wollte, habe den Kopf geschüttelt und bin ins Exil gegangen. Später habe ich erfahren, dass Lennie und drei junge Frauen aus meiner Heimatstadt brutal ermordet wurden durch das Apartheidregime. Es waren so viele Kugeln in ihren Körpern, dass ihre Eltern sie nicht einmal erkennen konnten.

So habe ich ganz intensiv nachgedacht über den Unterschied zwischen „sein Leben lassen“ und „den Rest seines Lebens geben“, was bedeutet: Sein Leben dem Kampf für Gleichheit und für die Förderung des Lebens zu widmen. Und das ist der beste Beitrag, den wir leisten können: Ein Leben lang zu kämpfen, ein Leben lang Opfer zu bringen, bis wir die Ziele erreicht haben.

Ich wünsche Ihnen Glück - und setzen Sie Ihren Kampf fort.

Vielen Dank.



Grußwort

Malalai Joya, Opposition aus Afghanistan

Malalai Joya wurde im Jahre 2005 als jüngste Abgeordnete ins afghanische Parlament gewählt und im Jahre 2007 nach ihrer Kritik an der korrupten Regierungsführung von Präsident Karzai aus dem Parlament ausgeschlossen.

Ich möchte mich bedanken, dass Sie mir die Plattform geben, um die Botschaft der Menschen, die in Afghanistan leiden, vor allem die der dort lebenden bemitleidenswerten Frauen, zu Ihnen zu bringen.

Ich möchte zuerst ein Grußwort an alle Anti-Kriegs- und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland senden, die ihre Solidarität meinem trauernden Volk gegenüber bekunden. Obwohl die deutsche Regierung ein enger Freund der Feinde unseres Volkes ist und sich an der Besatzungspolitik der NATO seit über zehn Jahren beteiligt, bin ich froh feststellen zu können, dass Anti-Kriegs- und friedliebende Menschen in Deutschland uns ihre Solidarität schenken, was uns mehr Mut und Entschlossenheit gibt, für Gerechtigkeit und wahrer Demokratie in unserem Land zu kämpfen.

Vor nur ein paar Wochen fand die zweite Bonner Konferenz in Deutschland statt, bei der eine Hand voll korrupter afghanischer Beamter, die Söldlinge der USA und des Westens versammelt waren, um Afghanistan an ihre Herren zu verkaufen. Sämtliche Entscheidungen, die auf solchen Konferenzen getroffen werden, sind gegen den Willen des afghanischen Volkes, und die Teilnehmer sind nicht die wahren Repräsentanten Afghanistans. Die Konferenz war ein Versuch, den USA eine Legitimation für eine permanente



militärische Präsenz in Afghanistan zu verschaffen.

Solange es eine US-amerikanische Militärpräsenz in Afghanistan gibt, haben wir keine Unabhängigkeit. In einem Land, das keine Unabhängigkeit hat, über Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu sprechen, ist ein schlechter Scherz. Auf der ersten Bonner Konferenz wurde Afghanistan den Verbrechern, Plünderern und schlimmer, Feinden der Demokratie und der Gerechtigkeit übergeben. Die Konferenz war der Anfang eines neuen großen Spiel des Westens in Afghanistan, welches fatale Folgen für unser Land hatte. Aber in der zweiten Konferenz von Bonn verschärften sie die Ketten der Sklaverei Afghanistans.

Nach zehn Jahren Krieg und Besatzung in meinem Land und nachdem sie Zehntausende meiner unschuldigen Landsleute getötet haben, geben die US-Offiziellen zu, dass die Taliban nicht ihre Feinde sind! Das ist wahr, ich habe in der Vergangenheit gesagt, dass die Taliban und andere terroristische Gruppen alles Produkte des Weißen Hauses sind, und sie sind nur Feinde des afghanischen Volkes und nicht

ihrer ausländischen Meister. Alle fundamentalistischen Terroristen in Afghanistan Bands von Mullah Omer zu Hekmatyar und Osama und jene an der Macht wie Mohaqiq, Khalili, Fahim, Dustom, Qanooni, Abdulah, Amrullah Saleh, Sayyaf usw. wurden von den USA und anderen westlichen Regierungen während des kalten Krieges geschaffen, bewaffnet, genährt und gestärkt und die USA verlassen sich noch immer auf sie, da es die einzigen Gruppen sind, die sich verkauft haben, die Sklaven von jedem im Tausch für Dollar und Macht geworden sind.

Die Folgen der 10 Jahre Besatzung waren noch mehr Blutvergießen, Verbrechen, Frauen- und Menschenrechtsverletzungen, die die Sorgen unseres Volkes verdoppelten. Während dieser blutigen Jahre sind Zehntausende von unschuldigen Zivilisten von den Besatzungsgruppen und terroristische Gruppen getötet worden. Aber die USA und die NATO vertreten nur ihre eigenen strategischen, militärischen, wirtschaftlichen und regionalen Interessen und bluten meine Nation für das Erreichen ihrer Ziele aus.

Die Situation der Frauen wird von Tag zu Tag schlimmer. Kidnapping,

Vergewaltigungen, Selbstverbrennung, Säureattacken und häusliche Gewalt nehmen rapide zu. Laut UNIFEM ist Afghanistan der gefährlichste Ort auf der Welt für Frauen. Hilfe für afghanische Frauen ist nur ein Teil der Propagandakampagne der westlichen Mächte, um ihre Präsenz in Afghanistan zu rechtfertigen. In der Praxis hat das Wohlergehen der afghanischen Frauen keinen Wert für sie.

Viele von ihnen werden die Leidensgeschichte von Sahar Gul, die von ihrem grausamen Ehemann gefoltert wurde, vor kurzem gehört haben. Der Fall sorgte für eine Menge Aufsehen, aber es gibt Tausende von anderen Sahar Gul, die in Afghanistan getötet, vergewaltigt, entführt, gequält werden und extreme Art von Gewalt erleiden, aber diese Geschichte sorgte für Schlagzeilen, weil es keine Rückendeckung von irgendwelchen Warlords, Fundamentalisten oder kriminellen Organisationen gab. Es war nur ein gewöhnlicher Vergewaltiger, ansonsten wäre die Nachricht auf schamloseste Weise zum Schweigen gebracht worden.

Die schockierende Geschichte von Gulnaz Bigum ist nicht nur ein kleines Beispiel, wie die afghanischen Frauen von den chauvinistischen Bräuchen in der Gesellschaft unterdrückt werden, sondern später auch wie die Regierung diese schmutzigen Bräuche unterstützt. Gulnaz wurde von einem Verwandten vergewaltigt, nachdem sie sich beschwert hatte, wurde sie von der Regierung ins Gefängnis geworfen und des Ehebruchs angeklagt. Ihre Haftstrafe beträgt 12 Jahre, während der Vergewaltiger zu 3 Jahren verurteilt wird! Gulnaz gebiert ein Kind im Gefängnis, und nachdem ein ausländischer Journalist ihren Fall publik macht, bietet das Gericht ihr an: „Wenn du den Mann, der dich vergewaltigt hat, heiratest, wird deine Strafe auf 3 Jahre reduziert!“ Nachdem über diese Geschichte umfassend in den Medien berichtet wurde und sie zu einer Schande der Regierung wurde, intervenierte Präsident Karzai und ließ sie aus dem

Gefängnis frei, während Tausende von anderen afghanischen Frauen mit ähnlichen Fällen in afghanischen Gefängnissen leiden.

Nach offiziellen Angaben wurden mehr als 65 Milliarden US-\$ an Entwicklungshilfe für den Wiederaufbau Afghanistans investiert, aber das meiste dieser Hilfen wurde von Warlords, Drogenbaronen und nationalen und internationalen NGOs geplündert. Afghanistan ist das zweit-korrupteste Land der Welt und das ist die korrupteste Zeit in unserer Geschichte.

In diesen 10 Jahren haben die US-Marionetten Afghanistan zum Zentrum von Rauschgift auf der Welt gemacht, seit 2001 hat sich die Produktion von Opium in meinem Land um über 4400% erhöht. Es war die US-Politik, die Afghanistan auf die Produktion von Drogen spezialisiert hat, da sie Hunderte Milliarden \$ pro Jahr an der afghanischen Opium-Industrie verdient, während das Leben der Menschen hier zerstört wird. Ich glaube, dass Opium gefährlicher ist als Al-Qaida und Terrorismus, denn es tötet mehr Menschen als der Krieg und verdirbt das Leben der Menschen. Rund zwei Millionen der 30 Millionen Einwohner Afghanistans sind davon abhängig und viele von ihnen sind Frauen und Kinder.

Die USA und die NATO sagen, dass sie Afghanistan bis Mitte 2014 verlassen wollen, aber mit dieser Lüge machen sie auch Narren aus dem eigenen Volk. Wir wissen, dass die USA und ihre Verbündeten nur aus ihren eigenen Interessen dort sind. Selbst wenn sie die afghanische Armee und Polizei mobilisieren, dann tun sie das nur, um sie als Kanonenfutter zu verwenden, um die Verluste ihre eigenen Soldaten zu verringern. Sie wollen Afghanistan als ihre militärische und geheimdienstliche Basis in Asien verwenden.

Die westlichen Regierungen verraten nicht nur das afghanische Volk, sondern auch ihre eigenen Völker. Sie verschwenden Steuergelder und das Blut ihrer Soldaten für einen Krieg,

der nur die Interessen der großen Konzerne und einer Hand voll korrupter afghanischen Marionetten-Herrscher wahrhaft. Ich glaube, die einzige Lösung für Afghanistan ist, dass sich die Interventionstruppen zurückziehen, da ihre Anwesenheit unseren Kampf für Gerechtigkeit viel härter macht, indem sie den reaktionären, brutalen und düster gesinnten Kräften, die große Hindernisse für die wahren demokratischen Elemente sind, eine Argumentationsplattform geben.

Einige sagen, dass die Taliban wieder an die Macht kommen und ein Bürgerkrieg ausbrechen wird, aber obwohl mein Volk, verwundet, müde und hoffnungslos von all den Kriegen ist, wird es standhaft bis zum Schluss gegen Warlords und Taliban kämpfen, wegen des Hasses, den es für sie empfindet. Die Geschichte lehrt, dass Nationen sich nur selbst befreien können. Demokratie und Gerechtigkeit können nicht von einer fremden Macht auferlegt werden, auch nicht von den USA, die seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder demokratische Regierungen gestürzt und sie durch Diktatoren und Mörder ersetzt haben.

Ich hoffe, dass Afghanistan eines Tages ebenfalls die glorreichen Aufstände erleben wird die sich im Moment durch die Länder des Nahen Ostens gegen fundamentalistische Diktatoren und ihre Handlager richten. Gerade jetzt erleben wir kleine Aufstände in Kunar, Takhar, Nangarhar, Paktia, Logar, Farah, Herat, Ghazni und in den Helmand-Provinzen, welche eine Quelle der Hoffnung für uns alle sind.

Nun möchte ich alle friedliebenden, Gerechtigkeit suchenden und demokratischen Organisationen, Gruppen, Parteien und Einzelpersonen bitten, sich mit den fortschrittlichen und demokratischen Kräften, die ihre Unterstützung und Solidarität brauchen, zusammen zu tun. Daher ist meine Botschaft an sie, unterstützen sie die Verbreitung von Bildung in meinem Volk. Denn Bildung ist ein Schlüssel zur Emanzipation.

Randa Aboubakr
Ägypten

Chancen für Frieden und Gerechtigkeit in Ägypten?

Randa Aboubakr ist Professorin in Kairo für Englisch und vergleichende Literaturwissenschaft.

Sie ist Mitglied der 2004 ins Leben gerufenen „Bewegung des 9. März“ und bezeichnet sich selbst als Revolutionärin und Tahrir-Aktivistin.

Frau Aboubakr tritt für eine Trennung zwischen Sicherheitsapparat und akademischer Arbeit ein, einer ihrer Kernsätze lautet: „Der Selbstreinigungsprozess in den Institutionen ist der Schlüssel für die Zukunft des Landes“.

Randa Aboubakr hat zahlreiche Bücher selbst verfasst und einige übersetzt. Sie ist Gastmitglied der Universitäten von Texas-Austin, Leiden und Florenz sowie Gastprofessorin an der Universität in Krakau.

Randa Aboubakr wird am morgigen Samstag im DGB-Haus in der Schwanthalerstr. 64 um 19.00 Uhr an der „Aktuelle Runde“ zum Thema Aufbruch in Nordafrika - wessen Chance?“ auf dem Podium noch einmal mitwirken.

Vielen Dank für die Einführung. Ich danke herzlich den Organisatoren dieser Konferenz für meine Einladung. Es ist für mich eine große Freude und eine Ehre, dass ich hier sein kann. Ich bin vor allem deshalb sehr froh, weil ich ein Phänomen repräsentiere, das sich gerade jetzt nicht nur im arabischen Raum, sondern auch in großen Teilen der Welt auftut: Die Revolution – mit einem großen R geschrieben – geschieht überall.

Wir haben in den bisherigen Vorträgen schon gehört, dass wir eine Erneuerung auf so vielen Ebenen benötigen, nämlich dass Leute aus



den verschiedenen Strömungen zusammen kommen müssen für die gemeinsamen Anliegen, die wir verfolgen.

Gerade im letzten Jahr konnten wir außergewöhnliche Ereignisse beobachten, nicht nur in Ägypten, sondern auch in anderen arabischen Ländern, welche bisher wohl noch keine technische Revolution erlebt haben. In allen arabischen Ländern gab es diese neue Bewegung.

Ich möchte gerne mit einer allgemeinen Bemerkung beginnen. Diese Revolutionen, die wir beobachten konnten, sind vor allem Bewegungen

aus der Bevölkerung heraus. In Ägypten sprach man auch von der Revolution der Jugend, weil sich so viele junge Menschen beteiligten. Aber auch dort war es eine Bewegung der ganzen Bevölkerung. Und das ist etwas, was die meisten von uns zum ersten Mal erlebt haben.

Es gibt vielfältige Gründe für den Beginn eines Aufstands und die Voraussetzungen sind überall verschieden und so ist jede Revolution eine andere. Dennoch möchte ich sie alle als Bewegungen für die freie Meinungsäußerung und für die Menschenwürde bezeichnen. Weitere Motive sind die Wiedererlangung

einer öffentlichen Stimme und der Kontrolle des eigenen Lebens und der Art der eigenen Repräsentation. Ich möchte das als ein Phänomen sehen, das die Menschen in der ganzen Welt verbindet.

In Ägypten richtete sich die Revolution auch gegen das Regime, und es ist in spektakulärer Weise gelungen, das despotische Haupt dieses Regimes zu stürzen. Und es wurde ein Clan, der sich vor der Revolution um den Sohn des Präsidenten gebildet hatte, ebenfalls entmachtet. Die Revolution hat auch das Parlament beseitigt, das Ende 2010 in einer skandalösen Weise gewählt worden war. Das kann man als die Anfangserfolge dieser Revolution bezeichnen. Allerdings blieb das Regime selbst intakt – und nicht nur dies, es konnte seine Geschäfte auch in gewohnter Weise weiter führen und nach Kräften diese Revolution unterdrücken, egal was es kostet.

Ich will einige Beispiele nennen. Im Februar 2011, kurz nach dem Sturz von Mubarak, gab es eine Welle von Inhaftierungen, vor allem durch das Militär. Menschenrechtsaktivisten in Ägypten schätzen, dass 12 000 bis 14 000 Menschen festgenommen und von Militärgerichten verurteilt worden sind, in der Regel zu 3 bis 5 Jahren Haft. Bei Militärprozessen sind Anwälte nicht zugelassen und der Verurteilte hat kein Recht auf Widerspruch, es sei denn, der Leiter des Militärgerichts erlaubt es. Die meisten der Verurteilten sind Aktivisten und viele von ihnen wurden aufgrund falscher Behauptungen festgenommen. Aktivisten und Verdächtige wurden auch gekidnappt und in den Militärgefängnissen und Polizeistationen zum Teil systematisch gefoltert. Einige von Ihnen werden wohl auch von anderen Menschenrechtsverletzungen gehört haben wie zum Beispiel Jungfräulichkeitstests, von männlichen Ärzten durchgeführt. Oder vor wenigen Monaten die Durchsuchung der Büros von zivilen Organisationen und ausländischen NGOs.

Eines der Ergebnisse ist, dass die Revolution, die friedlich begonnen hat und auf diesem Weg vorangekommen ist, sich nun in einen Krieg zu verkehren scheint. Ein Teil der Bevölkerung geht mit Mubarak und seinen rücksichtslosen und korrupten Polizeikräften und der Armee.

Die Aktivisten bezeichnen den Tahrirplatz mittlerweile als „Schlachtfeld“. Ich konnte die Übergriffe der militärischen Übergangsregierung vor allem im November und Dezember 2011 immer wieder beobachten: Wie am Tahrirplatz und in den Nebenstraßen gegen die Jugendlichen mit Waffengewalt vorgegangen wurde von Armeetruppen, Marineeinheiten und sogar der Luftwaffe. Tränen- und Nervengas wurde eingesetzt und es gab viele Tote. Ein Mitglied des Obersten Rates der militärischen Übergangsregierung rechtfertigte in den Medien die Verwendung von Nervengas und die Tatsache, dass minderjährige Kinder für Zeugenaussagen herangezogen wurden, mit einer Passage aus der Genfer Konvention, die ganz eindeutig belegte, dass diese Vorgehensweisen nur in Kriegen angewandt werden. Dies zeigte in aller Öffentlichkeit, dass das Vorgehen auf Seiten der Regierung nicht bloß einen politischen Konflikt regeln sollte, sondern dass man der Bevölkerung tatsächlich den Krieg erklärt hat. Sie haben sicher von dem Massaker kürzlich in einem Fußballstadion gehört. Das waren bestimmt keine Hooligans, das war ein geplanter Angriff auf die Fußballfans, die in der Revolution sehr aktiv waren und sind.

Ich möchte zum Schluss hervorheben, dass regionale und internationale Akteure erkennen müssen, was in Ägypten vor sich geht, nämlich eine Revolution des Volkes, die Teil einer globalen Bewegung von Menschen ist, die aufstehen, wie zum Beispiel die Occupy-Bewegung in den USA und was wir gesehen haben in verschiedenen Teilen Europas und weltweit. Und diese Menschen

waren und sind mit ihren Protesten überall enorm kreativ, zum Beispiel mit Straßentheater, angereichert mit volkstümlichen Elementen, mit Internet-Aktivismus, Sportfans, die mit ulkigen Ideen auftreten. Trotz der kulturellen Unterschiede zeigen die Aktivisten weltweit viel mehr Gemeinsamkeiten, als man denkt. Sie verlangen überall Meinungsfreiheit und dass sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Sie wollen Mitbestimmung bei den Entscheidungen, welche die Politiker in ihrem Namen treffen.

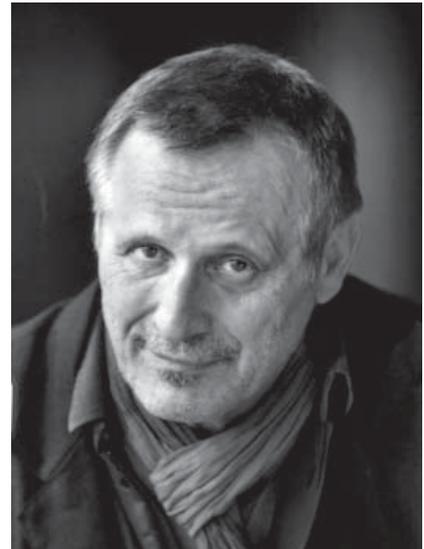
Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass die Themen, die die Menschen betreffen, in der Öffentlichkeit diskutiert werden, um auf die Regierungen Druck auszuüben. Das gilt für demokratische Staaten genauso wie für alle anderen Länder der Welt. Wir müssen Einfluss auf die Entscheidungsträger ausüben und öffentlich und konsequent kriminelle Regime verurteilen. Es geht um die Kooperation Ägyptens mit der internationalen Gemeinschaft, die in der einen oder anderen Weise in die gleichen Bestrebungen eingebunden ist. Ich glaube, dass die Weltrevolution, die ich sehr begrüße, am Ende gewinnen wird, vorausgesetzt, dass die Menschen an die gemeinsame Revolution glauben, in der es keine Hierarchie gibt, kein entwickeltes oder unterentwickeltes und kein demokratisches oder undemokratisches Land. Denn die Orte des Widerstands gegenüber den Repräsentanten und die Ablehnung ihrer Regierungen durch die breiten Massen sind überall erkennbar. Und es geht nur darum, dass wir unsere Anstrengungen auf demokratischem Weg gemeinsam bündeln. Dann werden wir unsere Ziele erreichen.

Ich danke Ihnen.

Empört Euch

Kulturbeitrag zum Thema
Krieg und Frieden

mit **Konstantin Wecker**



Von der Schwäche

Wenn du, Freund, in satten Stunden
manchmal stille Einkehr spürst
meist zu kurz um Herrenrunden
zu verstören und du rührst

lieber an bekannte Witze
(wer dies schreibt kennt das so gut)
dann, ich rate dir, stibitze
diesen Herrn den hohen Mut.

Lass sie ruhig etwas darben
zwing sie nur in die Ruh.
Besser zeigst du dich mit Narben
umso besser bleibst du Du.

Nie mehr will ich mutig scheinen
oder voll von Energie
wenns in mir beginnt zu weinen
und es nagt die Elegie

schon an meinen Spaßiraden.
Ach ich hab das Starksein satt.
Der gereicht der Welt zum Schaden
der nicht auch der Schwäche hat.



Variationen über ein Gedicht von Erich Fried

So friedliebend bin ich nun wieder nicht,
dass ich meinen Frieden mache mit den Kriegen
und mit denen,
die Kriege führen,
und mit denen, die Kriege führen, um Frieden zu
machen.

Aber Steine werfe ich keine,
denn mich dauern die Steine,
die man würfe gegen jene,
die Kriege machen
und denen Kriege so selbstverständlich geworden sind,
dass ihnen Frieden nur mit Krieg
erreichbar scheint.

Frieden ist nicht einfach ein Zustand zwischen
zwei Kriegen,
sondern die Überwindung des Kriegs
und des Kriegerischen in uns.
Und so friedliebend bin ich nun wieder doch,
mich überwinden zu wollen,
um meinen Frieden zu machen mit dem Krieger
in mir.

aus: Konstantin Wecker „Jeder Augenblick ist ewig“
Die Gedichte, dtv





Bericht aus dem Diskussionsforum



Zusammenfassung der Gesprächsrunde von Gertrud Scherer

Das Gesprächsforum mit den drei ReferentInnen Bernd Hahnfeldt, Susan George und Randa Aboubakr moderierte wieder Clemens Ronnefeldt. Nach den Eingangsstatements der ReferentInnen dominierten einerseits das Unbehagen mit unserer medialen Berichterstattung das Gespräch und die Frage, wie man zuverlässige Informationen über die Ereignisse der „Arabellion“ erhalten könne und welche Handlungsmöglichkeiten sich daraus für uns ergäben. Andererseits wurden interessante Informationen darüber

ausgetauscht, wie sich der gewaltfreie Charakter der ägyptischen Revolution erklären lasse.

Zum ersten Thema wurde moniert, wie sehr gängige Medien-Propaganda das verbreitet, was unseren Regierungen nützt und ihr Handeln rechtfertigt. Etwa wenn mancherorts bewaffnete Aufstände gegen die Regierung - wie zum Teil in Libyen, Syrien und seinerzeit im Kosovo – als Freiheitskämpfe dargestellt würden. Gewarnt wurde aber auch vor einer pauschalen Verurteilung von angeblich nur manipulierenden Medien. Man müsse immer kritisch prüfen. Auf den Wunsch eines Disku-

tanten nach einer Liste zuverlässiger Nachrichtenquellen ging Clemens Ronnefeldt ein und nannte unter anderem:

- IMI (Informationsstelle Militarisierung Tübingen)
- BIT (Berliner Informationszentrum über transatlantische Sicherheit)
- INAMO (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten)
- Le Monde Diplomatique
- der Freitag.
- von anderer Seite wurde die „Junge Welt“ genannt.

Randa Aboubakr betonte, welche wichtige Rolle während der Revolution die neuen Medien wie Twitter gespielt hätten, weil DemonstrantInnen dort zuverlässige Nachrichten selbst einstellen konnten und man untereinander in engem Kontakt blieb.

Zu der Frage, wie wir von richtigen Informationen zu wirkungsvollem Handeln kommen könnten, verwies Clemens Ronnefeldt auf Zusammenschlüsse innerhalb der Friedensbewegung wie das „Netzwerk Friedenskooperative“ und den „Kasseler Friedensratschlag“, aber auch auf die Unterstützung gemeinsamer Zeitungsannoncen etwa zu den Themen „Keine militärische Intervention der NATO in

den gewaltfreien Widerstandsbewegungen in den arabischen Ländern, in Nord- und Südamerika, in Europa und in Asien.

Als Erklärung für die Gewaltfreiheit der ägyptischen Revolution nannte Randa Aboubakr in erster Linie den Widerstand gegen das gewalttätige Vorgehen der Regierung Mubaraks, dem man mit ganz anderen, neuen Mitteln und Vorgehensweisen begegnen wollte, und das Vorbild der friedlichen Revolution in Tunesien. Die Aufbrüche in Tunesien und Ägypten seien ihrerseits wieder Vorbilder für gewaltfreie Widerstandsgruppen in Syrien.

Susan George, die die ägyptische Revolution nicht selbst erlebt hat, er-

und zugleich erfolgreich abgelaufen seien, führt sie auf die 6 Monate währenden intensiven Trainings in Gewaltfreiheit zurück. Sie berichtete auch – ähnlich wie Clemens Ronnefeldt – von der serbischen Otpor-Bewegung, die seinerzeit mit gewaltfreien Mitteln zum Ende der Ära Milosevic beigetragen hat. Inzwischen werden Trainingskurse für gewaltfreie Aktionen von Otpor von Menschen aus vielen Ländern besucht. Susan sieht es als großen Gewinn an, dass sich das Erlernen solcher Methoden über internationale Beziehungen verbreitet.

Auch in der arabischen Welt wird der Austausch über die Revolutionserfahrungen voran getrieben. So berichtete Randa Aboubakr von einem



Syrien“ oder „Kein Krieg gegen den Iran“ mittels Unterschriften und Geld. Ansonsten fiel zu den Handlungsmöglichkeiten immer wieder das Stichwort „Vernetzung“: Vernetzung der Bewegungen für Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit untereinander und auch zwischen

gänzte die Bedeutung von Trainings für gewaltfreie Aktionen, in denen bestimmte Techniken vermittelt und eingeübt werden. Dass zum Beispiel 1999 in Seattle die starken Proteste gegen die Tagung der Welthandelsorganisation WTO so gewaltfrei

für Ende August 2012 geplanten Sommercamp in Beirut, auf dem der gewaltfreie Widerstand in Theorie und Praxis behandelt werden soll.

Workshop

Julia Kramer

Sudanesischer Frühling oder Rückkehr in die Kriegsspirale?

Nordsudan zwischen gewaltfreier und gewaltsamer Transformation

Julia Kramer, Conflict Resolution M.A., arbeitete von 2008 bis 2010 als Friedensfachkraft im Sudan.

Sollte der arabische Frühling auch im Sudan einkehren? Im Windschatten der medialen Aufmerksamkeit, zwischen der Revolution in Ägypten und dem neuen Staat Südsudan, ringen im Nordsudan gewaltfreie und gewaltsame Akteure um eine Transformation des angeschlagenen Regimes von Omar AlBashir's Nationaler Kongresspartei.

Sudan ist oft bekannt als ein von Bürgerkriegen und Diktaturen gezeichnetes Land. Bereits vor der Unabhängigkeit vom britisch-ägyptischen Kondominium 1956 begann im Südsudan der bewaffnete Anya Nya Aufstand gegen das Machtzentrum des fernen Khartoum. Zwar gab es eine Kriegspause zwischen 1972 und 1983, doch die Einführung der Scharia-Gesetzgebung im ganzen Land durch Diktator Nimeiry war 1983 Auslöser für einen erneuten Bürgerkrieg, diesmal zwischen der SPLA/M (Sudanesische Volksbefreiungsarmee/-bewegung) und der Regierung in Khartoum. Im Laufe des Krieges schlossen sich auch ganze Regionen im Norden dem Kampf der SPLA an, so in den Nuba-Bergen (Südkordofan), am Blauen Nil und in Ostsudan.

2003 begann zusätzlich die militärische Auseinandersetzung zwischen neuen Rebellengruppen (u.a. JEM = Justice and Equality Movement und SLA = Sudanesische Befreiungsarmee) in Darfur. Da in Darfur

hauptsächlich Muslime leben, wird deutlich, dass Religion nur ein nachrangiger Faktor in der Konfliktlage im Sudan ist – der Hauptkonflikt besteht aus der jahrzehntelangen Marginalisierung der Peripherie durch eine kleine Elite arabischstämmiger Ethnien in Khartoum. So endete der Darfur-Konflikt auch nicht, als 2005 das Allgemeine Friedensabkommen von Naivasha den Krieg zwischen der Regierung in Khartoum und der SPLA/M beendete. Im Rahmen des Friedensabkommens fanden 2010 Wahlen statt, und am 9.1.2011 entschieden sich die Südsudanesischen in einem Referendum für die Unabhängigkeit, die ein halbes Jahr später, am 9. Juli 2011 folgte.

Die aktuelle Lage des Sudan wird im Folgenden anhand von vier Thesen beleuchtet:

THESE 1: Akute Kriegsgefahr zwischen Sudan und Südsudan: Beide Regierungen haben Interesse an Eskalation

THESE 2: Systemische Veränderung im Norden kann Krieg zwischen Nord- und Südsudan und innerhalb des Nordens stoppen.

THESE 3: Gewaltfreie Bewegung kann auch in einem Kriegs- und Nachkriegsszenario transformativ wirken.

THESE 4: Es gibt Wege solidarischer Aktion von hier, abseits von Schweigen oder Intervention.



Zu **THESE 1:** Akute Kriegsgefahr zwischen Sudan und Südsudan: Regierungen haben Interesse an Eskalation

Die Wirtschaftskrise im Norden und drohende Zersplitterung im Süden machen eine gewaltsame Eskalation zwischen Nord- und Südsudan für die Regierungen beider Staaten interessant. Ein Hauptankapfel sind die Auseinandersetzungen ums Öl, das eine wichtige Rolle in den am Rande des Kollaps stehenden Budgets der beiden Länder spielt. Die Regierung in Khartoum verlor durch die Abspaltung des Südens über 2/3 der Öleinnahmen, und verlangt daher einen hohen Preis für die Nutzung der Pipelines, um das Öl aus dem Binnenland Südsudans ans Rote Meer zu transportieren. Dieser Konflikt eskalierte seit dem Jahreswechsel, indem Khartoum zunächst Öl als „Bezahlung“ im Hafen von Port Sudan konfiszierte, und Südsudan daraufhin die Ölförderung weitgehend einstellte. Nordsudan mobilisierte und bombardierte südsudanesischen Landstriche, und Südsudan okkupierte im April für mehrere Tage die bislang nordsudanesischen Ölanlagen von Heglig. Die Bruderstaaten stehen am Rande des Krieges.

Die Lage ist jedoch noch weit-
aus komplexer: Die Grenzziehung
zwischen den beiden Ländern ist
in weiten Strecken noch nicht klar,
und um den Zankapfel Abyei gab es
bereits vor der Unabhängigkeit 2011
Kämpfe. In dem ölfreien Landstrich
hätte die lokale Bevölkerung in
einem gesonderten Referendum ent-
scheiden sollen, ob sie zum Norden
oder zum Süden gehören will – doch
zu diesem Referendum kam es nie.
Während es den Regierungen um
die Öleinnahmen geht, geht es den
Menschen vor Ort – die jahrhunder-
telang vorwiegend friedlich neben-
einander lebten – um den Zugang zu
Weideland. Doch in ihrem Interesse
liegt auch, in Frieden zu leben, und
nun werden sie wieder einmal zum
Spielball der Mächte.

Dass die Unabhängigkeit des Südsu-
dan nur eine Teillösung sein kann,
zeigt sich auch an Folgendem: Im
südlichen Nordsudan, den Bundes-
staaten Südkordofan und Blue Nile,
hatte ein Großteil der Bevölke-
rung sich im Krieg dem Kampf der
SPLA/M angeschlossen. Im Zuge
der südsudanesischen Unabhängig-
keit sollten die dort verbliebenen
Kämpfer der SPLA-Nord entwaffnet
werden. Da hier wiederum keine
Veränderung der oft rassistisch un-
terlegten Marginalisierungssysteme
der Zentralregierung abzusehen war,
griff die SPLM-Nord im Juni 2011
zu den Waffen. Kämpfe, Bombardie-
rungen und Vertreibungen prägen
diese Region seither. Humanitäre
Hilfe wird von der Regierung in
Khartoum nicht zugelassen, wes-
wegen eine Hungersnot droht. Die
Regierung Khartoums unterstellt der
südsudanesischen Regierung, die
SPLM-Nord zu unterstützen. Diese
wiederum unterstellt der Regierung
in Khartoum, abtrünnige Generäle
der südsudanesischen Armee bei
ihren Meutereien zu unterstützen,
ebenso die berüchtigte LRA (Lord's
Resistance Army), die unter Joseph
Kony zur Zeit v.a. im Südsudan,
Kongo und der Zentralafrikanischen
Republik ihr Unwesen treibt. Beides
lässt sich weder beweisen noch
widerlegen.

Innenpolitisch sehen sich beide

Regierungen großen Herausforde-
rungen gegenüber:

Die südsudanesische Regierung hat
die immense Aufgabe, eines der
ärmsten Länder der Erde aufzu-
bauen, in dem kaum Infrastruktur
vorhanden ist, akute Anfälligkeit für
humanitäre Krisen wie Hungersnöte
herrscht und ethnische Konflikte,
politisch geschürt, immer wieder
aufbrechen. So starben beispiels-
weise im Januar 2012 über 3000
Menschen in Jonglei bei Kämpfen
zwischen den Murle und den Nuer.
Dass die politische Macht stark auf
die große Ethnie der Dinka konzen-
triert ist, schafft bei ihren direkten
Nachbarn, den Nuer, Unmut, und im
südlichen Südsudan („Äquatoria“)
gar teils das Gefühl, Bürger zweiter
Klasse zu sein. Die Integration von
hunderttausenden rückkehrenden
Flüchtlingen aus dem Nordsudan
und umliegenden Staaten ist eine
weitere Herausforderung. Massive
Korruption und fehlende Pressefrei-
heit stehen zudem einer inklusiven
Entwicklung im Wege.

Die nordsudanesische Regierung
unter Omar AlBashir sieht sich u.a.
wegen der fehlenden Öleinnahmen
ebenfalls einer Wirtschaftskrise bei
hoher Inflation gegenüber. Daraus
resultierende Preissteigerungen
waren einer von verschiedenen
Anlässen für Proteste gegen die
Regierung in allen größeren Städten
im Nordsudan seit Januar 2011.
Die Regierung reagiert nervös und
brutal auf jegliche Art von Protesten,
zudem sie Angst hat, der arabische
Frühling könnte auch den Sudan
erreichen. Doch nicht nur liberalere
Strömungen v.a. von Studierenden
gehen für einen Regimewechsel
auf die Straße. Auch islamistische
Gruppen drohen mit einer Revolu-
tion, sollte Bashir nicht die Scharia
konsequenter anwenden. In diesem
Kontext mag auch der Fall einer
jungen Frau angesehen werden, die
im April 2012 wegen Ehebruchs zur
Steinigung verurteilt wurde – eine
Strafe die seit vielen Jahren nicht
mehr angewendet wurde. Auch wird
von Straßenkämpfen in Omdurman
zwischen fundamentalistischen
„Ansar Sunna“ und den liberaleren

Sufisten berichtet.

Zu diesen Gesellschaftskonflikten
kommen besagte bewaffnete Kon-
flikte, wobei sich inzwischen die
SPLA-Nord mit darfurischen Re-
bellen zur „Revolutionary Front“
verbündet hat. Auch innerhalb
seiner Partei (NCP = Nationale Kon-
gresspartei) hat Bashir längst nicht
mehr vollen Rückhalt, und selbst
aus seiner Armee kamen bezüglich
einem Krieg gegen den Südsudan
kritische Stimmen in einem Brief
von 700 Offizieren. Allerdings droht
Bashir bei einem Regierungswechsel
nicht nur der Machtverlust, sondern
auch eine Verurteilung des Inter-
nationalen Strafgerichtshofs in Den
Haag, der bereits 2009 einen Haft-
befehl wegen Verbrechen gegen die
Menschlichkeit u.a. in Darfur gegen
ihn erlassen hat.

Eine alte Überlebensstrategie für
angeschlagene Regierungen lautet:
Eine das Volk im Kampf gegen einen
äußeren Feind. Und so mag es für
die nord- sowie die südsudanesische
Regierung vorteilhaft erscheinen,
in einer Konflikteskalation gegenei-
nander Stärke zu demonstrieren und
Rückhalt und Einheit zu fördern. Die
internationale Gemeinschaft mag
zwar beide Seiten warnen und mah-
nen, aber es herrscht kaum Interes-
se, direkt einzugreifen. Wer vom Öl
profitiert oder profitieren will, wird
höchstens versuchen, hinter den
Kulissen Strippen zu ziehen, um das
Öl auf die eine oder andere Seite zu
bringen, und die Region im profita-
belsten Zustand zu halten, nämlich
ein bisschen instabil, aber nicht
in vollem Kriegszustand. Für die
betroffene Zivilbevölkerung vor Ort
arbeitet letztlich keiner der genann-
ten Akteure wirklich.

Zu **THESE 2:** Systemische Ver-
änderung im Norden kann Krieg
zwischen Nord- und Südsudan und
innerhalb des Nordens stoppen.

In seinem Artikel „In Sudan, Give
War a Chance“ vom 4. Mai 2012
in der New York Times, argumen-
tiert Autor Gérard Prunier, dass
die von internationaler Seite ge-
forderten Friedensgespräche zwi-
schen Nord- und Südsudan einen

Status Quo unterstützen würden, der nicht funktioniert. Er sagt: „Im Falle eines Mörders wie Mr. Bashir gibt es keinen moralischen ‚Common Ground‘“. Bashir hat die Angewohnheit, der internationalen Gemeinschaft leicht das zu erzählen, was sie vermeintlich hören will, und dann etwas völlig anderes zu tun. Während er friedliche DemonstrantInnen im Nordsudan verhaften und foltern läßt, streitet er jegliche Wahrscheinlichkeit eines Arabischen Frühlings in Sudan ab und bezeichnet gar seinen Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung ElMahdi's 1989 als den Arabischen Frühling Sudan's.¹ Nachdem nordsudanesischen Truppen vor fast einem Jahr im ölfreieigen Abyei einmarschiert waren, zog er erst Ende Mai die Truppen auf internationalen Druck und im Rahmen der Wiederaufnahme von Gesprächen mit dem Südsudan zurück. Mit der Dehumanisierung von SüdsudanInnen, insbesondere der südsudanesischen Regierung, die er als auszurottende „Insekten“ bezeichnete, schürt er massiv Hass und Gewaltbereitschaft innerhalb der nordsudanesischen Gesellschaft. Dies bekommen auch SüdsudanInnen zu spüren, die oft seit vielen Jahrzehnten im Nordsudan leben und nun ihre Aufenthaltserlaubnis entzogen bekommen. Religion wird hier wiederum als Rechtfertigung für Gewalt missbraucht: Religiöse Hardliner zerstörten im April 2012 u.a. die Anglikanische Kirche in einem Stadtteil Khartoums. Die Sicherheitskräfte verhinderten die Zerstörung nicht. Wenn sich Muslime mit den Kirchenangehörigen solidarisierten, wurden sie beschimpft.

Die Konflikte und Probleme würden sich zwar nicht in Luft auflösen, wenn es zu einem Regimewechsel käme und Bashir die Macht verlieren würde. Das Lager der „Realisten“ in den internationalen Beziehungen sieht Bashir in den eigenen Reihen der Regierungspartei NCP (Nationale Kongresspartei) geschwächt, und fürchtet eine Machtübernahme

von Hardlinern der NCP, sollte er fallen. Bei der Größe des Landes und der Vielzahl an bewaffneten unzufriedenen Gruppen, so sagen sie, könnte das Land zu einem zweiten Somalia und die ganze Region weiter destabilisiert werden, sollte Bashir stürzen. Die Alternativen zu Bashir's NCP sind tatsächlich für viele gerade junge SudanInnen nicht sehr attraktiv: Die Oppositionsparteien haben in den vergangenen Jahrzehnten entweder elitäre oder nicht mehrheitsfähige Führungspersonen hervorgebracht. Ein islamistischer Turabi (Popular Congress Party), ein elitärer ElMahdi (Ummah Party), oder die Altherrenriege der Kommunistischen Partei – die Jugendbewegungen werden noch viel Arbeit haben, bis sie eine ihren Idealen gemäße Alternative für die Zivilgesellschaft entwickelt haben. Zudem sind die Modelle westlicher Demokratie, nach denen die Wahlen 2010 abgehalten wurden, nur mäßig nützlich für einen Vielvölkerstaat wie den Sudan, in dem eine traditionelle Konsenskultur abgelöst wurde durch die zentrale Lenkung durch eine Mehrheit (auf ethnischer Grundlage, denn die Herkunft spielt zumindest teilweise eine wichtigere Rolle als politische Inhalte). Passendere Alternativen werden weder im Sudan noch auf internationaler Ebene realistisch diskutiert.

Bashir selbst wurde nicht nur mangels Alternativen nicht in Frage gestellt, sondern auch weil er als Unterzeichner des Allgemeinen Friedensabkommens als Garant erschien, dass der Südsudan (gemäß dem Interesse des Westens) auf einigermaßen friedlichem Wege unabhängig werden kann. Der Südsudan ist jetzt unabhängig, Bashir beweist aber gerade, dass er kein Garant des Friedens zwischen den zwei Staaten ist – noch für Frieden innerhalb des Nordsudan. Vielmehr wird eine weitere Politik a la Bashir die bewaffneten Konflikte und eine Zersplitterung weiter anheizen. Tragisch, dass jegliche nachfolgende zivile Regierung davon belastet sein wird, diesen Scherbenhaufen aufzuräumen zu müssen.

Klar ist: Jegliche neue Regierung wird die Menschen in Darfur, Südkordofan, Blue Nile, Ostsudan und anderen Gebieten mit geringer Identifikation mit Khartoum und teils mit Waffengewalt kämpfend, einbinden müssen, um soziale Kohäsion herbeizuführen. Aber nur einer neuen Regierung könnte das gelingen – der Regierung der NCP gelingt das nicht. Bashir hat das Vertrauen aller marginalisierten Gruppen und des Südsudan nachhaltig verspielt, und eine Weiterführung seiner Regierung bedeutet weiter bewaffnete Konflikte im Nordsudan, ggf. weitere Zersplitterung, und Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung. Ein Regierungswechsel könnte nicht nur ein Signal an die innersudanesischen Rebellen sein, wirklichen Friedensverhandlungen eine Chance zu geben, sondern auch dem Südsudan.

Ein Regimewechsel allein ist noch keine Garantie für eine nachhaltige Verbesserung. Aber es würden neue Dynamiken freigesetzt, Raum für Hoffnung und neue Visionen, die potentiell mehr SudanInnen einbeziehen könnten. Nicht zuletzt könnte das Land sich auch aus seiner internationalen Isolation befreien – was bei allen Gefahren internationaler Einmischung auch neue Impulse geben könnte.

Es ist höchste Zeit, dass im Sudan gute Alternativen für Friedenszeiten entwickelt werden. Und die lassen sich besser in einem weniger repressiven System – auch unter der Gefahr der Instabilität - entwickeln, als in einer durch Gewalteskalation und Repression gelähmten Gesellschaft.

Zu **THESE 3**: Gewaltfreie Bewegung kann auch in einem Kriegs- und Nachkriegsszenario transformativ wirken.

In seinem Artikel „In Sudan, Give War A Chance“² (Im Sudan, dem Krieg eine Chance) in der New York Times vom 5. Mai weist Prunier darauf hin, dass die Rebellen der SPLA-

1 <http://www.sudantribune.com/No-Arab-Spring-will-occur-in-Sudan,40818>

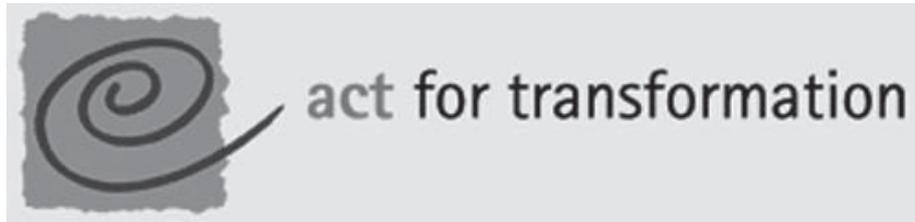
2 http://www.nytimes.com/2012/05/05/opinion/in-sudan-give-war-a-chance.html?_r=1

Nord einen legitimen Freiheitskampf führen. Doch seine Schlussfolgerung „Give War a Chance“ wirkt ange-

in peripheren Landesteilen. Wie tiefgreifend eine gewaltfreie Revolution die Schwierigkeiten des Landes

fahrsah, dass das, was in Ägyptens und Tunesiens arabischem Frühling passierte, auch im Sudan passieren könnte. Ein Ausnahmezustand durch Kriege im Süden des Landes und mit dem Südsudan erlaubt es der Regierung, noch mehr Freiheiten zu beschneiden und noch repressiver vorzugehen. In den vergangenen Monaten wurden mehrere organisierte StudentInnen von Sicherheitskräften getötet und Hunderte verhaftet.

Die Interaktion der Prozesse der gewaltfreien Bewegungen, die mehr vom Zentrum Khartoum ausgehen, und der gewaltsamen Bewegungen in der Peripherie (Darfur, südliches Nordsudan), die kaum eine Chance haben, bis nach Khartoum vorzudringen, bedarf einer genaueren Analyse, für die hier der Platz fehlt. Eine direkte Zusammenarbeit gewaltfreier und gewaltsamer Akteure diskreditiert die gewaltfreien und macht ihre Wirkungsweise, die auf moralischer Überlegenheit („truth power“) und ziviler Legitimierung baut, zunichte. Wenn die Regierung es schafft, durch Kriegspropaganda eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu bekommen und gleichzeitig stärkere Repressionen zu legitimieren, erschwert dies natürlich die Möglichkeiten einer gewaltfreien Bewegung. Gleichzeitig bindet auch ein Krieg Mittel und Aufmerksamkeit der Regierung, und macht sie insofern anfälliger. Sudan befand sich im Bürgerkrieg, als die gewaltfreien Revolutionen von 1964 und 1985 stattfanden. Wie heute befanden sich die Hauptschauplätze dieses Bürgerkriegs nur in abgrenzbaren Landesteilen fern des Zentrums und der meisten großen Städte. Die zivilgesellschaftlichen Bewegungen können sich also parallel entwickeln und Wirkung entfalten. Allerdings ist die Einbindung der im Kriegsgebiet lebenden marginalisierten Zivilisten eingeschränkt. Von einer ausgeprägten Antikriegsbewegung im Nordsudan lässt sich allerdings nicht sprechen, auch wenn die aktuelle gewaltfreie Bewegung immer wieder Stellung bezieht gegen den Krieg und die nordsudanesischen Regierung als einen Hauptaggressor, und sich



sichts der massiven Unterstützung von bewaffneten Gegnern Bashirs (US-Militärhilfe für Südsudan, Verhandlungstrainings für Darfur-Rebellen durch europäische Staaten etc.) bei gleichzeitiger Ignoranz mindestens genauso legitimer gewaltfreier Bewegungen im Land mehr als zynisch. Wie so viele internationale und nationale Analysten scheint er im militaristischen Paradigma gefangen und ignoriert penetrant gewaltfreie Methoden zu revolutionärer Veränderung, obwohl diese uns nicht nur im arabischen Frühling vor Augen geführt wurden, sondern auch bereits im Sudan angewendet werden. Nach einer ersten Mobilisierungswelle einer Demokratiebewegung vor den Wahlen im April 2010, gab es seit Anfang 2011 in allen größeren Städten im Nordsudan Demonstrationen für einen Regimewechsel. Gewaltfreie Widerstandsgruppen wie „Girifna“ (Wir haben es satt) oder „Sharara“ (Funke) haben bisher zwar nicht geschafft, die Breite der Bevölkerung nachhaltig zu mobilisieren, aber leisteten mit kreativen und mutigen Aktionen Erstaunliches, um die Angststarre der sudanesischen Gesellschaft zu durchbrechen. Sie befinden sich in einem Lernprozess, der später und unter repressiveren Bedingungen begann als der der ägyptischen Bewegung. Aber anders als die Ägypter können sie bereits auf zwei gewaltfreie Revolutionen in ihrer Geschichte zurückblicken: 1964 wurde General Abboud, und 1985 General Nimeiri gewaltfrei gestürzt. Auch damals waren die entsprechenden Bewegungen vor allem in den Städten aktiv, maßgeblich von Studierenden und Gewerkschaften organisiert – unbenommen des gleichzeitigen Krieges

lösen kann, mag auch vom Grad der Mobilisierung und Bewusstseinsbildung im Zuge der Bewegung abhängen – eine verfrühte Revolution mag insofern problematisch sein. Doch bereits werden die tieferliegenden Marginalisierungsmechanismen in der Gesellschaft wie Rassismus durch Aktionsgruppen wie „Sudan Change Now“ adressiert. Die AktivistInnen der aktuellen Bewegungen entwickeln kreative Aktionsmethoden, die der Situation im Sudan angepasst sind: Ein Beispiel dafür sind Blitzreden an öffentlichen Plätzen oder in Bussen, in denen sie die Situation beschreiben und ihre Forderungen benennen. So können sie in einem Land mit oraler Kultur Menschen aller Gesellschaftsschichten erreichen, und die staatliche Zensur der öffentlichen Medien umgehen. Zu ihrer Sicherheit sind diese Auftritte meist nur kurz – obwohl es auch oft vorkam, dass das Publikum die RednerInnen garnicht gehen lassen wollte, und ihnen improvisierte Podien beschaffte. Die RednerInnen werden begleitet von weiteren AktivistInnen, die mögliches Einschreiten von Sicherheitskräften beobachten, und nach Möglichkeit auch das Geschehen filmen: Durch die Veröffentlichung dieser Filme auf YouTube kann die Wirkung der Aktionen noch potenziert werden.

In der Phase des gewaltfreien Kampfes, in dem sich die sudanesischen Bewegung befindet, gehen einzelne AktivistInnen ein hohes Risiko ein, und es gibt zahlreiche Beispiele von Verhaftungen und Folter und Missbrauch in Geheimgefängnissen, den sogenannten „Ghost Houses“. Die Regierung reagierte umso repressiver, je mehr sie die Ge-

mit seinen zivilen Opfern solidarisiert.

Zu **THESE 4**: Es gibt Wege solidarischer Aktion von hier, abseits von Schweigen oder Intervention.

Das oben beschriebene Schulterzucken der internationalen Gemeinschaft angesichts Mangel an Alternativen zu Bashir und der Angst vor einem zweiten Somalia, aber auch das Ignorieren der gewaltfreien Bewegungen - sowohl durch staatliche Akteure als auch durch die Friedensbewegung - steht im Kontrast zu direkter staatlicher Militärkooperation mit dem Südsudan und direkte wie indirekte Unterstützung von Mitgliedern von Rebellengruppen. Prompt erschien am 11. Mai 2012 in der Washington Post ein Artikel des früheren US-Sondergesandten zum Sudan, Andrew Natsios, mit dem Titel „To stop the war on South Sudan, the U.S. should send weapons“ (Um den Krieg gegen den Südsudan zu stoppen, sollte die USA Waffen schicken).³ Die politische bzw. wirtschaftliche Einflussnahme des Westens auf die nordsudanesischen Regierung ist beschränkt: Man hat bereits seit Jahren diverse Sanktionen ausgeschöpft und offizielle Entwicklungszusammenarbeit stark eingeschränkt. Dadurch orientiert sich der Sudan mehr Richtung Ostasien, wohin er auch sein Öl exportiert. Während sich eine Hybrid-Mission von UN und Afrikanischer Union noch mit relativ geringen Möglichkeiten in Darfur befindet (UNAMID), wurde die UN Mission im Sudan (UNMIS) nach der Unabhängigkeit des Südsudan beendet. Während das allgemeine Misstrauen im Sudan gegenüber westlichen Akteuren in vielen Fällen begründet und gesund ist, erschwert es doch auch solidarische Möglichkeiten, zumal die Zusammenarbeit von AktivistInnen mit westlichen Akteuren oft von der Regierung gegen diese verwendet wird: Die Zusammenarbeit spielt so potentiell ihrer Propaganda einer „westlichen Verschwörung“ gegen

den Sudan im Allgemeinen in die Hände, und gefährdet die sudanesischen AktivistInnen potentiell.

Deutschland ist an der UNAMID-Mission und UNMISS (im Südsudan) mit je bis zu 50 Blauhelmen beteiligt. Während es nur sehr begrenzte staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Nordsudan gibt, wird sie im Südsudan ausgebaut, und beinhaltet auch Polizeiausbildung. Das Programm „Ziviler Friedensdienst“ im Rahmen des Deutschen Entwicklungsdienstes (jetzt giz) wurde Ende 2010, kurz vor dem Referendum und Ablauf des Friedensabkommens - in beiden Landesteilen eingestellt.

Deutschland zeigte sich auch interessiert, eine neu geplante Ölpipeline aus dem Südsudan an die kenianische Küste mitzufinanzieren - sicherlich nicht ohne Eigeninteresse.

Was bleibt uns als Friedensbewegung zu tun, wenn wir weder weiterhin schweigen wollen, noch der Logik einer militärischen Intervention verfallen oder für neokolonialistische Interessen missbraucht werden wollen?

In der Diskussion im Workshop der Friedenskonferenz 2012 in München wurden folgende Möglichkeiten diskutiert:
Menschenrechtsarbeit und Unter-

stützung von MenschenrechtsverteidigerInnen aus dem Spektrum der gewaltfreien Bewegungen im Sudan, sowie das Schaffen von Foren, Austausch und Trainingsmöglichkeiten für gewaltfreie Akteure, möglichst in der Region - ohne Intentionen von Einflussnahme oder gar Lenkung - können direkte Solidaritätsarbeit sein. Wir sollten unser Augenmerk auf Themen wie Land Grabbing, Waffenhandel, wirtschaftliche Interessen etc. und die Aktivitäten entsprechender westlicher Akteure richten, und gegebenenfalls hier entsprechende Kampagnen durchführen.

Ein erster wichtiger Schritt, um überhaupt die Öffentlichkeit (und die Friedensbewegung!) zum Thema Sudan und der gewaltfreien Bewegungen dort zu sensibilisieren, ist Öffentlichkeitsarbeit & Bildungsarbeit. Dies ist auch ein wichtiger Schritt, um die gewaltfreie Bewegung im Sudan als ernstzunehmenden Faktor auch in der westlichen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Mögliche Mittel sind z.B. Veranstaltungen mit AktivistInnen der sudanesischen Bewegungen oder die gerade erschienene Bildungsbrochure „Gesichter der Gewaltfreiheit im Sudan“, erhältlich unter:

www.act4transformation.net



³ http://www.washingtonpost.com/opinions/to-stop-the-war-on-south-sudan-the-us-should-send-weapons/2012/05/11/gIQAywIkIU_story.html

Aktuelle Runde

Aufbruch in Nordafrika - wessen Chancen?

Grußwort von Simone Burger DGB-Region München

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich freue mich, Sie hier im Namen des DGB begrüßen zu können. Und ich freue mich, dass auch in diesem Jahr der DGB einen kleinen Teil zum Gelingen der Konferenz beiträgt. Denn mit dieser Konferenz soll ein Kontrapunkt gesetzt werden zu der Konferenz, die parallel zu uns im Bayerischen Hof tagt.

Seit 1962 treffen sich hochrangige Militärs, Politiker und seit 1999 immer mehr Vertreter der Wirtschaft in München. Die Sicherheitskonferenz sieht sich selbst als visionär, global und unabhängig. Das Lieblingswort ist seit jeher: INFORMELL. Die Sicherheitskonferenz will einen Raum schaffen, in dem Politiker, Militärs, ausgesuchte Institutionen und Vertreter der Wirtschaft diskutieren können, jenseits des offiziellen Protokolls. So weit die Selbstdarstellung der Hochglanzbroschüren.

Übersetzt bedeutet dies, dass die Sicherheitskonferenz an Helden glaubt. Dass die Geschichte von großen Männern – und vielleicht Frauen – geschrieben wird. Dass die besten Ideen hinter verschlossenen Türen erzielt werden. Und dass große Menschen nicht durch das Klein-Klein der Demokratie eingeschränkt werden dürfen. Nicht durch Rechenschaftspflicht oder durch einen parlamentarischen Ausschuss. Das ist nicht unser Verständnis von Demokratie.

Auf der Sicherheitskonferenz sitzen Militärs und die Politik gleichberechtigt an einem Tisch. Es gab gute Gründe, die Fragen über Krieg und

Frieden allein in die Zuständigkeit der Politik zu geben. Ein kurzer Blick in die Geschichte reicht dazu. Die Sicherheitskonferenz bricht offen mit dieser Tradition. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Nicht unwidersprochen darf auch bleiben, was dort diskutiert wird.

Die Sicherheitskonferenz ist keine Friedenskonferenz

Hier in München trifft sich leider nicht eine kleine Minderheit. Hier treffen sich nicht die Letzten, die es noch nicht verstanden haben. LEIDER. Im Bayerischen Hof geben sich Mitglieder von Regierungen, hochrangige Militärs, Vertreter von wichtigen Unternehmen und „think tanks“ die Klinke in die Hand. Deshalb ist es umso wichtiger, ihren Thesen zu widersprechen.

Auch in Deutschland ist die Normalisierung des Krieges längst Realität. Horst Köhler wird wahrscheinlich der letzte Bundespräsident sein, der wegen folgender Äußerung zurücktritt: „militärischer Einsatz (ist) notwendig (...), um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Dabei ist Horst Köhler auch nicht wegen der Aussage zurück getreten, sondern weil seine Aussage kritisiert wurde. Weil er sich mit der Kritik auseinandersetzen musste, er stehe damit nicht



mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Er hatte nicht eingesehen, dass er mit dieser Aussage eine Grenze überschritten hatte, sondern er empfand die Kritik an dieser Aussage als ungerecht.

Warum behaupte ich, das war das letzte Mal? Dass so eine Aussage, auf so breite Kritik stieß. Weil mit der Verabschiedung der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ im Mai 2011 diese Frage geklärt wurde:

„Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die

Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. (...) Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“

Wo ist der große Unterschied zwischen den zwei Passagen?

Für diese Passage in den Verteidigungspolitischen Richtlinien – ein Jahr nach dem Rücktritt von Horst Köhler – ist der Verteidigungsminister Thomas de Maizière nicht einmal öffentlich angegriffen worden.

Es war richtig, Horst Köhler zu kritisieren. Doch wo war der Protest gegen de Maizière?

Gleichzeitig wurde mit diesen Richtlinien die Liste der Bedrohungen länger: Als zentrale Bedrohung gelten failed states. Failed states lösen Bürgerkriege, humanitäre Krisen, Radikalisierung und Flüchtlingsströme aus und bieten Extremisten und Organisierter Kriminalität Rückzugsräume. Auf der Liste stehen auch Cyber-Angriffe, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Zunahme von Flüchtlingsströmen wegen klimatischer Veränderungen

sowie die Rohstoff-Knappheit.

Niemand wird ernsthaft behaupten, dass dies nicht Probleme sind, die wir lösen müssen. Doch mit jedem Punkt in der Liste erweitert das Militär sein Gebiet. Denn in der Logik der Verteidigungspolitischen Richtlinien sind Cyber-Angriffe kein Problem, das die Polizei und die Justiz löst, sondern das Militär. In der militärischen Logik sind Bedrohungen kein „Problem, das man lösen muss“, sondern eine mögliche Gefahr, die beantwortet werden muss. Diese kleine semantische Änderung ändert den Handlungsspielraum von Politik.

Dieser Militarisierung müssen wir uns entgegen stellen.

Dies ist kein allein deutsches Problem. Wirft man einen Blick auf das Programm der Sicherheitskonferenz, zeigt sich auch, wie die Themen immer vielfältiger werden. So sollen nicht nur der Arabische Frühling und eine Bewertung der Einsätze im Irak und in Afghanistan, sondern auch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise 2012 auf der Tagesordnung stehen. Die Sicherheitspolitik kennt keine Grenzen mehr.

Einer der Ansatzpunkte für diese Entwicklung ist die Neudefinition von Sicherheit. Das Ziel von Sicherheitspolitik sollte nicht mehr allein die nationale Sicherheit sein. Wir, der DGB, wollten keine Staaten mehr, die zwar keine anderen

Staaten mehr angreifen, aber Oppositionelle in ihrem Land verfolgen; und keine Länder, in denen die Oberschicht alles besitzt und die Mehrheit der Bevölkerung hungert. Mit der Neudefinition von Sicherheit sollte die Aufmerksamkeit auf diese Probleme gelenkt werden. Dass Frieden mehr ist als der Friedensvertrag zwischen zwei Staaten.

Doch das Konzept von „menschlicher Sicherheit“, das in der UNO diskutiert wurde, wurde von den Verteidigungspolitikern und Militärs neu definiert. Mit dem Ende des kalten Krieges gingen ihnen die Ziele aus und damit die Legitimation für die großen Budgets in den Haushalten der einzelnen Staaten. Anstatt neuer Felder für die Politik, sahen sie neue Einsatzmöglichkeiten für das Militär. Und sie haben ihre Chance genützt.

Wir dürfen diese Umdeutung nicht zulassen

Wir müssen weiter für friedliche Lösungen kämpfen.

Heute, indem wir der Sicherheitskonferenz eine wirkliche Friedenskonferenz entgegenstellen – und morgen, weil wir nicht schweigen, wenn Militär als normaler Teil der Politik präsentiert wird.

In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz im Namen des DGB viel Erfolg. Und Ihnen eine spannende Diskussion heute Abend.



Bericht von der Podiumsdiskussion

Bericht von Gertrud Scherer

Auf dem von Angelika Holterman moderierten Podium saßen vier Fachleute: Frau Prof. Randa Aboubakr aus Kairo und der in München lebende Ägypter Magdi Gohary, Prof. Werner Ruf für Tunesien und Reiner Braun von IALANA für Libyen. Die Länder Syrien, Algerien und Marokko spielten am Rande eine Rolle.

Bedingungen in den arabischen Ländern

Tunesien hat im Vergleich zu Ägypten keinen Suez-Kanal, keine Grenzen zu Israel, ist nicht das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt und liegt auch nicht in deren Zentrum. Daraus ergaben sich, wie Werner Ruf feststellte, Vorteile für die Revolution in Tunesien, der – wie in Ägypten – der Sturz des Präsidenten gelang. Es kam in Tunesien zu wirklich freien Wahlen und die Übergangsregierung ließ eine neue Verfassung erarbeiten im Sinn einer parlamentarischen, keiner Präsidial-Demokratie. Gleich ist in beiden Ländern – wie auch in den anderen arabischen Staaten – dass die alten Machthaber auf die Bildung der Menschen wenig Wert gelegt, ja sie sogar verhindert haben.

Dass der ursprünglich auch friedliche Aufstand in Libyen so schnell in einen Krieg mündete, hängt – wie Reiner Braun erläuterte – mit starken ausländischen Interessen, v.a. der USA zusammen. Libyen hat reiche Öl-Vorkommen, es hat unter der Sahara ein enormes Wasser-Reservoir. Gaddafi hatte sich zum Partner aller nach Unabhängigkeit strebenden afrikanischen Staaten gemacht und er ließ westliches Kapital nicht ungehindert in seinem Land wirtschaften – um nur einige Gründe für den westlichen Wunsch nach einem Regimewechsel zu nennen. So wurde die „Revolution“ von außen instrumentalisiert.



Auch in Syrien wurde die Protestbewegung zunehmend militarisiert, nicht zuletzt durch Waffenlieferungen und sonstige Unterstützung von außen. Hier wurde von Reiner Braun die Türkei hervor gehoben.

In Marokko gab es nach Auskunft von Werner Ruf massive Proteste gegen die Staatsführung. Darauf reagierte der König mit einer enormen Senkung der Lebensmittelpreise und einer schnellen Verfassungsreform mit freien Wahlen und der Einsetzung eines Regierungskabinetts mit einem Premierminister, der fortan die Verantwortung für die Politik trug. Das nahm dem Protest gegen den König den Wind aus den Segeln.

Zu Algerien sagte Werner Ruf, dass dieses Land keine Ökonomie habe, weil es ausschließlich vom Öl- und Gas-Export lebe, was den Staatshaushalt zu 90 % finanziere. Die Beschaffung von Lebensmitteln und sonstigen Gütern für die Menschen im Alltag fördere aber die Korruption, die die Generäle in hohem Maße privilegiere, was wiederum dazu führe, dass diese die Bevölkerung

einschüchtern und den Parteien bei den Wahlen im Mai 2012 wenig Spielraum ließen. Auch in Algerien gebe es täglich irgendwelche Proteste, aber keine breite Bewegung wie in Tunesien und Ägypten.

Erfolge der Revolution

Was in der am 25. Januar 2011 beginnenden ägyptischen Revolution erreicht wurde, schilderten Randa Aboubakr und Magdi Gohary: der Sturz des Präsidenten Mubarak, die Entmachtung seines Familienclans und die Auflösung des unter dubiosen Verhältnissen zustande gekommenen ägyptischen Parlaments. Das Besondere sei der Prozess: Das Volk hat mit seinen Demonstrationen und gewaltfreien, sehr vielfältigen und phantasievollen Aktionen in den Straßen und vor allem auf dem zentralen Tahrirplatz in Kairo seinen Widerstand gegen die Regierung kundgetan und sich von Polizei und Militär nicht einschüchtern lassen. Die Menschen haben – was beide einhellig bekundeten – die in Jahrzehnten und noch viel länger eingeübte Angst vor der Regierung

überwunden. Der Sieg in dieser Auseinandersetzung habe in der ägyptischen Bevölkerung ein neues, ungeahntes Selbstbewusstsein hervorgerufen. Dieser erste erfolgreiche Schritt in der ägyptischen Befreiungsbewegung veranlasste Magdi Gohary zu der Feststellung, dass diese Revolution unumkehrbar sei. Er begründet dies vor allem mit der nun ganz neuen kritischen Öffentlichkeit in Ägypten und auch damit, dass die arabische Revolution die Wirkmacht der USA als Führungskraft der westlichen Strategie in den arabischen Ländern erheblich eingeengt habe. Die Zeiten der Monopolbildung seien vorbei, wie er sagte. Randa Aboubakr zeigte sich in ihrer Beurteilung etwas vorsichtiger. Sie verwies darauf, dass nach dem Sturz Mubaraks sein Regierungsapparat mit den alten Strukturen der Judikative, der Polizei, des Militärs, der Wirtschaftshierarchien überlebt habe und auch die vielen ausländischen Interessen noch da seien. Dennoch strahlte sie einen großen Optimismus aus. Denn die ägyptische Revolution sei eingebettet in weltweite Protestbe-



und die falsche Regierungspolitik. Die Menschen kämpften überall für ihre Freiheit, für ihre Rechte und vor allem für ihre Würde. Deshalb glaube sie fest an einen Erfolg. Auch Werner Ruf sah in den weltweiten Protestbewegungen auf den Straßen eine große Hoffnung und meinte, daran müssten auch wir mitarbeiten. „Das sind wir den Jungen schuldig.“

Rolle des Militärs in Ägypten

Seit dem Sturz Mubaraks sieht Magdi Gohary in Ägypten drei politische Pole: Die militärische Übergangsregierung, das erst vor zwei Wochen gewählte Parlament und die Protestbewegung auf der Straße. Das Parlament habe in dieser kurzen Zeit noch keinen Einfluss gewonnen. Die Militärführung habe zwar die

dass das Militär wieder an Ansehen gewinnt, weil es im Staat Ägypten eine unverzichtbare Funktion habe. Werner Ruf betonte dagegen, dass in Ägypten das Militär immer noch die größte kapitalistische Wirtschaftsmacht sei, die 40 % der Wirtschaft kontrolliere. Das Militär sei auch gleichzeitig der Vorposten des US-amerikanischen Einflusses in Ägypten. Es werde von den USA aufgerüstet und erhalte jährliche Zuschüsse von ca. 2,6 Milliarden Dollar. Damit stehe das Land bezüglich der US-Militärhilfen im Nahen Osten an 2. Stelle nach Israel.

Was wird von den „Islamisten“ erwartet?

Magdi Gohary findet den Begriff abwertend; er spricht lieber von „Vertretern des politischen Islam“. Im ägyptischen Parlament seien sie mit mehr als 70 % der Sitze vertreten. Ihren Erfolg erklärte er mit einer Geschichte von seinem Sohn, der als Auslandskorrespondent in Kairo lebt. Am Wahltag habe dieser sich am Ausgang eines Wahllokals in einem eher ärmlichen Stadtteil von Kairo postiert. Auf seine Frage an Herauskommende „Wen hast du gewählt?“ habe ein Mann geantwortet: „Die Salafisten“. „Warum?“ „Die sind die Einzigen, die ich kenne. Sie haben für mich Geld gesammelt, als ich das Krankenhaus für meine Schwiegermutter nicht bezahlen konnte. Deshalb habe ich sie gewählt. Die anderen Parteivertreter kenne ich nur vom Fernsehen. Die waren nie in unserem Viertel.“

Auf die Frage, welchen Kurs die Muslimbrüder mit ihren Mehr-



wegungen nicht nur im arabischen Raum, sondern auch in Europa sowie in Nord- und Südamerika gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem

Macht übernommen, in der Staatsverwaltung aber keinerlei Erfahrung gehabt und habe darin auch versagt. Er glaubt, dass das Militär Macht abgeben müsse, und ihm läge daran,



heiten in Ägypten und Tunesien nun einschlagen würden, wagte keiner auf dem Podium eine eindeutige Antwort. Zum Thema Wirtschaft bestätigte Werner Ruf die Aussage von Reiner Braun, dass die Muslimbrüder und die Salafisten einen eindeutig neoliberalen Kurs verfolgten. Er nannte Beispiele dafür, wie die neuen ägyptischen Politiker beim Wirtschaftsgipfel in Davos und von der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ geradezu hofiert wurden. Im übrigen unterstrich Randa Aboubakr, dass diese islamischen Politiker an einer Förderung der Bildung in der Bevölkerung genauso wenig Interesse zeigten wie die alte ägyptische Regierung.

Interessen des westlichen Auslands

Für die Durchsetzung militärischer, machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen der NATO-Staaten bezeichnete Reiner Braun Libyen als Paradebeispiel. Den berechtigten Protest der libyschen Bevölkerung gegen die Unterdrückung der Gaddafi-Regierung hätten die intervenierenden NATO-Staaten als Vorwand zur militärischen Bekämpfung der

libyschen Regierung genommen. Zur Rechtfertigung seien die libyschen Militäraktionen dämonisiert und die eigenen mit dem Nimbus des Kampfs für die Menschenrechte verherrlicht worden. Die NATO-Bombardierungen hätten 40 –50 000 Libyern das Leben gekostet. Zu den Konsequenzen dieser Interventionen gehörten zunehmende Stammes- und sich ausweitende Bürgerkriege sowie Interessenkonflikte innerhalb der neuen Regierung wegen der unterschiedlichen Konzepte der verschiedenen Auftraggeber.

Werner Ruf skizzierte, nachdem er die Vorteile der relativen Außenlage Tunesiens für seine Revolution dargestellt hatte, die bleibende wirtschaftliche Abhängigkeit der neuen Demokratie von der Europäischen Union, über die niemand spreche. Tunesien sei nach der Revolution dabei, den Sonderstatus der EU-Assoziierung zu erhalten, verknüpft mit dem Diktat eines streng neoliberalen Kurses. Zu den neuen Freiheiten gehöre, dass Tunesien – wie übrigens auch andere südliche Mittelmeeranrainer – Südfrüchte in die EU importieren dürfe – für zwei Monate

im Jahr! Eine weitere Bestimmung erlaube es europäischen Firmen, in Tunesien zu investieren mit dem Privileg, dort 20 Jahre lang keine Steuern zahlen zu müssen. Auch dürften diese Europäer ihre Gewinne 20 Jahre lang frei in die EU zurück transferieren. Werner Ruf fragte, wie ein tunesischer Unternehmer, der keine gesicherte Importgenehmigung in die EU bekäme und zuhause Steuern zahlen müsse, jemals mit einem europäischen Unternehmen konkurrieren könne. Diese Begrenzung für die inländische Wirtschaft in Tunesien erkläre wohl auch den großen Jubel in der EU über die gelungene friedliche Revolution in diesem Land.

Werner Ruf hielt sich nicht zurück mit Ideen für eine andere EU-Politik, die der jungen Demokratie Chancen böte. Sie könnte zum Beispiel Tunesien Schulden erlassen. Oder die EU-Staaten könnten das riesige Vermögen des Expräsidenten Ben Ali – der sein Volk systematisch bestohlen habe – beschlagnahmen und dem tunesischen Staat zurückerstatten – „Wenn sie denn wollten!“

Friedensgebet der Religionen

Konflikte sehen - auf Dialog bestehen

so lautete das Thema des diesjährigen Friedensgebets der Religionen am 5. Februar 2012 im Pfarrsaal von St. Anna im Lehel.

Wieder luden Juden (Israelische Gemeinde München), Christen (Pax Christi München), Muslime (Muslimrat München), Baha'i (Gemeinde Germering) und Buddhisten (Soka Gakkal – Nichiren Buddhismus) sowie die Freunde Abrahams ein, gemeinsam für den Frieden zu beten.

Trotz eisiger Temperaturen war der Pfarrsaal nicht nur gut geheizt sondern auch gut gefüllt.

In der Einführung, den Statements und den Gebeten der verschiedenen ReligionsvertreterInnen wurde deutlich, dass alle Religionsschriften zum Hinschauen und zu Achtsamkeit auffordern und gleichzeitig den gewaltfreien, vom Dialog getragenen Weg zu einer friedlichen Beilegung von Konflikten kennen.

Hierzu möchte ich zwei Beiträge als Beispiele heraus greifen.

Von einer Buddhistin erfuhren wir: *„Buddha heißt auch der Erwachte oder der Sehende.*

Mensch und Umgebung bilden eine Einheit. Wenn in einem Menschen eine Ursache für Krieg – nämlich eines der drei Gifte, Ärger – vorhanden ist, wird sich auch in seiner Umgebung Ärger und letztlich Krieg als äußere Wirkung manifestieren. Durch das Meditieren vertieft sich die Erkenntnis und die Einsicht in diese Prinzipien, wir betrachten die Phänomene aus einem völlig anderen Blickwinkel und können dann aktiv andere Ursachen setzen, uns verändern, was wiederum andere Wirkungen, Phänomene hervorruft. (...)

Im Buddhismus versuchen wir, die Prinzipien der buddhistischen Lehre in unserem Leben zu verstehen: indem wir uns entschließen, praktische, alltägliche Erfahrungen damit zu machen (...)

Solange wir in unseren Herzen Krieg führen, wird es auch im Außen, und das ist doch die ganze Welt, keinen Frieden geben können. Sobald wir entschlossen sind, in uns die Fähigkeit zum Dialog wachsen zu lassen und uns von Herz zu Herz mit anderen zu verbinden, wird dies - aus der Sicht des Buddhismus unausweichlich - auch zu friedlichen Verbindungen in unserer Umgebung, und zum Frieden führen.“



Prof. Manfred Görg von den Freunden Abrahams ging in seinem Statement auf die Wunder-Erzählung der Heilung des Taubstummen ein (Mk 7,31-37).

Abschließend führte der katholische Theologe dazu aus:

“In allen bekannten Religionen und religiösen Gemeinschaften der Erde gibt es Menschen, die sich wie Jesus dem Zugehen auf die Ausgegrenzten widmen und dafür auch selbst Nachteile und Unverständnis in Kauf nehmen müssen. Sie alle dürfen sich als Botschafter der Liebe Gottes - oder wie sie auch immer von der sie tragenden Kraft reden oder denken - verstehen. Es versteht sich meines Erachtens von selbst, dass eine Welt ohne Friedensstifter auf Dauer „taub-stumm“ bleiben muss, wenn nicht immer wieder von dem in jedem Menschen angelegten Bedürfnis nach der Erfahrung einer unbegrenzt liebenden Wirklichkeit in Wort und Tat Zeugnis abgelegt wird.“

Es tat gut, an diesem späten Sonntagvormittag das gemeinsame Beten und Singen der verschiedenen Religionen zu erfahren.

Die abschließende Segensbitte „Kraft zum Unterwegssein“ hat mir besonders gut gefallen.

Gabriele Hilz



Kraft zum Unterwegssein wünsche ich Euch:

Gottes Bestärkung in Eurem Leben.

Mut zur Versöhnung wünsche ich Euch:

Gottes Wohlwollen in Eurem Leben.

Grund zur Hoffnung wünsche ich Euch:

Gottes Licht in Eurem Leben.

Vertrauen zum Miteinander wünsche ich Euch:

Gottes Verheißung, sein Volk zu sein.

Begeisterung zum Aufbruch wünsche ich Euch:

Gottes Wegbegleitung und Segen.



Studientag

Referate

Armin Torbecke

Gewaltfreie Kommunikation als Beitrag zu gesellschaftspolitischer Gestaltung

Ich freue mich hier und heute zum Thema „Gewaltfreie Kommunikation“ sprechen zu können und dazu, „wie die Gewaltfreie Kommunikation gesellschaftliche Prozesse, Projekte und Dialoge bereichern kann“.

Normalerweise bevorzuge ich es, frei zu sprechen. Um die Zeit aber möglichst optimal zu nutzen, habe ich ein Skript vorbereitet.

Basisinfos zur Gewaltfreien Kommunikation

Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) ist eine Kommunikationsmethode und Haltung, die Ende der 60iger Jahre von Marshall Rosenberg zunächst in den USA formuliert wurde.

Sie hat sich seither weltweit verbreitet und wurde in unzähligen Konflikten und Bereichen der Gesellschaft erfolgreich eingesetzt. Marshall Rosenberg selbst hat lange Zeit pro Jahr 20 – 40 Länder besucht, um dort in Konflikten tätig zu sein.

Mein eigener Weg zur GFK

Ich bin der Gewaltfreien Kommunikation begegnet aufgrund meines eigenen sozialen und ökologischen Engagements. Seit ich 15 oder 16 bin, bin ich in Netzwerken aktiv, auch in überregionalen Gremien zum Beispiel von Verbänden und in großen Projekten(3)

Mir ist bei dieser Arbeit deutlich geworden, dass der Erfolg von Aktivitäten entscheidend damit zusam-

menhängt, wie kommuniziert wird - und dass es eben hieran oft scheitert.

Es geht ja in der sozialen und gesellschaftspolitischen Arbeit zum einen darum zu erreichen, dass Gleichgesinnte miteinander kooperieren und so gemeinsam an Stärke gewinnen. Zum anderen geht es um die Kommunikation und Wirkung nach „außen“, also in Bezug auf Bevölkerung oder Andersdenkende.

Eine Zentrale Frage bei all diesen Aktivitäten ist: Wie kann ich es erreichen, dass andere wirklich verstehen, was ich sagen beziehungsweise rüberbringen möchte - und wie kann ich verstehen, was für andere wichtig ist und was sie momentan davon abhält, sich so zu verhalten, wie ich es für richtig halte.

Wichtig ist hierbei auch, dass Kommunikationsprozesse stattfinden, die es Menschen ermöglichen, sich frei und aus eigenem Antrieb heraus zu beteiligen.

Wie kann das erreicht werden? Ich habe mich umgesehen und bin vor ca. 15 Jahren auf die Gewaltfreie



Kommunikation und auf die Mediation gestoßen.

Ich erprobe sie seither in meinem eigenen Leben und in zum Teil großen Projekten wie z.B. EU-Programmen, zwei Schulgründung und dem Aufbau von Vereinen und Initiativen. Und tatsächlich kann ich sagen: Ja, es ist sinnvoll, es lohnt sich.

Mittlerweise bin ich auch als Trainer und Ausbilder für Mediation und Gewaltfreie Kommunikation tätig.

Grundaspekte: Verbindung herstellen

Die Gewaltfreie Kommunikation ist eine sehr gute Möglichkeit, um in schwierigen Situationen zu kommunizieren, denn sie ermöglicht zweierlei:

a) Sie ermöglicht zum einen, deutlich zu sagen, wie man selbst etwas erlebt und was man will bzw. braucht - und dies ohne dass man andere runtermachen muss.

b) Und sie macht es möglich zu hören, was die Beweggründe einer anderen Person sind, selbst wenn sie sich abwertend verhält.

Diese Art der Kommunikation ermöglicht in Kontakt zu treten. Und dieser Kontakt ist die Grundlage für Verständnis und Kooperation. Agieren wir nicht auf dieser Basis von Verständnis und Kooperation, wird mindestens einer der Beteiligten gezwungen oder manipuliert. Auch das ist eine Verhaltensoption – aber sie hat weitreichende, meines Erachtens negative Konsequenzen.

Dem Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation zugrunde liegt eine in der Tat ziemlich radikale Sichtweise:

Alle Menschen teilen dieselben Bedürfnisse wie z.B. Respekt, Verständnis, Gemeinschaft, Nahrung, Entspannung, Leichtigkeit. Und die Erfüllung dieser Bedürfnisse macht uns als Menschen -unser Menschsein- aus.

Und alle Menschen versuchen zu jedem Zeitpunkt, das Beste beizutragen, um diese Bedürfnisse so gut wie möglich zu erfüllen.

Allerdings sind diese Versuche manchmal gewaltsam und man kann sie daher wahrhaft als tragisch bezeichnen. Die Verhaltensweisen sind tragisch zu nennen, weil die Menschen keine besseren Strategien kennen, um für ihre Bedürfnisse einzutreten.

Beispiel: Schüler

Als ich vor einiger Zeit an einer Schule tätig war, um dort ein Projekt zu Gewaltfreier Kommunikation zu entwickeln, wurde ein Schüler zu mir gebracht. Die Erzieher und Schüler, die dabei standen, waren total aufgebracht, denn der Schüler hatte in der Pause einem anderen Schüler eine blutige Nase geschlagen. „Wie kann man das tun, das ist

doch gemeingefährlich“ sagten sie. Als ich mich dann mit dem Jungen unterhalten konnte, sagte er: „Sie haben mich beleidigt und auch meine Schwester. Ich will nicht als Schwächling dastehen. Ich will endlich ernst genommen werden, dass sie mir zuhören“. Es ist die Ebene der Bedürfnisse, die hier auftaucht: In diesem Beispiel Ernst genommen werden, Respekt und Akzeptanz. Auf der Bedürfnisebene konnten alle, die dabei waren, den Jungen nun sehr gut verstehen. Aber jemandem eine blutige Nase schlagen, ist meines Erachtens ein tragischer Weg, um für Respekt einzutreten.

Erwünschtes und unerwünschtes Verhalten

In größeren Situationen ist es im Prinzip das Gleiche. Die Folgen sind größere. Es ist tragisch im Großen wie im Kleinen, dass Menschen keinen besseren Weg kennen, als Gewalt anzuwenden.

Gewaltfreie Kommunikation verbietet Gewalt nicht, denn in der Gewaltfreien Kommunikation geht es nicht um Moral. Sie weist jedoch darauf hin, dass Gewalt keine wirklich zufrieden stellende und nachhaltige Form des Umgangs mit Konflikten ist.

Wie gehe ich mit Menschen um, die sich anders verhalten, als ich mir das wünsche?

Das ist eine entscheidende Frage für die ganze soziale und friedenspolitische Bewegung. Und gleichzeitig ist es im Grunde die Frage, die uns an jedem Tag unseres Lebens beschäftigt, denn genau das erleben wir alle ja in kleineren oder größeren Situationen jeden Tag – z.B. mit einem Kollegen am Arbeitsplatz, mit unseren Kindern, die sich anders verhalten als wir wollen, mit unserem Partner oder unserer Partnerin. Und wir erleben es auch ständig im Umgang mit uns selbst, nämlich oft bin ich es, der sich anders verhält als ich mir das von mir selbst wünsche. Gewaltfreie Kommunikation hat also auch etwas mit innerer Friedensarbeit zu tun.

Die Gewaltfreie Kommunikation empfiehlt „nein“ zu sagen zu etwas, das mir nicht gefällt. -Aber sie geht noch weiter.

Sie empfiehlt

a) einerseits voll und ganz mitzuteilen, wie es mir geht - und dies einschließlich dessen, was ich will, also meiner Interessen beziehungsweise Bedürfnisse. Das ist sozusagen das „ja“ in dem „nein“.

Und sie empfiehlt weiterhin

b) zu verstehen, warum die andere Seite sich so verhält wie sie sich verhält, also vor allem die Bedürfnisse, die hinter ihrem Verhalten bzw. ihren Strategien stehen.

Das bedeutet, die Vorstellung abzulegen, dass der andere mein Feind ist. Und wirklich verstehen zu wollen, welche Beweggründe bzw. Bedürfnisse seinen Verhaltensweisen zugrunde liegen. Das ist eine ganz neue Sichtweise und Herausforderung.

Wenn ich Verstehen-wollen beziehungsweise Empathie signalisiere, aber das als Strategie einsetze, so dass der andere schließlich tut, was ich will, ist das nicht wirkliche Empathie. Dann benutze ich Gewaltfreie Kommunikation allenfalls als Methode oder Konzept. Es wird als Manipulation im Stile von „ja, aber...“ verstanden werden. Und dagegen sind die meisten Menschen sehr „allergisch“.

Wenn es gelingt, sich selbst vollständig mitzuteilen und gleichfalls die Bedürfnisse des anderen zu verstehen, dann ist konstruktiver Kontakt möglich als Basis für die Bereitschaft, über Veränderungen nachzudenken.

Denn wenn zwischenmenschlicher Kontakt besteht, dann wollen Menschen gern zum Wohlergehen anderer beitragen - viel lieber zum Wohl anderer als zu ihrem Leiden. Unsere Bedürfnisse sind nicht gegeneinander gerichtet, sondern nur bestimmte Strategien, die man zu ihrer Erfüllung ergriffen hat; oftmals, weil wir in unserem Leben keine anderen

kennengelernt haben.

Mediation

Dieser Ansatz ist auch die Grundlage der Mediation, also der Vermittlung in Konflikten durch eine dritte Person.

Mediation ist ja zur Zeit sehr im Gespräch aufgrund des Mediationsgesetzes, das vor einigen Wochen in Kraft getreten ist.

Die Rechtsprechung als Mittel zur Konfliktlösung hat eindeutig Grenzen, und das bleibt auch dem Gericht selbst und staatlichen Instanzen nicht verborgen. Verursacht werden oft hohe Kosten, Zeitaufwand und bürokratischer Aufwand - ohne zu tragfähigen und zufrieden stellenden Ergebnissen zu gelangen.

Der Weg, ein Urteil zu fällen, ist letztlich ein zur Gewaltfreien Kommunikation konträr stehender Ansatz – denn er beruht auf dem Prinzip von Richtig und Falsch, Gut und Böse, Recht und Unrecht.

Es kann manchmal sicher gute Gründe geben, diesen Weg einzuschlagen, Fakt ist allerdings, dass eine Lösung nach diesen Paradigmen oft misslingt. Weder die Lösung des Ehestreits, noch die Lösung nationaler und internationaler Konflikte – z.B. die Aufstände in französischen Vororten, die aktuellen Konflikte in Afrika oder in den Kriegen beim Auseinanderfallen des ehemaligen Jugoslawien. Wer hat recht, wer hat angefangen, wer ist Schuld an der Miesere? Und selbst wenn das bestimmt werden kann, wäre der Weg zu konstruktiver Veränderung noch nicht einmal begonnen.

Mediation beruht auf Verständigung auf der Eben der Interessen und Bedürfnisse.

Friedensmarsch in Jugoslawien

1994 habe ich mich an einem Friedensmarsch durch das zerfallende Jugoslawien beteiligt: Wir sind mit circa 80 Personen durch die zerbombten und zerschossenen Dörfer und Städte gegangen. Übernachtet haben wir jeweils bei einer lokalen

Gemeinde oder Gemeinschaft. Dort haben wir am Abend Gespräche gesucht und auf Treffen mit Vertretern unterschiedlicher, z.T. verfeindeter Gruppen und Religionsgemeinschaften gesprochen. Wir haben versucht, sie darin zu unterstützen, Gehör zu finden für ihre Lage und mitzuteilen, was für sie wichtig ist – und miteinander als Menschen zu reden.

Die Lage im ehemaligen Jugoslawien und den neugegründeten Staaten war und ist ja sehr komplex. Doch war für mich im Zuge des Friedensmarsches und in den Jahren danach, in denen ich weiterhin Diavorträge zu diesem Thema gehalten habe, erkennbar, dass Einigungen in dieser Krisenregion auch mit der Erkenntnis zu tun hatten, dass das Einander-Schuld-Geben nur zu größerer Eskalation und Gewalt führt und keiner Seite dauerhaft Frieden bringt. Schließlich ist auch auf politischer Ebene etwas von den Kenntnissen darüber an gekommen, wie man Dialoge führen kann. Wichtig ist, dass die Menschen bereit sind überhaupt teilzunehmen, dass die Dialoge als fair angesehen werden und dass alle Betroffenen einbezogen werden.

Kommunikation im Umweltministerium

Ein anderes Beispiel stammt aus meiner Zeit Ende der 80er Jahre in Niedersachsen. Ich war dort an der Organisation eine Reihe von Umweltschutz-Projekten beteiligt.

Über 2-3 Jahre hatten wir uns mit dem Büroleiter im Umweltministerium gerieben, mit verschiedenen Verwaltungsangestellten gesprochen und eine Menge toller Aktionen durchgeführt. Einige dort in der Verwaltung und Politik waren ziemlich beeindruckt von uns und entwickelten durchaus Sympathie.

Schließlich stand die Aktion „Rad-tour Rostock – Bremen“ auf dem Programm – direkt nach der Wende. Daran beteiligten sich letztlich über 5000 Menschen.

Schließlich hatten wir die Gelegenheit, ein Gespräch direkt im Büro der Umweltministerin zu bekom-

men. Ich war dort als der einzige Vertreter unserer Initiative eingeladen, aber vor dem Portal zum Ministerium wartete eine ganze Horde motivierter Radfahrer.

„Ihr seid ja ziemlich oberflächlich und nehmt ja keine Rücksicht, habe ich den Eindruck“, so begann die Umweltministerin das Gespräch.

Darauf hätte ich natürlich sofort mit „Na, sie haben sich ja auch von der Politik kaufen lassen“ antworten können. Oder es denken können.

Dann wäre das Gespräch ganz anders verlaufen. Allenfalls hätte sie meine Analysen angehört. Aber ich glaube kaum, dass das dort irgendetwas bewirkt hätte.

Stattdessen erinnere ich mich, wie ich nach kurzem Überlegen und aufgeregt wie ich war sagte: „Ah, ihnen wäre wichtig dass wir sehen, dass es auch gemeinsame Anliegen gibt, dass wir sehen, wo Zusammenarbeit sinnvoll ist“.

„Ja genau“ sagte sie. Ich hatte offenbar zumindest einen Aspekt verstanden, der ihr wichtig war, und konnte merken, wie die Entspannung im Raum zunahm. Sie fragte dann „Was ist denn Euer Anliegen?“.

Wau, das war großartig: Ich wurde gefragt und hatte Raum, aus meiner Erfahrung mit Jugendumweltarbeit zu berichten.

„Jugendinitiativen“ sagte ich, „brauchen schnelle Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Ideen. Wenn sie erst lange und bürokratische Förderanträge stellen müssen, die erst nach 6 Monaten bearbeitet werden, dann sind die Ideen und Impulse verpufft. Es müsste so etwas wie einen Feuerwehrfonds für Jugendprojekte geben.“

„Ich möchte solche Gruppen gern unterstützen, wenn ich kann“, sagte sie. „Ich werde prüfen, was möglich ist.“ Zwei Wochen später erhielten wir für die Radtour Rostock-Bremen einen Zuschuss von einigen tausend Euro. Und außerdem hatte sie tatsächlich im Umweltministerium einen Fond speziell für kurzfristige

Jugendprojekte eingerichtet. Es war in dem Gespräch gelungen, eine Brücke herzustellen.

Dieses Gespräch hat mir auch gezeigt, wie sehr es auf unsere Haltung und unsere Art zu kommunizieren ankommt. Noch zwei Jahre später erinnerte sich die Umweltministerin an den Kontakt und bot mir ein Gelände für das AufTakt-Umweltfestival – eine Veranstaltung mit knapp 10.000 TeilnehmerInnen, die für einen anderen Lebensstil eintraten – nahe bei Hannover an (3).

Dieses Beispiel verdeutlicht meines Erachtens auch, dass die Gewaltfreie Kommunikation keineswegs bedeutet, lieb und nett zu sein, sondern vielmehr deutlich für die eigenen Interessen einzutreten.

Bedürfnisse der Gegenseite hören

Von Marshall Rosenberg sind viele beeindruckende Beispiele zur Anwendung der Gewaltfreien Kommunikation bekannt. Hier ein **Beispiel** von einer Mediation zwischen Anführern muslimischer und christlicher Stämme in Nord-Nigeria (1).

In diesem Konflikt war im letzten Jahr $\frac{1}{4}$ der Dorfbevölkerung getötet worden: 100 von 400 Personen der Ortschaft. Vor allem gab es eine Auseinandersetzung darüber, wer auf dem Markt wie viele und welche Stände aufbauen darf. 12 Anführer saßen an der einen Seite des Tisches, 12 an der anderen.

Marshall begann damit zu sagen: „Ich bin zuversichtlich, dass wir den Konflikt lösen können, wenn beide Seiten wirklich ihre Bedürfnisse mitteilen und verstanden werden. Dass wir dann auch einen Weg finden, sie alle zu erfüllen.“ Er fragte dann: „Welche Eurer Bedürfnisse werden nicht erfüllt?“

Ein Sprecher der Christen rief: „Ihr Leute seit Mörder.“ Beachte: Als Marshall fragte „Welches Bedürfnis ist nicht erfüllt“, antworteten sie damit zu sagen, was falsch an der anderen Seite ist. Das erregte einen Gegenvorwurf. Jemand von der muslimischen Seite rief: „Ihr wollt

uns unterdrücken und beherrschen – aber wir tolerieren das nicht länger.“

Was Marshall dann machte, war, die Verurteilung „Ihr seit Mörder“ zu übersetzen in eine Sprache über die Bedürfnisse. Denn die Gewaltfreie Kommunikation basiert auf dem Wissen, dass jeder Ausdruck von Gewalt ein tragischer Ausdruck unerfüllter Bedürfnisse ist.

Marshall sagte: „Ist das was sie meinen, dass ihr Bedürfnis nach Sicherheit nicht erfüllt ist und dass sie irgendeine Art von Übereinkunft wollen, diesen Konflikt anders als mit Gewalt zu lösen?“ Der christliche Chief war einen Augenblick geschockt, denn das war eine andere Rückmeldung als die, an die die meisten Menschen gewohnt sind. Denn Marshall hatte die Bedürfnisse hinter den Verurteilungen wahrgenommen und diese als Vermutung mitgeteilt. Der Chief sagte dann: „Ja, das ist genau das was ich meine.“

Aber es reichte nicht, dass Marshall das Feindbild transformieren konnte. Es war wichtig, dass auch die moslemische Seite diesen Blick auf die Bedürfnisse einnehmen konnte. Dass die Bedürfnisse auch von der anderen Seite gehört wurden. Marshall sagte zu den Moslems: „Kann einer von Euch sagen, welche Bedürfnisse ihr gehört habt, die der Sprecher der Christen genannt hat?“

Ein Mann von der moslemischen Seite rief zurück: „Dann, warum habt ihr meinen Sohn getötet?“ In der Tat gab es 3 Männer auf der moslemischen Seite, die wussten, dass auf der anderen Seite jemand stand, der den Sohn getötet hatte.

Es gab also eine Menge Emotionen. Die Muslime mussten ihren Ärger zunächst solange zurück halten, bis sie die Bedürfnisse der Christen gehört hatten. Das war nicht leicht und zunächst konnten sie es nicht.

Marshall musste ihnen zunächst viel Empathie geben, bevor sie das tun konnten. Aber schließlich bekam Marshall sie so weit, eine wichtige Sache zu hören: Dass die Christen ein Bedürfnis nach Sicherheit hatten.

Dann sagte Marshall zur muslimischen Gruppe: „Jetzt, nach dem sie die Bedürfnisse der anderen Seite gehört haben, möchte ich, dass sie mir Ihre nennen.“ Der muslimische Anführer wiederholte „Sie versuchen uns zu beherrschen und zu unterdrücken.“ Er konnte das Bedürfnis nicht nennen, sondern nur Beurteilungen über die andere Seite. Marshall half ihnen: „Ihr möchtet ein gleichwertiges Mitglied dieser Gemeinschaft sein, ist es das was ihnen wichtig ist?“ Der Chief bestätigte das.

Es hat Marshall eineinhalb Stunden gekostet, beide Seiten dahin zu bekommen, das Feindbild - Denken lange genug zu verlassen, um ein Bedürfnis der anderen Seite zu hören.

An diesem Punkt kam einer der Chiefs zu Marshall und sagte zu ihm: Wir können das nicht an einem Tag lernen, aber wenn wir diesen Weg der Kommunikation lernen, dann müssen wir uns nicht länger umbringen! Wir möchten gern, dass sie uns das beibringen.

Gesellschaftliche Wege

Die Anwendung der Gewaltfreien Kommunikation im gesellschaftlichen Kontext bedeutet sehr oft, auf Basis guter Beziehungen nach Wegen für strukturelle Veränderungen zu suchen. Strukturen zu begründen, die Werte wie Respekt, Freiwilligkeit und Verständigungsorientierung widerspiegeln.

Daher zum Schluss noch ein paar weitere Anmerkungen hierzu. Ich möchte ein paar Beispiele nennen, zu denen ich aus eigener Projekterfahrung etwas sagen kann.

a) Bildung und Erziehung

In der Region Nienburg-Steyerberg in der ich wohne, haben wir in den letzten Jahren einen Kindergarten und eine Schule gegründet. Beide in freier Trägerschaft und auf Grundlage von Mediation und Gewaltfreier Kommunikation, welche auch im Konzept verankert sind.

Es ist unser Anliegen, mit diesen Einrichtungen das Paradigma von Bewertung und die damit einhergehenden strukturellen Aspekten von

Gewalt so weit wie möglich zu verlassen und uns auf das Lernen aus eigenem Antrieb heraus auszurichten.

Gerade im Bildungsbereich, also in Schulen, Universitäten, Kindergärten und in Ausbildungen bestehen Chancen, den Lernenden ganz wesentliche Impulse mitzugeben: Nämlich die Fähigkeit, Kontakt und Beziehung herzustellen auch dann, wenn Konflikte bestehen, sowie Ziele gemeinschaftlich zu verwirklichen. Dies ist meines Erachtens eine Kompetenz, die nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für eine Gesellschaft, wenn sie entwicklungs-fähig sein will, von größter Bedeutung ist.

Die Fähigkeiten zu konstruktiver Konfliktlösung und Mediation sind meines Erachtens Schlüsselqualifizierungen innovativer Betriebe von morgen und für eine friedvolle Gesellschaft.

Die Gewaltfreie Kommunikation und Mediation schafft einen klaren Rahmen, um an Veränderungen bestehender Strukturen zu arbeiten. Gleichzeitig bilden sie die Orientierung, um neue Organisationsformen und Kristallisationspunkte zu kreieren, die Werte des Miteinanders und der konstruktiven Kooperation verkörpern.

Beides: Das Verwandeln von Bestehendem und das Erschaffen von Neuem sind Teil von politischem und sozialem Gesellschaftswandel.

b) Räume, in denen Menschen entsprechend ihren eigenen Interessen aktiv werden können, z.B. Projektwerkstätten oder Achtsamkeitshäuser (3, 4):

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre war ich am Aufbau von ca.15 Projektwerkstätten in Deutschland beteiligt. Aktuell gibt es das Achtsamkeitshaus in Steyerberg.

Sicherheit in einem wertschätzenden gemeinschaftlichen Kontext bei gleichzeitiger Freiheit und Selbstbestimmung! Dies ist eine besonders kraftvolle Kombination. Es sind zwei der kennzeichnenden Elemente dieses Hauses.



Außerdem ermutigen sie uns dabei, zunächst innere Klarheit über unsere eigenen Gefühle und Bedürfnisse herzustellen, bevor wir in Aktion verfallen. Denn einfach viel tun, ist keine Kunst: Kraft und Nachhaltigkeit haben hingegen Handlungen, die tatsächlich mit den Bedürfnissen der Beteiligten in Verbindung stehen.

Wir können, so meine ich, in unserer Gesellschaft noch viel darüber Lernen, wie Ort beschaffen sein müssen, die einen guten Rahmen bilden für selbstbestimmtes Engagement in Gemeinschaftlichkeit.

Die Erfahrung, wie attraktiv Orte wie das Achtsamkeitshaus in Steyerberg sind und was sie hervorbringen können, ist für mich immer wieder beeindruckend.

Das Haus dort war ein Ort zur Orientierung für viele Menschen in den letzten Jahren und Keimzelle zahlreicher Projekte, für internationale Austausche, Bildungsveranstaltungen und Entwicklung beruflicher Perspektiven.

c) Das Bedingungslose Grundeinkommen (2)

Und zu guter letzt noch der Hinweis auf das Bedingungslose Grundeinkommen. Was mich daran überzeugt, ist der konsequent bedürfnisorientierte und meines Erachtens humanistische Ansatz. Die Sichtweise, dass Menschen das Kollektiv, also die Gemeinschaft, nicht ausnutzen, sondern sich sinnvoll in sie einbringen

wollen und können - wenn sie Vertrauen, Rückhalt und eine Basis-sicherheit erfahren.

So zu denken ist neu. Aber die Erfahrungen im erwähnten Achtsamkeitshaus und in vielerlei Gemeinschaften und Projekten lehren mich eben genau darauf zu vertrauen.

Wenn wir einander begegnen, macht es Freude zusammen zu gestalten. Und wir dürfen uns hierbei vertrauen.

Wer Lust hat, kann mehr zur Gewaltfreien Kommunikation und ihrer Anwendung in gesellschaftspolitischer Arbeit in meinem Workshop am Nachmittag erfahren, sowie morgen beim Seminartag. Außerdem besteht jetzt noch Raum für Fragen und Anmerkungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Quellen:

-Rosenberg, Dr. Marshall B., „Die Sprache des Friedens sprechen“, Junfermann-Verlag, Neuaufgabe 2011 (1)

-Werner, Götz, „Einkommen für alle“, Bastei Lübbe Verlag, 2011 (2)

-Torbecke, Nolte, Sperling „Bewegung kommt von unten“, Verlag die Werkstatt/AOL,1996 (3)

-Achtsamkeit und Verständigung e.V. / Achtsamkeitshaus: www.av-ev.de (4)

Dieser Vortragstext ist ab dem 1.2.2012 auch über die Homepage www.konflikttransformation.de verfügbar

Renate Wanie

Die Gewaltfreie Aktion - Grundlage des politischen Handelns



1. Geschichte

„Auge um Auge, Zahn um Zahn“ führt nur zu einer Welt von Blinden und Zahnlosen. Deshalb sehen wir in der Werkstatt in dem Konzept der Gewaltfreien Aktion, wie es Mahatma Gandhi und Martin Luther King entwickelt haben, einen intelligenten und Erfolg versprechenden Weg zu einer friedlichen Gesellschaft.

Mahatma Gandhi nannte diesen Weg „Satyagraha“ (Festhalten an etwas als wahr Erkenntem oder auch gewaltfreien Widerstand) wie

beispielsweise den Salzmarsch 1930, den symbolischen Brennpunkt einer Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen das staatliche Salzmonopol der englischen Herrschaft in Indien. *Martin Luther King*, Vordenker und Aktivist der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den 50er und 60er Jahren, sprach von der „Kraft zum Lieben“ (Hass soll durch Liebe, Lüge durch Wahrheit und Gewalt durch schöpferische Aktionen überwunden werden). Weniger bekannt ist die Aktivistin und Theoretikerin *Henriette Roland Holst*

aus den Niederlanden. Mit ihrem pragmatisch-politischen Verständnis von Gewaltlosigkeit nahm sie maßgeblich Einfluss auf die internationale Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.

Weltweit sind Widerstandsbewegungen heute von Gandhis und Kings Konzepten geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Konzept der Gewaltfreien Aktion weiterentwickelt, beeinflusst durch vielfältige soziale Bewegungen und die Friedens- und Konfliktforschung. Auf der internationalen Ebene sind z.B. *Johan Galtung* und *Gene Sharp* zu nennen, in Deutschland gelten *Theodor Ebert* und *Gernot Jochheim* als wichtige Theoretiker.

Eine bedeutsame und zugleich folgenreiche Aktion wurde in den 50er Jahren in den USA von einer Frau ausgelöst: Einfach sitzen geblieben ist die schwarze Näherin und Vorsitzende der „National Association for the Advancement of Colored People“ (NAACP), *Rosa Parks*, als sie ein Busfahrer in Montgomery / USA aufforderte, einem Fahrgast mit weißer Hautfarbe Platz zu machen. Mit dieser bewussten Verweigerung - eine Form Gewaltfreier Aktion - begann eine der spektakulärsten und erfolgreichsten gewaltfreien Kampagnen gegen die Rassengesetze in den USA und gegen die Segregation von Schwarzen: der Busboykott von Montgomery im Jahr 1955, initiiert von der Bürgerrechtsbewegung um *Martin Luther King*. Sicherlich war diese Verweigerung *Rosa Parks* auch der persönliche Ausdruck ihrer Sehnsucht nach menschlicher Würde und Freiheit in einer Zeit massiver rassistischer Gewalt und Apartheid.

2. Motivationen

Was sind die Beweggründe für die Teilnahme an einer spektakulären

gewaltfreien Aktion, wie sie z.B. Rosa Parks durchgeführt hat? Der Friedens- und Konfliktforscher Gernot Jochheim nennt drei Motivationen (Jochheim 1984, S. 78f):

Viele Menschen begründen ihre gewaltfreie Haltung aus **religiösen Motiven**, z.B. mit einem biblischen Bezug auf die Bergpredigt im Matthäus-Evangelium, wie z.B. Tolstoi und King. Auch Gandhis Motivation ist religiösen Ursprungs, geprägt vom Hinduismus. Entscheidend in der gewaltfreien Haltung bestärkt hat ihn nach eigenen Aussagen ebenfalls Henry Thoreau mit seiner eher anarchistischen Schrift „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“ (1848/49).

Die **humanistische Motivation** beruht auf der Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde als höchste Werte. Zwischen den Zielen und Mitteln einer Gesellschaftsveränderung müsse eine Beziehung erkennbar sein. Wer also eine gewaltfreie Gesellschaft anstrebt, muss auch bei den Aktionen, mit denen das Ziel erreicht werden soll, auf Gewalt verzichten. Mit seiner Schrift „Empört Euch!“ ist aktuell der französische Schriftsteller Stephane Hessel beispielhaft für diese Haltung.

Doch bereits Anfang des letzten Jahrhunderts entwarf auch Henriette Roland Holst z.B. das Konzept einer gewaltfreien Revolution und erklärte: Anders als für die Jesuiten und anders als für die imperialistische Klasse könne das Proletariat „seine große Kraft erst dann ausüben, wenn es nach den Zielen (Menschheit einigen, sie empor zu führen zur Brüderlichkeit und Freiheit) mit den Mitteln strebt, die mit den Zielen übereinstimmen. Gewalt und Grausamkeit gehören zu diesen Mitteln nicht, ebenso wenig schändliche List“ (Jochheim 1984, S. 87), gemeint ist z.B. Spionage, Bestechung.

Eine **pragmatische Motivation** beruht auf der Erkenntnis, dass in unserer Gesellschaft mit Gewalt oder Androhung von Gewalt Konflikte nicht wirklich gelöst werden

können und diese Methoden eher zur Konflikteskalation beitragen. Hier werden gewaltförmige Aktionsformen abgelehnt, weil die Kosten der Gewalt häufig größer sind als der Gewinn durch gewaltförmiges Handeln.

Häufig anzutreffen ist auch die **taktische Motivation**. Sie orientiert sich an Überlegungen der aktuellen Nützlichkeit. So spricht beispielsweise Tadzio Müller von der Interventionistischen Linken (IL) in einem TAZ-Interview vom 26.1.12 davon, den Begriff des zivilen Ungehorsams strategisch und „schlicht als radikalen Regelbruch“ zu verwenden, der von vielen Menschen politisch als legitim angesehen werde. Diese Form nicht gewalttätiger Aktion wird nicht in ein gewaltfreies und eskalierendes Gesamtkonzept eingebunden, sondern als Einzelaktion taktisch eingesetzt. Ein Beispiel hierfür sind die vielen Sitzblockaden, die seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 als Aktionsform zivilen Ungehorsams durchgeführt werden. Können mit spektakulären Einzelaktionen gesellschaftliche Konflikte dramatisiert und Veränderung erreicht werden? Bekommt der zivile Ungehorsam ohne diese Einbindung möglicherweise einen inflationären Charakter? Ziviler Ungehorsam ist nach gewaltfreiem Verständnis dann legitim, wenn zur Abwendung des Unrechts bereits andere legale Mittel ausgeschöpft wurden und sich als wirkungslos erwiesen haben.

3. Gewaltfreie Aktion

„Gewaltloses Handeln bedeutet nicht einfach Gewaltverzicht oder Konfliktvermeidung, sondern aktives Eingreifen in eine politische Auseinandersetzung. Die Gewaltfreie Aktion ist eine kämpferische Methode, gesellschaftliche Konflikte auszutragen. Dabei entsprechen die Mittel dem Ziel. Der Schlüssel ihrer Wirksamkeit liegt im bewussten Verzicht auf den Einsatz von psychischer und physischer Gewalt gegen den politischen Gegner.“ (Wanie 2012, S. 37f)

Die „Gewaltfreie Aktion ist die Form der (politischen, R.W.) Kon-

fliktaustragung, die aus der Haltung der Gewaltfreiheit resultiert und bei der bewusst auf verletzende oder tödende Gewalt verzichtet wird.“ (Gugel 1996, S. 16) Dabei wird nicht die Person des Gegners angegriffen, sondern seine gegenwärtige Rolle als Repräsentant in einem ungerechten System. Die Trennung von Person und Rolle trägt zum Feindbildabbau bei und eröffnet neue Handlungsperspektiven.

In den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat sich in der Friedens- und Konfliktforschung wie auch in den sozialen Bewegungen ein Konzept der Gewaltfreien Aktion entwickelt, bei dem die Menschenrechte, die Menschenwürde und ein Menschenleben als höchstes Gut angesehen werden.

Dabei stehen Kommunikation und politische Konfliktbearbeitung im engen Zusammenhang: „Aktive Gewaltfreiheit beruht immer auch auf einer auf Verständigung ausgerichteten Kommunikation. Ein Grundpfeiler gewaltfreien Widerstandes ist der Dialog - die Dialogbereitschaft. (...) Mit Dialog sind all jene Gespräche und Kontaktaufnahmen mit dem Konfliktgegner und all jenen gemeint, die am Konflikt beteiligt sind.“ (Wanie 2012, S. 42) Auch die AkteurInnen aller beteiligten Aktionsgruppen. Dialog gelingt nur über die Bereitschaft anzuerkennen, dass andere eine eigene Wahrheit haben, und zuzuhören, um etwas vom anderen zu erfahren. „Im Mittelpunkt gewaltfreier Konfliktbearbeitung steht das direkte Gespräch von Mensch zu Mensch. Kommunikation und politische Konfliktbearbeitung stehen im engen Zusammenhang.“ (ebd.)

Die Gewaltfreie Aktion wird auch als eine erfolgversprechende (Kampf-) Technik in politischen Auseinandersetzungen verstanden. Das bedeutet, dass eine gewaltlose Aktion eine Sozialtechnik ist, die aus zweckrationalen Gründen eingesetzt wird. Eine legitime pragmatische Variante, wie sie auch in der Vorbereitung der Gruppen von „Block G8“ gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 angewandt wurde.

4. Trainings

Doch allein der Wunsch, gewaltfrei handeln zu wollen, reicht nicht aus. Man muss auch über entsprechende Verhaltensweisen verfügen. Gewaltfrei handeln will geübt sein. Davon haben sich offensichtlich auch viele Akteure der Revolution in Ägypten im Jahr 2011 überzeugen lassen und lange vor den Großdemonstrationen an zahlreichen Trainings in Gewaltfreier Aktion teilgenommen und trotz staatlichen Terrors weitgehend an der Gewaltlosigkeit festgehalten.

Was sind Trainings in Gewaltfreier Aktion? Was haben sie zum Ziel? Welche Arten gibt es? Wer zu einer Sitzblockade, z.B. während des 60. NATO-Gipfels 2009 nach Straßburg fuhr, machte sich über die Risiken Gedanken und bereitete sich auf die Situation vor. Trainings in Gewaltfreier Aktion bieten die Möglichkeit, konkrete Verhaltensweisen einzuüben. Auch Rosa Parks hat sich 1955 in einem Training auf ihre Aktion im Bus von Montgomery vorbereitet.

Drei Grundformen eines Trainings sind zu nennen:

- Aktionstrainings für die Vorbereitung einer konkreten Aktion (auf Anfrage für Gruppen sowie ausgeschriebene Trainings für Einzelpersonen, z.B. in einer Stadt oder Region)
- Grundlagen-orientierte Trainings, z.B. über Gewaltfreiheit, Umgang mit Aggression und Angst, das Erstellen von Situationsanalysen und der Strategieplanung
- Themenorientierte Trainings, die sich auf einen konkreten Themenbereich beziehen, wie z.B. Zivilcourage, Rassismus, Boykott.

Das Aktionstraining enthält u.a. folgende Elemente:

- das Kennen lernen der Beteiligten und die Bezugsgruppenbildung
- das Einüben des Konsensentscheidungsverfahrens
- das Einüben von Verhaltensweisen, um sie in den zu erwartenden Situationen anzuwenden

- praktische Übungen und Rollenspiele, die auf die zukünftige Aktion vorbereiten
- und Übungen, die die Bereitschaft zum konstruktiven Dialog erhöhen.

Andreas Traupe, freier Trainer in der Werkstatt, erklärte nach der erfolgreichen Großblockade in Heiligendamm gegen den G8-Gipfel, eine der tragenden Säulen des Erfolgs sei die Trainingsarbeit gewesen, die es bis 2007 in dieser Größenordnung noch nicht gegeben hatte. Damals entstand ein Netzwerk von rund 30 TrainerInnen. In den Wochen vorher fanden mehr als 100 Aktions- und Blockadetrainings statt.

Trainings regen *soziale Lernprozesse* an. Die Teilnehmenden lernen aus ihren Erfahrungen, bekommen die Chance, notwendige Verhaltensänderungen in den Blick zu nehmen und entwickeln dabei soziale und politische Fantasie.

5. Gewaltfrage

Aktuell gibt es in München eine Kontroverse zum Einsatz von Gewalt, die in Gruppen aus den sozialen Bewegungen geführt wird. Bei der Frage der Sachbeschädigung gehen auch in anderen Gruppen die Meinungen auseinander. Im Verständnis von einigen Akteuren kann Sachbeschädigung durchaus ein Mittel sein, Protest und Druck auszuüben, wie z.B. die Aktionen von „Gendreck weg“ – Freiwillige Feldbefreiung“ gegen den Ausbau von gentechnisch verändertem Mais, wo die Gen-Maiskörner von AktivistInnen wieder aus der Erde geholt wurden. Ein weiteres Beispiel ist die neue Aktionsform „Schottern“, bei der die Steine zwischen den Bahngleisen entfernt werden, um die Schiene unbrauchbar zu machen und den Transport der Castor-Züge zu behindern und zu verzögern. Kritik geübt wird dabei am Verhalten der Akteure, die sich beim Auftreten der Polizei „in die Büsche schlagen“. Im Verständnis der Gewaltfreien Aktion übernehmen die Aktiven persönliche Verantwortung für ihre Aktionen. Bei möglichen Folgen (z.B.

juristische) nach einer Aktion bietet eine Soligruppe ihre Unterstützung an.

„Gewaltfreie Aktionen unterscheiden sich von gewaltsamen dadurch, dass ihre Protagonisten bei ihren dramatisierenden Maßnahmen die politischen Gegner und Unbeteiligte nicht verletzen, weder physisch noch psychisch. Lassen sich Sachbeschädigungen im Zuge der Aktionen nicht vermeiden, so wird – neben der Begrenzung der Sachbeschädigungen – darauf geachtet, dass die Akteure persönlich die Verantwortung für ihre Aktionen übernehmen. Die anonyme Sabotage ist keine Form der gewaltfreien Aktion.“ (Ebert 2011 S. 159)

“Gewaltfreiheit schließt prinzipiell verletzend und tödende Gewalt gegen Menschen aus. Dennoch gibt es zu der Frage der Gewalt gegen Sachen bei gewaltfreien Aktionen zwei Positionen, die sich zusammenfassend so formulieren lassen:

- Gewalt gegen Sachen schreckt potenzielle Verbündete ab und liefert eine Legitimation für weitergehende Unterdrückung durch die Herrschenden. Gewalt gegen Sachen kann sich zur Gewalt gegen Personen ausweiten, indem ein Klima der Gewalt entsteht und dabei die Kontrolle über die Art der angewandten Mittel verloren geht.
- So weit wie möglich wird auf Beschädigung fremden Eigentums verzichtet. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass der Schutz von Eigentum den Kampf für eine menschlichere Gesellschaft nicht verhindert. Wichtig ist dabei, dass niemand, weder Gegner noch Verbündete, diesen Schritt als Abkehr vom Prinzip „Keine Gewalt gegen Menschen“ missversteht.“ (Gugel 1996, S. 203/204)

Es soll hier auch nicht „um eine Verurteilung derjenigen (gehen), die zu der Überzeugung gelangen, Gegengewalt anzuwenden zu müssen. Wer Gegengewalt übt, ist kein Passiver, kein Feigling. Auch er stellt sich dem Unrecht, er kämpft mit Entschieden-

heit für seine Überwindung.“ (Goss-Mayr 1979, S. 169) Einzuwenden ist jedoch, dass Gewalt nur scheinbar Klarheit in einer komplizierten und undurchsichtigen Welt schafft. Relativ eindeutig ist hingegen das Gefühl, die eigene Ohnmacht zu überwinden. Vier Argumente gegen Gewalt möchte ich hier nennen:

- Wer Gewalt ausübt, bleibt in der **Sprache der Gewalt** gefangen; er/sie durchbricht nicht das System der Gewalt, das die Welt beherrscht (wie z.B. die Kriegführung oder der Kasino-Kapitalismus), sondern nährt dieses System, eskaliert es in sich und in der Protestbewegung oder im Befreiungskampf; er/sie pflanzt das System der Gewalt in die neue Situation in neuer Gestalt ein.
- **Rache:** „Wenn man Gewalt einsetzt, erzeugt das beim Opfer und bei den Hinterbliebenen im Allgemeinen eine sehr einfache Rachepsychologie.“ (Galtung 1995, S. 162)
- **Irreversibilität:** Gewalt ist nicht rückgängig zu machen. Galtung sagt dazu: „Ich selbst habe das Prinzip, dass ich versuche, in einem Konflikt nur die Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die auch rückgängig zu machen sind.“ (ebd.)
- „Gewalt macht blind, ihr **autoritärer Charakter** steht in völligem Gegensatz zum von allen angestrebten Ziel der gesellschaftlichen Selbstbestimmung.“ (Hertle 2011, S. 258)

„Bei den Protesten in Strasbourg 2009 gegen den 60. NATO-Gipfel war das Ausmaß der Zerstörung groß. Wir werden nie herausfinden, welche der Gewalttaten in Strasbourg von agents provocateurs und welche von „echten“ DemonstrantInnen begangen wurden. Sicher ist, sie haben alle der Gegenseite gedient! Es ist ein allgemeiner strategischer Grundsatz: Gewaltfreiheit greift den staatlichen Gegner nicht dort an, wo er am stärksten ist: beim Monopol der Gewalt. Sondern dort, wo er am schwächsten

ist: z.B. bei der Legitimation seiner kriegerischen Aktivitäten. (...) Die Friedensbewegung wird nicht erfolgreich durch Gewalt, sondern durch kreative und beharrliche Kritik an Gewalt und Gewaltorganisationen wie der NATO.“ (Wanie 2011, S. 255) Die Gewaltfreie Aktion thematisiert gesellschaftliche Probleme und macht sie durch vielfältige Aktionen zu einem Bestandteil öffentlicher Diskussion. Doch durch einen aufsehenerregenden Schlagabtausch wird die Gewalt zum ausschließlichen Thema in den Medien und nicht das eigentliche Anliegen.

6. Gegenmacht

Die Gewaltfreie Aktion ist ein Mittel, um Gegenmacht zu gewinnen und im politischen Raum zu handeln. Mit der gewaltfreien Aktion erweitern wir unsere politischen Handlungsräume.

Dass dabei auf Gewalt verzichtet wird, bedeutet nicht, dass keine Machtmittel bzw. Druckmittel eingesetzt werden. Gewaltfreie Aktionen artikulieren nicht nur Protest oder konstruktive Alternativen, sie greifen kämpferisch und direkt ins bestehende soziale System ein. So können beispielsweise Streiks und Boykottaktionen sehr starke Mittel sein, um legitime umweltpolitische und menschenrechtliche Interessen durchzusetzen. So zwang z.B. Greenpeace den Konzern Shell allein schon mit der Androhung von Boykottaktionen in die Knie und stoppte die Versenkung der Ölplattform Brent Spar in der Nordsee. Ein historisches Beispiel ist der Busboykott von Montgomery 1955. Nach zwölf Monaten entschied der Oberste Gerichtshof in den USA, dass die Segregation in den Bussen verfassungswidrig sei.

Die Wirksamkeit Gewaltfreier Aktionen beruht auf der politischen Ebene und nicht auf einer militärisch-hierarchischen Zwangsebene. Der Friedensforscher Hans-Peter Nolting spricht davon, den Grad der Realisierung von Menschenrechten als Maßstab der Effektivität zu nehmen.

Nolting fragt, „wie weit und für wen führen kämpferische Methoden zu

einer Minderung personaler Gewalt, zu einer Verbesserung sozialer und kultureller Lebensbedingungen und zu einer Erweiterung persönlicher und politischer Freiheiten?“ (Nolting 1981, S. 183) Diese Frage ist sicherlich nie eindeutig zu beantworten, viele Werte lassen sich nicht quantifizieren. In Ägypten hat die weitgehend gewaltlose und nicht-hierarchische Protestbewegung bewiesen: Gut vorbereitete, nicht-hierarchisch organisierte Aktionen können zum Sturz eines Diktators führen - mit Entschlossenheit und Mut. Die Verbesserung sozialer Lebensbedingungen und die Einführung von Demokratie hingegen brauchen Zeit - viel Zeit, besonders in Gesellschaften, in denen das Militär, die Religion wie auch autoritäres Denken das öffentliche Leben dominieren.

In den europäischen Gesellschaften, in denen Demokratie verankert ist, geht es nicht nur darum, mit gewaltfreien Aktionen punktuell auf einzelne Sachfragen Einfluss zu nehmen (z.B. in der Energiepolitik). Wesentlich ist, „von unten“ einen Zugang zu Entscheidungsprozessen zu erzwingen (z.B. für eine umweltfreundliche und nachhaltige Energiepolitik). Dabei entstehen natürlich Konflikte. Denn, wenn eine quantitativ bzw. qualitativ gewichtige Zahl von Menschen Alternativen durchsetzen will, dann entstehen Konflikte. Die zentrale Frage ist, ob die oppositionellen Gruppen wie z.B. aus der Umwelt- oder Friedens- und Antikriegsbewegung, genügend Gegenmacht entwickeln, um ihre Ziele zu erreichen. Die Geschichte des gewaltlosen Widerstands kann reichlich Erfolge vorweisen: im Protest gegen ungerechte Verhältnisse und Missstände in Demokratien wie auch gegen diktatorische Gewaltregime.

7. Ziele

Was wollen wir mit gewaltfreien Aktionen erreichen? „Als Kern der Gewaltfreien Aktion wird ein Handeln im gesellschaftlichen Raum mit einer politischen Ausrichtung verstanden.“ (Gugel 1996, S. 19) Dabei wenden sich Gewaltfreie Aktionen in erster Linie um erlebtes oder geplantes Un-



recht, das die Lebensqualität und die Freiheit und Unversehrtheit vieler Menschen beeinträchtigt. Es geht um die Erlangung oder Erhaltung von Menschen- und BürgerInnenrechten sowie um die Abwehr und Bekämpfung von Formen struktureller und staatlicher Gewalt. Für (Zwischen-)Erfolge ist es förderlich, in kurz-, mittel- und langfristige Ziele zu unterscheiden.

Viele Beispiele lassen sich auch hier wieder aufführen, zu deren Bekämpfung vielfältige Methoden der Gewaltfreien Aktion eingesetzt und alternative Gegenentwürfe entwickelt werden: etwa gegen die weltweite Kriegführung der NATO, das Durchziehen des Bahnprojektes „Stuttgart 21“, den Bau von AKWs oder auch die Auswirkungen des Kasinokapitalismus.

Das Ziel Gewaltfreier Aktionen ist es, ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse wirksam zu verändern und auf eine die Menschheit gefährdende Entwicklungen Einfluss zu nehmen und letztlich Missstände zu beseitigen. Gesellschaftliche Konflikte werden zum öffentlichen Thema und ins Bewusstsein von Politik und Bevölkerung gerückt und bearbeitbar gemacht. Politisches Handeln wird möglich! Eine Gegenöffentlichkeit wird hergestellt. Ziel gewaltfreier Aktionen ist es, Gegenmacht aufzubauen und dabei eine große Zahl von Menschen aus der

Bevölkerung zu gewinnen. Letzteres ist in Stuttgart mit dem bürgerlichen Widerstand gegen das Großprojekt Stuttgart 21 gelungen, in Strasbourg beim Protest gegen die Kriegspolitik der NATO hingegen nicht. Zu sehr haben Zerstörung und Gewalteinsetz die Bevölkerung abgeschreckt. Je mehr eine Bewegung in der Bevölkerung verankert ist, um so höher ist der politische Preis, mit Gewalt gegen die Bevölkerung vorzugehen. (Laubenthal 2011, S. 281)

Ziel der Gewaltfreien Aktion ist es nicht, die GegnerInnen zu besiegen oder zu vernichten. Sondern auf die Veränderung des gegnerischen Willens hinarbeiten. Dazu Martin Luther King: „Warum direct action? Warum Sitzstreiks, Aufmärsche und dergleichen? Wäre der bessere Weg nicht der der Verhandlung gewesen? (...) Gerade das ist ja der Zweck der gewaltlosen direkten Aktion: Sie will eine Krise herbeiführen, eine schöpferische Spannung erzeugen, um damit eine Stadt (Montgomery, 1955), die sich bisher hartnäckig gegen Verhandlungen gesträubt hat, zu zwingen, sich mit den Problemen auseinander zu setzen. Sie will diese Probleme so dramatisieren, das man nicht mehr an ihnen vorbei kommt.“ (King 1964, S. 22)

Die gesellschaftsverändernde Auseinandersetzung und der Kampf gegen ein Unrecht und für Veränderung sind also nicht gegen den Men-

schen gerichtet, sondern gegen die Institutionen und die Handlungen aus Politik und Wirtschaft. Bei diesen werden Unrechtsstrukturen verfestigt (wie z.B. die FRONTX-Agentur, die Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen abwehrt und in der Folge im Mittelmeer ertrinken lässt) oder Gefahren heraufbeschworen, wie in Stuttgart mit der geplanten Zerstörung der Umwelt, d.h. von Natur und Sozialstrukturen, in der Stadt und auf dem Land.

Wer hat bei der Gewaltfreien Aktion mit wem einen Konflikt? Die Konfliktebene liegt in der Regel im Gegenüber von *BürgerInnen* kontra Staat (aktuell z.B. mit der Kritik aus der Bevölkerung an der Finanz- und Bankenpolitik der Bundesregierung) und zwischen *BürgerInnen* und *gesellschaftlichen Großgruppen* wie etwa der Rüstungsindustrie oder dem sogenannten „Kartell Stuttgart“ (Dazu gehören die Deutsche Bahn, Tunnelbohrmaschinen-Hersteller, Banken oder auch Verbände aus der Bauindustrie - für viele sicherlich ein Bombengeschäft!)

Grundlegend ist für das Konzept der Gewaltfreien Aktion, den Gegner nicht als Mensch zu bekämpfen, sondern seine gegenwärtige Rolle als Verantwortlicher für bestehende oder sich entwickelnde Unrechtsverhältnisse. Diese Trennung von Person und Rolle ist für den Dialog und den Abbau von Feindbildern

wesentlich. Auch für den politischen Gegner gelten die Menschenrechte.

8. Wirkfaktoren

Die Gewaltfreie Aktion ist in der Regel ein *Handeln in Gruppen*. In der Aktions- oder Bezugsgruppe werden wichtige Elemente des angestrebten gesellschaftlichen Wandels vorweggenommen: gewaltfreie Kommunikation, gleiche Beteiligung an (nichthierarchischen) Entscheidungsprozessen und demokratisches Zusammenleben und -arbeiten (gelebte konkrete Utopie). Eine Gruppe gibt Rückhalt und stärkt das Individuum. Die Gruppe gibt emotionale Geborgenheit, dort kann Kraft und Stärke vermittelt und Vertrauen aufgebaut werden. Auch das Gefühl von Ohnmacht ist in einer Gruppe leichter zu überwinden.

Ein wichtiges Hilfsmittel für jede Aktion ist das *Konsensverfahren*. Denn Entscheidungsfindung ist bei Aktionen ein permanentes Thema für die Gruppen. „An die Stelle des Mehrheitsprinzips tritt die freiwillige Übereinkunft aller Betroffenen und Beteiligten, wobei der Verschiedenheit der Einzelnen in der Gruppe entsprochen werden kann.“ (Wanie 2004, S. 33)

Bei der Konsentscheidungsfindung geht es nicht darum, die optimale Lösung für jede Einzelne zu finden, sondern darum, die Gruppe insgesamt *handlungsfähig* zu machen und zu gewährleisten, dass jedeR die gemeinsam gefundene Entscheidung mitträgt. Eine positive Erfahrung dabei ist, dass „mit den Ideen von allen Gruppenmitgliedern die Kreativität wächst und neue bessere Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.“ (ebd.)

Kennzeichen und Wirkfaktoren der Gewaltfreien Aktion sind:

- Bewusster Verzicht auf den Einsatz von Gewalt gegen Personen und Sachen (Gewalt gegen Sachen ist wie gesagt umstritten)
- sorgfältige Vorbereitung in Aktionstrainings
- (Bezugs-)Gruppen bilden (das

Prinzip der kleinen Gruppen, wie z.B. die Praxis bei den Quäkern oder die Grupos de afinidad im spanischen Bürgerkrieg)

- entscheiden im Konsens (gleichberechtigte Mitentscheidung)
 - soziales Lernen (in den Gruppen werden soziale Lernprozesse angeregt und gefördert)
 - Dialogbereitschaft (in allen Phasen des Konfliktes bleibt die Bereitschaft zu Gespräch und Verhandlungen bestehen)
 - Trennung von Person und Rolle
 - enge Verknüpfung von Mitteln und Zielen
 - Herstellen von Gegenöffentlichkeit
 - öffentliche Ankündigung der Aktion (keine Geheimhaltung)
 - konstruktive Alternativen zum kritisierten Unrecht (Gegenentwurf)
 - Analyse des politischen Konflikts als Voraussetzung zum Handeln (die AkteurInnen denken strategisch und beleuchten die Rahmenbedingungen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, gesellschaftliche Traditionen, das Ansehen von Autoritäten, die Medienöffentlichkeit und juristische Schritte)
 - Beharrlichkeit und konstruktive Streitbarkeit
 - Bereitschaft zum Risiko (Die Gewaltfreie Aktion ist keine Wundertüte!)
 - Freiwilligkeit und eigene Entscheidung, an einer Aktion teilzunehmen.
- „Gemeinsam ist den Methoden Gewaltfreier Aktion (und dies unterscheidet sie von weniger zahlreichen Arten der bewaffneten Aktion): Bei allen Gewaltfreien Aktionen handelt es sich um personale Aktionen, d.h. jeder Akteur steht für sich als identifizierbare, zivile Person und folgt als solche keinen Befehlen, sondern freiwillig den eigenen Überzeugungen. Jede Person entscheidet zu jeder Zeit

selbst, ob sie sich an einer Aktion in dieser oder jener Form beteiligen oder von ihr Abstand nehmen will.“ (Ebert 2011, S. 162)

- vielfältige Aktionsformen (vgl. „Methoden Gewaltfreier Aktion“). Der US-amerikanische Soziologe Gene Sharp hat 198 Methoden Gewaltfreier Aktion beschrieben und mit geschichtlichen Beispielen belegt. Sie werden ständig erweitert. (vgl. Auswahl Methoden Gewaltfreier Aktion, S. 54/55)

„Gewaltfreie Aktionen können zugleich Lernfelder für weitergehende gesellschaftliche Veränderung sein.“ (Hertle 2011, S.266)

9. Eskalationsstufen

Wie schon angesprochen, die Erfolge der Gewaltfreien Aktion beruhen nicht nur darauf, den Gegner zu überzeugen, sondern auch auf der Ausübung von Druck und Gegenmacht. Der Friedensforscher Theodor Ebert hat in einem 3-stufigen Eskalationsschema ein gewaltfreies Gesamtkonzept dargestellt. Je nach Analyse der politischen Situation können die Akteure auf jeder Stufe viele verschiedenartige Formen sozialen Drucks einsetzen, die in unterschiedlicher Weise gesellschaftliche Wirkung zeigen und schließlich mit konstruktiven Ideen und Projekten zur Veränderung beitragen.

- **Stufe 1: Protest**, wie z.B. die Großdemonstrationen gegen das Projekt „Stuttgart 21“
- **Stufe 2: Legale Nichtzusammenarbeit**, wie z.B. der wirtschaftliche Boykott von Shell 1995 („Brent Spar“) oder der Bildungsstreik an den Universitäten 2006
- **Stufe 3: Ziviler Ungehorsam**, ein Eingriff in das Funktionieren gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse. Handlungen, bei denen Anordnungen oder Gesetze des dominierenden Systems missachtet werden (z.B. die Massenblockade einer Zufahrt zum Militärflughafen der US Airbase 2003 in Frankfurt/M gegen den Kriegsbeginn im Irak oder die Besetzung des Tahirplatzes in Kairo 2011, der

Wallstreet oder der Puerta del Sol in Madrid)

Vgl. Schema „Eskalationsstufen Gewaltfreier Aktion“ (S. 53)

„Demonstrationen als solche führen nicht unmittelbar soziale Veränderungen herbei, zeigen aber den politischen Gegnern häufig ihren Verlust an Massenlegitimation und motivieren zu Reaktionen, sei es des Entgegenkommens oder der Unterdrückung.“ (Ebert 2011, S. 162) Zudem artikulieren Gewaltfreie Aktionen nicht nur Protest oder konstruktive Alternativen, sie greifen kämpferisch und direkt ins bestehende soziale System ein. So kann auch mit direkten Gewaltfreien Aktionen, wie z.B. mit einer großen Sitzblockade vor Rüstungsbetrieben und der geplanten Kampagne „Legt den Leo an die Kette!“ der aktuelle gesellschaftliche Konflikt um die Lieferung von 270 Panzern nach Saudi-Arabien zugespitzt werden.

Gewaltfreie Aktionen wollen die Probleme so dramatisieren, dass sie nicht länger ignoriert werden. Dabei bleibt auf allen Eskalationsstufen und **in allen** Phasen des Konfliktes die Bereitschaft zu Gespräch und



Verhandlungen bestehen. Auf der Basis gemeinsamer Überzeugungen, konsensueller Übereinkünfte und der Solidarität einer Gruppe öffnet sich ein Raum für gemeinsames und gewaltfreies Handlungsvermögen – nach dem Verständnis der politischen Philosophin Hannah Arendt

liegt darin ein Machtpotenzial.

Die Wirkmächtigkeit von Demonstrationen und Protestaktionen ist sehr stark vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld abhängig. Dazu zwei Beispiele: Unter der Überschrift „Saudiische Frauen brechen Fahrverbot“ berichtete die „Tageszeitung“ am 29.6.2011 über den Kampf von rund 60 Frauen in Saudi-Arabien für ihr Recht, Auto fahren zu dürfen. Um das Unrecht des Fahrverbotes für Frauen zu dramatisieren, haben die organisierten Frauen das Fahrverbot bewusst und öffentlich außer Acht gelassen. Im Königreich Saudi-Arabien ist dieser Widerstand der Frauen von hoher symbolischer Bedeutung.

„Eine gewaltfreie Aktionsform zivilen Ungehorsams, wie sie von den saudischen Frauen praktiziert wurde, zeigt in jedem Land eine andere politische Wirkung. Während Aktionen in dem einen Land völlig ungefährlich durchzuführen sind, können sie in einem anderen Land - wie im Fall des chinesischen Künstlers Ai Weiwei, der mit spektakulären Aktionen im Internet Korruption und Machtwillkür der chinesischen Regierung transparent machte - Gefängnisstrafen nach sich ziehen.

In einem repressiven System kann eine Gewaltfreie Aktion zivilen Ungehorsams besonders riskant sein. Aktionen zivilen Ungehorsams müssen gesellschafts-

bzw. kulturspezifisch ausgewählt werden.“ (Wanie 2012)

10. Ausblick

Viele Menschen sehen nur die vorherrschenden Gewaltverhältnisse in den inner- und zwischengesellschaftlichen Beziehungen und sie

folgen den verbreiteten Vorurteilen über den vermeintlich erfolgversprechenden Charakter der Gewalt. Für sie ist es nur schwer nachvollziehbar, dass der bewusste Verzicht auf Gewalt in gesellschaftlichen Konflikten eine besondere Wirksamkeit hat. Doch ist die Gewaltfreie Aktion als bewusste und reflektierte Handlungsweise, mit dem Ziel, politische Veränderungen zu erreichen, eine der bedeutendsten sozialen Erfindungen der neueren Geschichte. Die Gewaltfreie Aktion wirkt in emanzipatorischer Weise auf Veränderungsprozesse in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Gewaltfreie Aktion ist eine Herausforderung – sie bedeutet politische Verantwortung und Einmischung zugleich.

Eine „Verführung zur Gewaltfreiheit“ nennt der Friedensforscher und Friedensaktivist Andreas Buro die gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Dieser Gedanke birgt etwas Verlockendes. Wie Sie aus meinem Vortrag herausgehört haben: Mich lädt er dazu ein, mitzumachen!

Kurz zurück zu Rosa Parks: Wie ging der Sitzstreik von Rosa Parks im öffentlichen Bus aus? Mehr als 12 Monate hielten Rosa Parks und ihre schwarzen MitstreiterInnen den gewaltlosen Protest des Busboykotts durch. Sie hielten durch, bis die Segregation in den Bussen per Obersten Gerichtshof für verfassungswidrig erklärt wurde. Eine scheinbar lange Zeit für Protest und Widerstand. Auch hier war Beharrlichkeit angesagt. In Südafrika dauerte der Politikwechsel viele, viele Jahre, die Abschaffung der Sklaverei, u.a. auch durch gewaltfreie Aktionen, dauerte Jahrhunderte. „Gewaltfreiheit als Ziel verlangt Abbau aller gewaltförmigen Herrschaftsmittel und Strukturen auch auf dem Weg dorthin.“ (Hertle 2011, S. 266) Die Gewaltfreie Aktion setzt auf Zeit und öffentliche Auseinandersetzung und nicht unbedingt auf einen schnellen Sieg!

Sanft? Aggressionsfrei? Machtlos und deshalb wirkungslos? Von wegen! Gewaltfreie Aktionen können Diktatoren stürzen, diskriminierende

Rassengesetze abschaffen, Konzerne zu ökologischem Wirtschaften bewegen. Die Gewaltfreie Aktion ist die praktische Ausübung demokratischer Freiheiten und trägt zur Stärkung

unabhängiger gesellschaftlicher Gruppen bei. Sorgfältig ausgewählt, in Aktionstrainings vorbereitet und eingebettet in eine kluge Gesamtstrategie werden gewaltfreie Me-

thoden jedem Konzern und jeder Regierung Probleme bereiten und politisch wirksam werden!

Und ganz zum Schluss noch ein Gedicht von Kurt Marti:



machtverhältnis

die ohne macht
machen
die mächtigen
was machten
die mächtigen
machten
die ohne macht
nicht
was die mächtigen
machen?
mächtiger sind
als die mächtigen
die ohne macht

Literatur:

Ebert, Theodor (2011) in: Steinweg, Reiner / Laubenthal, Ulrike (Hg.): *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*, Frankfurt/M

Galtung, Johan (1995): *Gewaltlosigkeit funktioniert! Wirkungsweise und Aktualität gewaltlosen Widerstands*. Heidelberg / Freiburg

Gugel, Günther (1996): *Wir werden nicht weichen. Erfahrungen und Analysen*, Tübingen

Nolting, Hans-Peter (1981): *Lernschritte zur Gewaltlosigkeit*, Hamburg

Hertle, Wolfgang (2011): in: Steinweg, Reiner / Laubenthal, Ulrike (Hg.): *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*, Frankfurt/M

Jochheim, Gernot (1984): *Die Gewaltfreie Aktion. Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen*. Hamburg

Laubenthal, Ulrike (2011): *Wie bildet man eine Vereinigung mit Gewissen? Ziviler Ungehorsam in Massen*. In: Steinweg, Reiner / Laubenthal, Ulrike (Hg.): *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*, Frankfurt/M

Wanie, Renate (2004): *Probleme mit dem Mehrheitsprinzip. Konsens als Forderung der Gewaltfreiheit*. In: *Gewaltfreie Aktion, Baden* (Hg.): *Konsens. Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung*, Karlsruhe

Wanie, Renate (2011): *Neun Thesen für die Weiterarbeit nach Straßburg*. In: Steinweg, Reiner / Laubenthal, Ulrike (Hg.) (2011): *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*, Frankfurt/M

Wanie, Renate (2012): *Aus dem Workshop „Gewaltfreie Aktion - ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse verändern. Zu Grundlagen und Vorbereitung Gewaltfreier Aktion, nicht nur in Ägypten.“* In: *Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* (Hg), *Zeitenwende im arabischen Raum. Welche Antworten findet Europa?* Wien

Eskalationsstufen Gewaltfreier Aktion

Steigerungsstufe	Abwehrende Aktionen Protest + Widerstand	Aufbauende Aktionen	Wirkungsweisen
Herstellung von Öffentlichkeit	Protest z.B. Flugblätter, Demonstration, Unterschriften- sammlung	Alternativen aufzeigen z.B. Gegengutachten, alterna- tive Energiekonzepte, Konzept der zivilen Konfliktbearbeitung	Überzeugung
Legalen Eingriff in die Machtstrukturen	Legale Nichtzusammenarbeit z.B. Wahlboykott, Streik, Boykott von wirtschaftlichen Produkten	Legale Gegenstrukturen z.B. alternative Wirtschaftssy- steme, freie Schulen	Aufwand/Kosten steigern
Illegalen Eingriff in die Machtstrukturen	Illegale Nichtzusammenarbeit Ziviler Ungehorsam z.B. Dauerblockaden auf dem Tahrirplatz, z.B. „Freiwillige Genfeldbefrei- ung“	Illegale Gegenstrukturen z.B. selbstorganisierte Ver- kehrsregelung in Kairo z.B. parallele Bildungssysteme im Kosovo der 90er Jahre	Machtverlust
Illegale Machtübernahme	Bestehende Einrichtungen übernehmen z.B. Landbesetzung in Gua- temala, Fabrikübernahme in Venezuela	Alternative Gegenstrukturen z.B. Arbeiterselbstverwaltung	Machtentzug

Stufen 1-3 nach Theodor Ebert. Stufe 4: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden. Beispiele: Renate Wanie



Methoden gewaltfreier Aktion

*Eine Auswahl (März 2010) für die Stuttgarter Initiativen
www.Kopfbahnhof-21.de und www.parkschuetzer.de*

Ablegen von Ehrenzeichen
Abzeichen/Anstecker tragen
Aktionstage/-wochen
Ampelüberweg (ständiges Hin- und Hergehen)
Anfragen an Behörden
Anzeigen

Befragungen von MitbürgerInnen/Fachleuten
Beobachtung von Wahlen/Prozessen
Besetzung von Plätzen/Häusern/Bäumen etc.
Bezugsgruppen bilden
Boykott

Demonstrationen
Dienst nach Vorschrift
Dokumentation von Missständen

Eingabe an Behörden

Fact-finding
Fahrraddemonstration
Flashmob
Friedenswochen

Gebete/Gottesdienste
Gegenöffentlichkeit herstellen
Genossenschaften einrichten

Hausbesuche
Hilfskassen

Infostände
Interviews

Konfrontationen
Kriegsdienstverweigerung
Kriegssteuerboykott

Leserbriefe
Lobby-Bildung

Mahnwachen
Marsch
Mediation
Menschenketten

Nichtzusammenarbeit (z.B. mit Behörden)

Öffentliche Erklärungen
Orientierungsmittel entfernen

Aufrufe
Autokolonnen
Alternativen anbieten
Anketten
Appelle
Ausstellungen

Bürger/innen-Begehren initiieren
Blockaden
Briefe schreiben
Bürgerversammlungen

Die-ins
Dig-in (sich eingraben)

Fallstudien
Fasten
Flugblätter

Gedenktage feiern
Generalstreik
Go-ins

Hearing

Kritische Konsum-Aktionen
Kundgebungen

Lieder/Songs

Manifeste
Meditation
Meinungsumfragen
Mitarbeit verweigern

Patenschaften
Picket-Line (Streiklinie, Streikposten)
Pressearbeit

Rollenspiele
Rückgabe von Auszeichnungen, Papieren etc.

Sammeln von Informationen
Schweigestunden
Selbstverwaltungen
Steuerverweigerung
Straßentheater

Teach-in
Trainings
Trauerzug
Tribunal

Umbenennungen
Umfrageaktionen auf der Straße
Unterschriftensammlungen

Verfremden
Verweigerung

Wahlbeobachtung
Widerstand

Ziviler Ungehorsam
(z.B. Blockade, Sit-in, Steuerverweigerung)

Petitionen
Plakate
Provokationen

Scheinverhandlungen
Selbstverpflichtungen
Sit-ins
Straßen umbenennen
Streik

Telefonketten
Transparente (an Häuser
wänden oder Slogans an Fenstern)

Umtauschaktionen
Unterstützungsaktionen

Vernetzung

Wahlboykott
Workshops

Quellen: Gugel, Günther: *Wir werden nicht weichen. Erfahrungen mit Gewaltfreiheit.* Verein für Friedenspädagogik Tübingen, 1996, www.friedenspaedagogik.de mit Ergänzungen von Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, Büro Heidelberg, T. 06221-161978, buerio.heidelberg@wfga.de Zum Vortrag "Grundlagen Gewaltfreier Aktion und Zivilen Ungehorsams" in Stuttgart am 23.3.2010



Prof. Randa Aboubakr



Randa Aboubakr ist Professorin für Englisch und Vergleichende Literatur an der Universität Kairo, Ägypten und habilitierte in Vergleichender Englischer Literatur.

Sie ist Revolutionärin, Tahrir-Aktivistin, Mitglied der 2004 ins Leben gerufenen „Bewegungen des 9. März“. Sie vertritt die Trennung zwischen Sicherheitsapparat und akademischer Arbeit. Aboubakr: „Der Selbstreinigungsprozess in den Institution ist der Schlüssel für die Zukunft des Landes.“

aus dem Einführungstext von Angelika Holterman:

„Sie kommen von der Kairoer Universität, wo Sie als Professorin Anglistik und vergleichende Literaturwissenschaft lehren. Ihr Interessengebiet und Ihre Forschungen sind aber noch weiter gefächert und umfassen auch modernes und zeitgenössisches Arabisch, afrikanische Dichtung und literarische Übersetzungen. Ihre Liste eigener Veröffentlichungen ist entsprechend lang. Hier möchte ich nur das Projekt nennen, an dem Sie bei Ihrem Aufenthalt in Berlin als Stipendiatin der Humboldt-Stiftung gearbeitet haben. Es hat den schönen und auch für unser Thema beziehungsreichen Titel: Das Lied des gefangenen Vogels. Dabei geht es um einen Vergleich der Gefängnispoesie in Ägypten, Nigeria und Südafrika. Und noch einmal Lieder, diesmal autobiographisch. Ihr Vater singt, in Ihrer Kindheit, und Sie schreiben: „Immer war ich vom Rhythmus und von der unweigerlich traurigen Melodie fasziniert, eine Melodie, die Melancholie und Stolz ausdrückte, wie in den meisten ägyptischen Volksliedern.“

Liebe Frau Aboubakr, würden Sie sagen, der ägyptische Vogel hat sich jetzt befreit und erfährt endlich den Respekt, den er verdient?“

Vielfache Veröffentlichungen zu Englischer Literatur, Ägyptischer umgangssprachlicher Dichtung, schwarzafrikanischer Literatur, Vergleichender Literatur, Kulturtheorie und Übersetzungen. Autorin von „The Conflict of Voices in the Poetry of Dennis Brutus and Mahmud Darwish“ (Wiesbaden: Reichert Verlag, 2004). Unter den letzten Werken sind “The Political Prisoner as Antihero: The Prison Poetry of Wole Soyinka and Ahmad Fu’ad Nigm” *Comparative Literature Studies* 46.2 (20029), und “The Representation of Historic Cairo in Arabic Literature” in *Living in Historic Cairo*, eds A. Nanji, E. Fernea und F. Daftary (Washington: University of Washington Press, 2010). Hat einige Literatur ins Englische und Arabische übersetzt, unter anderem Amy Tans “The Joy Luck Club” ins Arabische (veröffentlicht bei Azmiah, Amman, Jordanien, 2007).

Sie ist Gastmitglied der Universitäten von Texas-Austin, Leiden und Florenz und Gastprofessorin an der Jagiellonian Universität, Krakau.

Kontakt:

<http://whoisshe.wmf.org/eg/expert-profile/randa-khalaf-ahmad-abou-bakr>

e-mail randaaboubakr@yahoo.co.uk

Simone Burger

Simone Burger studierte Politikwissenschaften in München.

Seit 2007 Gewerkschaftssekretärin beim DGB München.
Seit März 2012 Regionsgeschäftsführerin der DGB Region München.

Betreuungsbereich:
München Stadt und Land, Starnberg, Miesbach und Bad Tölz -
Wolfratshausen

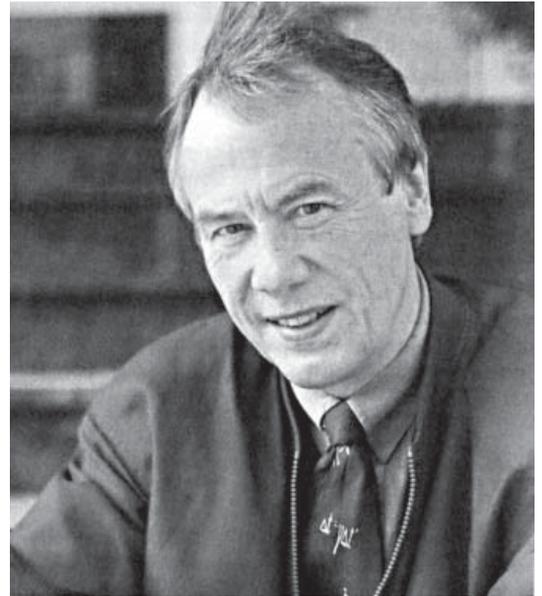
Zuständigkeiten:
politische Planung und Kampagnen

Kontakt:

Telefon: 089 / 517 00 - 101 bzw. 102
eMail: simone.burger@dgb.de



Reiner Braun



Reiner Braun studierte Germanistik und Geschichte sowie Journalistik.

Er ist seit 1981 in der Friedensbewegung aktiv und in nationalen und internationalen Netzwerken und Organisationen engagiert. Unter anderem ist er im Vorstand des Internationalen Friedensbüros und der NaturwissenschaftlerInnen - Initiative (NatWiss).

Seit 2006 ist Reiner Braun Geschäftsführer der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) und der deutschen Sektion der IALANA (International Lawyers against Nuclear Arms) sowie Programmdirektor von INES.

Kontakt:

info@ialana.de

Prof. Hans-Peter Dürr



Prof. Dr. Hans-Peter Dürr studierte Quantenphysik und promovierte bei Edward Teller in Berkeley. Er folgte Werner Heisenberg als Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in München nach.

H.-P. Dürr gründete 1987 in Starnberg die Organisation „Global Challenges Network“ (CGN). Im selben Jahr erhielt er den Alternativen Nobelpreis für seine fundierte Kritik an der von Ronald Reagan 1983 ins Leben gerufenen Strategischen Verteidigungsinitiative und für seine Bemühung, hoch entwickelte Technologien für friedliche Zwecke nutzbar zu machen.

Das GCN knüpft ein weltweites Netz aus Projekten, Gruppen und Initiativen, um gemeinsam globale Probleme zu bewältigen, die unsere Umwelt und damit uns bedrohen. Für den Physiker, der sich mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaften, der möglichen Verbindung von Ökologie und Ökonomie und Fragen der Abrüstung und Friedensforschung beschäftigt, ist die Natur der perfekte Lehrmeister für ein zukunftsfähiges Zusammenspiel.

Er ist Mitglied des „Club of Rome“ sowie von „Pugwash“, einer Forschungs- und wissenschaftskritischen Gruppe, die Themen der öffentlichen Sicherheit und aktuelle Friedenspolitik diskutiert und 1995 den Friedensnobelpreis erhielt.

Für sein eigenes zivilgesellschaftliches Engagement erhielt Dürr 2004 das große Bundesverdienstkreuz. Für Prof. Dürr liegt in dieser Auszeichnung eine ganz besondere Würdigung: „Ich bin nur ein Stellvertreter für die große Menge zivilcouragierter Bürgerinnen und Bürger, die als ‚Dritte Kraft‘ im Staat, neben der Politik und der Wirtschaft, auf vielfältige Weise Verantwortung übernommen haben. Diese Kräfte sind nicht mehr wegzudenken aus unserer Weltgesellschaft. Mehr noch - sie sind die eigentlichen Garanten für die Entstehung gewaltfreier, gerechter und im Einklang mit der Natur operierender Zukunftsoptionen, weil diese das Leben zukünftiger Generationen vor Augen haben und nicht nur Gewinnmaximierung und kurzzeitige Wahlerfolge.“
(aus dem Porträt des Global Challenges Network, www.gcn.de/hpd.html)

Kontakt:

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Max-Planck-Institut für Physik
Werner-Heisenberg-Institut
Föhringer Ring 6
80805 München
Tel. 089 - 323 54 - 280, Fax 089 - 323 54 - 304
mail: hpd@mppmu.mpg.de

Dr. Susan George



Susan George ist Sozialwissenschaftlerin, Aktivistin, Autorin, geboren in USA, lebt in Paris mit französischem Pass.

Sie ist Mitglied und Vorsitzende des Vorstands des TNI * und Ehrenvorsitzende von ATTAC-Frankreich (Association for Taxation of financial Transaction to Aid Citizens)

Susan George gehört seit langem zu den bekanntesten Mitgliedern von TNI durch ihre bahnbrechenden Analysen globaler Themen.

Ihre 14 fesselnd geschriebenen Bücher wurden oft übersetzt. Ihre Aufgabe definiert sie so: „Verantwortliche Wissenschaft enthüllt die Zusammenhänge und Zwänge von Reichtum, Macht und Kontrolle, schreibt darüber verständlich und klar ... um schließlich ... Position für die Benachteiligten, Unterlegenen und Opfer von Ungerechtigkeiten einzunehmen.“

Arbeitsbereiche:

Reform der Europäischen Union, europäische Wirtschaftspolitik, Schulen und internationale Finanzinstitutionen, Finanztransaktionssteuer, Lebensmittel-Sicherheit, internationaler Handel und Alternativen zur Unternehmens-Globalisierung.

Ehrungen und Auszeichnungen:

Ehren-Doktorate der Universität von Newcastle-upon-Tyne und der Univesidad Nacional de Educacion a Distancia von Madrid --- Verleihung des ersten „Outstanding Public Scholar Award“ (Auszeichnung für besondere Verdienste für die Wissenschaft) der Abteilung für Internationale Wirtschaftspolitik der International Studies Association.

* The Transnational Institute (TNI) führt wegbereitende Analysen von kritischen globalen Themen durch, gründet Allianzen mit Basisbewegungen, entwickelt Vorschläge für eine nachhaltigere und gerechtere Welt.

Kontakt:

<http://www.tni.org/george>
e-mail: susangeorge@free.fr

Magdi Gohary



Magdi Gohary ist politisch aktiv in der Gewerkschafts- und Anti-Apartheid-Bewegung, in der Nahostproblematik und in der Friedensarbeit. Zeitungsartikel und Rundfunkinterviews sowie Teilnahme an politischen Talk-Shows machten und machen ihn in der Öffentlichkeit bekannt und wirksam.

Er war 2011 Augenzeuge der ägyptischen Volkserhebung am Tahrirplatz vom 27. Januar bis 12. Februar.

aus dem Einführungstext von Angelika Holterman:

Magdi, Du hast mir den ersten lebendigen Eindruck von der ägyptischen Revolution vermittelt, mit Deinen Schilderungen im Eine-Welt-Haus vor vielen Monaten. Danach hörte ich Dich noch oft, mit vielen begeisternden Geschichten, und das Erzählen von Geschichten ist eine Deiner großen Begabungen. Das blieb mir mehr im Gedächtnis als so manche schriftliche theoretische Analyse. Das Parlament weint, ist z.B. so eine Geschichte.

Dein Berufsleben als Chemotechniker in einem großen Chemiebetrieb, ein Betrieb, in dem Du viele Jahre als Betriebsrat Deine Kollegen vertreten hast, liegt hinter Dir, und an seiner Stelle arbeitest Du politisch, auch in der Öffentlichkeit, in politischen Talk-Shows und Du gibst Interviews. Seit einem Jahr geht es dabei hauptsächlich um Dein Heimatland Ägypten, das Du jedoch schon vor 55. Jahren verlassen hast, um zu Beginn der Revolution auf der Stelle für länger zurückzukehren. Daher bist Du Augenzeuge, genau wie Randa Aboubakr.

Magdi, Du bist ja nun ein eher säkularer und dazu noch aufgeklärter Mensch. Wieso bist Du trotz des Sieges der Muslimbrüder und der Salafisten so optimistisch für die Zukunft Ägyptens?

Kontakt:

Tel + 49-89-69758057,
mobil + 49-0179-4792448

Bernd Hahnfeld

Bernd Hahnfeld war Richter in Hamburg und lebt seit seiner Pensionierung in Köln. Er ist Gründungsmitglied der IALANA* und gehört von Beginn an dem Vorstand an.

Er war Teilnehmer der „Richterblockade“ in Mutlangen gegen die Stationierung von Atomraketen sowie Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des „Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung.“



Er ist bekannt durch Veröffentlichungen und Auftritte als Redner auf Kundgebungen der Friedensbewegung und als Referent bei Konferenzen. Zuletzt hat er gemeinsam mit dem Richter am Bundesverwaltungsgericht und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der IALANA, Dr. Dieter Deiseroth, ein völker- und verfassungsrechtliches Memorandum zu den Kriegsdrohungen gegen den Iran in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ 1/2012 veröffentlicht.

*IALANA e.V. = International Association of Lawyers Against Nuclear Arms

Kontakt:

<http://ialana.de/>

Dr. Angelika Holterman

seit Oktober 2003 Moderationstätigkeit bei politischen Diskussionen, u.a. im Rahmen der alternativen Friedenskonferenz und bei einer Diskussion mit Gregor Gysi

Juli 1998 bis Febr.2004 freiberufliche Tätigkeit u.a. als Textredakteurin, als Autorin und freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Rundfunksendern, beim Bildungsträger IMBSE e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, als Sprachtrainerin in Englisch und Deutsch; Mitarbeit als Rezensentin bei www.politik-buch.de und bei der Referentenagentur www.p-networks.de



Daten aus dem Lebenslauf:

1976 bis 1980: verbeamtete Gymnasiallehrerin bei der Stadt München

1980 bis 1991: Autorin und Regisseurin von Dokumentarfilmen (z.B. der Reihe „Lebenslinien“) sowie aktueller Beiträge in Abendschau und Zeitspiegel im Bayerischen Fernsehen

1991 bis 1993: Koordinatorin eines Bildungsträgers in Mecklenburg-Vorpommern (IMBSE e.V.)

1994 bis 1998: Studium der Sozialpsychologie in München, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, mit dem Abschluss Promotion. Dissertation: eine qualitative Untersuchung, erschienen bei Leske + Budrich unter dem Titel „Das geteilte Leben. Journalistenbiographien und Medienstrukturen zu DDR-Zeiten und danach“, Opladen 1999.

Kontakt:

über DFG-VK Bayern

Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Tel.: 089 89 62 34 46, fax: 089 834 15 18

E-Mail: muenchen@dfg-vk.de

Malalai Joya



Malalai Joya ist eine afghanische Politikerin aus der im Westen des Landes liegenden Provinz Farah. Sie erhielt bei der Wahl im September 2005 die zweithöchste Anzahl an Stimmen in ihrer Provinz und ist seitdem die jüngste Parlamentarierin Afghanistans.

Erst 19 Jahre alt, begann sie Kurse für Lesen und Schreiben für andere Frauen zu geben. Außerdem gründete sie 2001 ein Waisenhaus sowie ein Krankenhaus. Sie ist Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation „Organisation of Promoting Afghan Women’s Capabilities“ (OPAWC) in den westafghanischen Provinzen Herat und Farah.

Im Dezember 2003 forderte Malalai Joya vor der großen Ratsversammlung (Loya Jirga) die Strafverfolgung der ebenfalls im Parlament sitzenden kriminellen Warlords und Drogenschmuggler, von denen mehrere von Human Rights Watch als Kriegsverbrecher eingestuft sind. Gerade in Afghanistan, einem sehr stark patriarchalisch geprägten Land, sind Frauen beinahe aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen, dennoch hat Joya es zu einer landesweit bekannten Politgröße gebracht. Aufgrund ihrer öffentlich geäußerten Kritik gegen Fundamentalisten und Warlords erhielt sie in der Folge zahlreiche Morddrohungen. Sie trägt daher in der Öffentlichkeit stets eine Burka und wird von 12 Personenschützern begleitet. Bisher hat Joya bereits vier Mordversuche überlebt.

Am 21. Mai 2007 wurde Joya von der großen Mehrheit des afghanischen Parlaments eine dreijährige Sperre auferlegt. Weiterhin wurde ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet und ihre Reisefreiheit beschränkt, so dass sie sich nicht ungehindert innerhalb und außerhalb von Afghanistan bewegen kann.

Malalai Joya kritisiert die US-Außenpolitik und die Besetzung ihres Landes durch die NATO scharf. Sie fordert einen sofortigen Abzug der Streitkräfte aus Afghanistan. Außerdem wirft sie den USA vor, unter dem Vorwand Frauenrechte und Demokratie nach Afghanistan zu bringen, mit ihrer Truppenpräsenz eigene strategische Interessen zu verfolgen.

Mitte März 2011 wurde ihr ein Einreise-Visum in die USA verweigert, weil sie beschäftigungslos ist und im Untergrund lebt.

(wikipedia)

Julia Kramer

Julia Kramer macht freiberuflich Friedens-, Bildungs- und Menschenrechtsarbeit zum Sudan.

Von 2008-2010 beriet sie dort im Rahmen des Programms „Ziviler Friedensdienst“ lokale Nichtregierungsorganisationen im Trainingsbereich.

Sie hat einen M.A. in Conflict Resolution der Universität Bradford, UK.

Kontakt:

jkk@juliakkramer.de



Hep Monatzeder



Hep Monatzeder über Hep Monatzeder:

Ich bin gebürtiger Niederbayer, Jahrgang 1951, und lebe seit 1968 in München. Ich habe zwei Kinder und bin Sozialpädagoge und Politologe. Vor meiner Bürgermeister-Tätigkeit war ich der Gesamtleiter der sozialen Einrichtungen im Schulzentrum München-Johanneskirchen. 1990 wurde ich erstmals in den Münchner Stadtrat, und am 2. Mai 1996 und am 2. Mai 2002 zum Dritten Bürgermeister gewählt.

In meiner Freizeit beschäftige ich mich sehr gerne mit Musik - auch aktiv: Ich tanze gerne und spiele Schlagzeug und Gitarre in einer Band.

Seit vielen Jahren bin ich außerdem begeisterter Hobby-Taucher. Wann immer es möglich ist, erkunde ich am liebsten schöne Tauchgebiete - vom Starnberger See bis zu den Korallen-Riffen der Malediven.

Als Aufsichtsratsvorsitzender des TSV 1860 bin ich natürlich auch bekennder „Löwen- Fan“.

Kontakt:

Bürgermeister Hep Monatzeder
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089-233-92478
info@hepmonatzeder.de

Dr. Kumi Naidoo



Kumi Naidoo (* 1965) ist ein südafrikanischer Umwelt- und Menschenrechtsaktivist

seit November 2009 Direktor von Greenpeace International.
Er ist der erste Afrikaner an der Spitze der Organisation.

In jungen Jahren kämpfte er gegen die Apartheid in Südafrika, was 1986 zu seiner Verhaftung führte, und ihn 1989 ins Exil zwang.

Später war er aktiv im globalen Kampf gegen Armut und in diversen internationalen Organisationen (Civicus, Global Campaign for Climate Action GCCA, Clinton Global Initiative, Amnesty International, World Economic Forum, UNI-FEM).

Er gehörte 2005 zu den Gründern von GCAP (Global Call to Action Against Poverty, Deine Stimme gegen Armut).

Er promovierte in Politikwissenschaften am Magdalen College in Oxford.

Kontakt über:

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de
Telefon: 040 / 30618-0
Fax: 040 / 30618-100

Clemens Ronnefeldt

Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main. Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg.

Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ im Bistum Mainz. Seit 1992 ist er als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des „Internationalen Versöhnungsbundes“ tätig.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Ägypten, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002 sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt:

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 54 70 15
Fax 08161 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoennungsbund.de



Prof. Werner Ruf



Werner Ruf ist Professor im Ruhestand für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik

Forschungsschwerpunkte früher bis heute:

- Politik, Wirtschaft und sozialer Wandel in Nordafrika und im Nahen Osten
- Friedensforschung, Dritte-Welt-Forschung (vor allem Nordafrika/Nahost, Schwarzafrika),
- Massenkommunikationsforschung,
- französische Außen- und Entwicklungspolitik,
- deutsche auswärtige Kulturpolitik
- Agrarsoziologie und sozialer Wandel in Entwicklungsgesellschaften

Aktuelle Schwerpunkte:

- Theorie der Internationalen Beziehungen
- Entwicklung internationaler Organisationen, insbesondere EU und UN-System,
- Sicherheitspolitik, Beziehungen islamischer Länder-Westen,
- Migrationsforschung
- Globalisierung mit Schwerpunkten Funktionsverlust des Staates, Privatisierung von Gewalt, transnationale Akteure

Mitgliedschaften (u. a.):

- Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung und des Instituts für Internationale Politik

Kontakt:

www.werner-ruf.net

e-mail: werner_ruf@gmx.net

Armin Torbecke



Der Trainer Armin Torbecke beteiligt sich seit 1984 an der Gestaltung von Projekten, Gruppen und Organisationen, vor allem im Bereich Umweltschutz, Jugendarbeit und sozialem Engagement.

Er ist in diesem Rahmen als Mediator und Trainer für Gewaltfreie Kommunikation (GFK) engagiert. GFK lehrt er zudem an der Universität Lüneburg. Neben seiner beruflichen Tätigkeit lebt er seine Werte im gemeinnützigen Kontext von Netzwerken, Gesellschafts- und Persönlichkeitsentwicklung. Zum Beispiel hat er in den letzten Jahren mit anderen einen Kindergarten und eine Schule gegründet (beide mit GFK-Orientierung) sowie den Verein Achtsamkeit und Verständigung e.V. Seit 1999 lebt er im Lebensgarten Steyerberg bei Hannover und beteiligt sich an der Gestaltung der Gemeinschaft.

Zur Zeit koordiniert Armin Torbecke das EU-Projekt „Lernpartnerschaften“ für den Int. Versöhnungsbund, dt. Zweig, ein Grundvig-Projekt, bei dem Organisationen aus sieben Ländern zusammenarbeiten (siehe www.empath.eu, www.versoehnungsbund.de).

Ein Seminartag, der die Themen der TeilnehmerInnen mit einbezieht, kann folgende Fragen bearbeiten:
Für lebendige und erfolgreiche Zusammenarbeit ist ein organisatorischer Rahmen nötig, der Einzelnen oder teilnehmenden Gruppen sowohl Freiheit, als auch Sicherheit/Klarheit gewährt. Wie kann das funktionieren?
Die Qualität der zwischenmenschlichen Verständigung hat für das Gelingen von Zusammenarbeit eine entscheidende Bedeutung. Was ist für so eine Qualität förderlich? Was können die Beteiligten selber tun?

Ziel von Organisationen und Projekten soll sein, eine friedvollere, sozialere und ökologischere Gesellschaft zu verwirklichen und zu fördern. Dazu gehört die gesellschaftsübergreifende Kooperationen von Menschen aus den verschiedensten Zusammenhängen, Verbänden und Qualifikationsbereichen. Welche Fähigkeiten der Beteiligten sind diesem Ziel dienlich?

Kontakt:

Armin Torbecke
Ginsterweg 10
D-31595 Steyerberg
05764 / 416999
www.konflikttransformation.de

Renate Wanie



Renate Wanie ist Bildungsreferentin und Trainerin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion in Heidelberg.

Zu ihren Schwerpunkten zählen die zivile Konfliktbearbeitung, die gewaltfreie Einmischung der Friedensbewegung in internationalen Konflikten sowie antimilitaristische Kampagnen.

Sie ist eine der drei Sprecherinnen der bundesweiten Kooperation für den Frieden, arbeitet in weiteren Gremien der Friedensbewegung mit und gestaltet Fortbildungen über gewaltfreie Konfliktbearbeitung für Menschen in kirchlichen und kommunalen Gremien sowie in internationalen Seminaren.

Kontakt:

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden
Am Karlstor 1
69117 Heidelberg
Tel. 06221-16 19 78
buero.heidelberg@wfga.de

Konstantin Wecker



Wikipedia über Konstantin Wecker:

Konstantin Wecker engagiert sich in all den Jahren seiner künstlerischen Karriere auch politisch. Er nimmt 1982 an der Konzertreihe Künstler für den Frieden teil. In vielen seiner Lieder setzt sich Wecker mit dem politischen Tagesgeschehen auseinander. Seine bekannte Ballade Willy behandelt die Konfrontation der 68er-Bewegung mit der ihrer Ansicht nach überkommenen bürgerlichen Moral. Konstantin Wecker tritt auf Kundgebungen der Friedensbewegung auf.

Aus dem Vorwort zu Konstantin Weckers Gedichtband „Jeder Augenblick ist ewig“ von Herbert Rosendorfer:

Konstantin Wecker gehört zu den wenigen Menschen, denen die Lyrik sozusagen angeboren ist.....Er ist ein Schreier, und er hat recht, wenn er schreit, aufschreit - es ist ja zum Aufschreien, wenn man die heutige Welt mit wachem Sinn betrachtet. Er ist ein Wacher - ein Wächter, wir tun gut daran, auf ihn zu hören.

Die 68er-Bewegung riss Konstantin Wecker mit, wie nicht anders zu erwarten, sein politisches Engagement verließ ihn von da an nicht mehr. Konstantin Wecker ist ein Bekenner, ein Rufer, ein – ja auch, im besten Sinn - Prediger, einer, der uns ins Gewissen redet. Und damit komme ich zum Besten, was ich von ihm sagen zu können glaube: Er ist kein Wegweiser, der stehen bleibt, nur zeigt, wo es hinzugehen hat, er geht selber mit. Er ist, und das ist der innerste Kern seines Wesens, er ist die Ehrlichkeit selbst. Was er singt und sagt, meint er ehrlich und aufrecht.

Bleib aufrecht, lieber Konstantin, du Poet der Ehrlichkeit, bleib aufrecht, was auch immer an dir rüttelt.

Herbert Rosendorfer

Wecker selbst zu dem Geschäft mit Waffen:

„Aufschrei -Stoppt den Waffenhandel!“ Keine U-Boote nach Israel und keine Panzer nach Saudi –Arabien - überhaupt keine Waffen in irgendeine Region dieser Welt.

Wohlstand darf nicht durch Tod erkaufte werden.

Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden.

Wir mischen uns ein und arbeiten an der Entwicklung einer Kultur des Friedens, mit Alternativen zu einer an Wirtschaftsinteressen orientierten Außenpolitik.

Die deutsche und europäische Außenpolitik braucht eine Erneuerung durch eine kommunale Friedenspolitik, die sich an den Lebensinteressen aller Menschen orientiert im Sinne Arthur Rimbauds :

„Nur mit Brennender Geduld werden wir in die strahlende Stadt einziehen, die allen Menschen Licht, Gerechtigkeit und Würde gibt.“

Kontakt:

www.wecker.de



Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Inter-nationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Das Netzwerk umfasst interessierte Personen aus der ganzen Bundesrepublik, die sich für ein Zivilsteuergesetz einsetzen, das den Menschen die demokratische Wahlmöglichkeit gibt, dass ihre Steuern ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden. Einige dieser Personen verweigern Militärsteuern aus Gewissensgründen. Allen ist der Grundrechtsaspekt und der demokratische Wert eines Zivilsteuergesetzes wichtig.

Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de
Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Spendenkonto: 700 160 160 0; GLS-Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67



Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegs-
dienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921,
u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzerklärung der Internationale
der Kriegsdienstgegner lautet:

*„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin
daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und
an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“*

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de



BILDUNGSWERK E.V.

Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur
Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46, Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de
Spendenkonto: 33 60 68 851,
H-M-V- Bildungswerk, Postbank Nürnberg,
BLZ 760 100 85

pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de
Spendenkonto: 22 10 312, LIGA München, BLZ 750 903 00



Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeittätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ (MSKverändern)

Kontakt:

Pienzenauer Str.50
81679 München
Telefon +49(0)89 / 66 09 01 38
Telefax +49(0)89 / 60 66 68 72 (nach tel. Ankündigung)
E-Mail: mshveraendern@web.de
Internet: www.mshveraendern.de



NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.

Ernst Bloch (Philosoph, 1885-1977)

Im Februar 1987 haben sich NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ zusammen gefunden, um als Teil der Friedensbewegung ihre spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt, für die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffensysteme, für Friedens- und Abrüstungsforschung und für soziale, ökologische und humane Technikgestaltung einzusetzen.

NatWiss
Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative c/o IALANA
Schützenstrasse 6a
10117 Berlin
Tel.: 030 - 31 99 66 86 Fax: 030 - 31 99 66 89
www.natwiss.de
E-Mail: geschaeftsfuehrung@natwiss.de

Spenden:

„Verantwortung für den Frieden“
Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Konto-Nr. 393 408 504

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.



Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Postfach 50 04 71
80974 München
Tel. 089-15090831
kontakt@gewaltfrei-muenchen.de
Spenden: Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation e. V.
Kto.-Nr. 29102944, Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00

10 Jahre Münchner Friedenskonferenz – Für eine Welt ohne Krieg!



Seit 2003 stellen wir alljährlich auf der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ Alternativen zu militärischer Gewalt vor.

Wir protestieren gegen die militär-gestützte „Sicherheitspolitik“ der „Münchner Sicherheitskonferenz“.

Konstruktive Alternativen sollen unserem Protest zu breiter Akzeptanz und schließlich zum Erfolg verhelfen.

Die Militäreinsätze bringen keinen Frieden

Gemessen an den Versprechungen sind alle Interventionen gescheitert! Der ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ führt zu Staatsterror und verschlimmert vielfältig die Bedrohung der Zivilbevölkerung. Diese Erkenntnis setzt sich durch. Die Mehrheit der Bevölkerung will keine global agierende Eingreifarmee und lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.